

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis
Streuendruck 3,30 RM, monatlich 1,10 RM,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die lechstehaltene Annoncen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 9. Februar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Gegen das Ausnahmegesetz.

Im Reichstoge hat der Staatssekretär des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg sich entschieden gegen den Verdacht ge-
wehrt, daß die Regierungen an „Ausnahmebestimmungen
gegen die Sozialdemokratie“ dächten. In derselben Rede
aber hat Herr v. Bethmann-Hollweg ein Ausnahme-
gesetz schlimmster und gehässigster Art ange-
kündigt.

Darauf kommt in Wahrheit die Vorlage zur
Reform der Arbeiterversicherung nach den
eigenen Angaben des Ministers hinaus.

Soll doch das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter
in den Ortskrankenkassen beseitigt, das Selbstver-
waltungsrecht der Unternehmer dagegen in den Berufs-
genossenschaften im wesentlichen beibehalten werden.
Der arbeiterfreundliche Herr kündigte mit der freundlichsten
Miene von der Welt an, daß den Arbeitern der entscheidende
Einfluß auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen entzogen
werden soll, daß die Arbeiter in Zukunft nur noch die Hälfte
der Mitglieder in den Generalversammlungen und in den
Kassenvorständen entsenden und unter die Vormundschaft
eines angeblich unparteiischen Vorsitzenden gestellt werden
sollen. Dagegen ging der Herr mit überaus vorsichtigen all-
gemeinen Redewendungen um die Frage herum, ob das neue
Gesetz auch nicht auch einigen Wünschen der Arbeiter in bezug
auf die Festsetzung der Unfallrenten „gerecht werden kann.“
Davon, daß die Arbeiter zur Mitarbeit bei der Leitung der
Berufsgenossenschaften herangezogen werden sollen, sprach er
überhaupt nicht. Das kommt für die Regierungen gar nicht
in Frage. In den Berufsgenossenschaften sollen die Unter-
nehmer die allein maßgebenden Herren bleiben. — Die
freien Hilfskassen, auch die, die sich aufs beste be-
währt haben, sollen nicht mehr als voll berechnigte Kassen
gesehen und zu Zuschüssen unter der Aufsicht des Reichs-
amtes für Privatversicherung degradiert werden. Die
Betriebs- und Innungskrankenkassen dagegen,
die nur zu oft zu den bittersten Beschwerden der Arbeiter
Anlaß gegeben haben, sollen erhalten bleiben.

Mit diesem schmählischen Ausnahmegesetz sollen die Ar-
beiter dadurch möglichst verhöhnt werden, daß die Zwangs-
beiträge der Arbeiter von 1/4 auf 1/2 der Gesamtbeiträge
herabgesetzt werden. So töricht sind jedoch die Arbeiter im
Zeitalter des Zollwuchers nicht, daß sie sich durch einen solchen
Schwindel irreführen lassen. Sie haben nachdrücklichst er-
klärt, daß sie gar nicht daran denken, für das Einsengericht
das Selbstverwaltungsrecht zu verkaufen. Dennoch soll ihnen
dieser Verkauf aufgezwungen werden.

Bezeichnend ist es, daß der Minister auch nicht ein
ziges Wort fand, um die geplante Entrechtung der Arbeiter
zu rechtfertigen. Offenbar schämte er sich, die alten Schauer-
geschichten von den fürchterlichen Mißständen in den „sozial-
demokratischen“ Krankenkassen von neuem vorzutragen. Denn
die Verhandlungen im Reichsamt des Innern haben ja auch
ihm gezeigt, wie unbegründet ein solches Gesdwaß gegen die
jetzige Verwaltung der Ortskrankenkassen ist. Wie kommt
er aber nach diesem Ergebnis der Verhandlungen im Reichs-
amt des Innern dazu, die Entrechtung der Arbeiter in bezug
auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen zu fordern?

Ueber die arbeiterfeindliche Praxis der Berufs-
genossenschaften haben die Vertreter der Arbeiter in
jenen Verhandlungen „in sehr ausführlicher Weise“, wie der
Minister selbst aus der Schule plauderte, berichtet. Das hat
aber die Regierungen durchaus nicht veranlaßt, gegen das
Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer in den Be-
rufsgenossenschaften vorzugehen. Im Gegenteil entrüstete
sich der Staatssekretär gar gewaltig über die „ganz unge-
heuerliche Verallgemeinerung“, die darin liege, daß die
Sozialdemokraten „darum, weil Beschwerden vorkommen“, die
Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufs-
genossenschaften bekämpfen. Also hier, wo es sich um das
Selbstverwaltungsrecht der Unternehmer handelt, dieser
große Eifer gegen eine gründliche Aenderung, obgleich nur
zu viele und nur zu gut begründete Beschwerden vorliegen —
in den Krankenkassen aber soll unbedingt ein Ende
mit der Selbstverwaltung der Arbeiter gemacht werden,
die sich als das beste Mittel zur Förderung der Fürsorge für
die kranken Arbeiter bewährt hat.

Kann es ein schlimmeres Ausnahme-
gesetz geben als dieses, das, um nur die
Arbeiter zu entretchen, nicht einmal Rück-
sicht auf die Fürsorge für die erkrankten
Arbeiter nimmt?

Aber noch mehr! Gerade jetzt treten die Regierungen
mit einer solchen Vorlage an die Öffentlichkeit — gerade
jetzt, da die bürgerlichen Parteien im Begriff sind, dem
arbeitenden Volke trotz seiner schlimmen Notlage infolge der
wirtschaftlichen Krise neue indirekte Steuern aufzuerlegen.
Die Arbeiter sollen immer mehr ausgebeutet werden
und sich zum Lohne dafür immer tiefer unter das Joch der
Rechtlosigkeit beugen.

Kann es eine schmählere Pro-
vokation der Arbeiter geben?

Diese schwere Schädigung, diese Schmach und Schande
muß die Arbeiterschaft unter allen Umständen von sich

fernhalten. Ein einstimmiger Protest der ge-
samtan Arbeiterchaft muß die Antwort auf die Vorlage
der Regierungen sein. Mit gemeinsamen Kräften muß
die gesamte Arbeiterschaft den Kampf gegen das neue
Ausnahmegesetz aufnehmen und ihn mit immer größerem
Nachdruck führen, bis die Regierungen mit ihrem neuesten
Attentat auf eins der wichtigsten Arbeiterrechte ebenso kläg-
lich scheitern, wie es bei der Zuchthausvorlage der Fall ge-
wesen ist.

Ein Besuch.

Heute kommt der König von England als Gast des deutschen
Kaisers nach Berlin. König Eduard reist seitener zum Vergnügen
als in Geschäften. Aber diesmal dürften Geschäfte eine geringere
Rolle spielen, wenn damit auch gewiß nicht gesagt sein soll, daß
diese Reise deshalb für den englischen König ein Vergnügen ist.

Die Stimmen, die sonst bei jeder monarchischen Begegnung nicht
laut genug die historische Bedeutung des Augenblicks anpreisen
können, sind diesmal um vieles stiller und im Gegensatz zu den
gewöhnlichen Ueberschwenglichkeiten des Kanzlerblattes klingt es
auffallend kühl, wenn die „Nordd. Allg. Zeitung“ in einer kurzen
Begründungsnotiz schreibt:

„Die Kundgebungen freundwilliger Gesinnung und verwand-
tschaftlicher Jüngerung, zu denen der Besuch willkommenen Anlaß
gibt, werden eine Ermütigung für alle sein, die in Deutschland
und in England bemüht sind, einer Entfremdung zwischen
den beiden Reichen entgegenzuwirken und die deutsch-englischen
Beziehungen in sichere Bahnen zu lenken. Mehr als je
werden sich die Freunde eines guten Einverständnisses diesseits wie
jenseits des Kanals überzeugen, daß aus dem persönlichen Ver-
hältnis des Monarchen ihren Bestrebungen keine Schwierig-
keit erwächst. Freilich wird es noch unverdrossener Aufklärungs-
arbeit bedürfen, um das Ziel zu erreichen, das in der
Eicherung einer auf gegenseitige Wertschätzung begründeten
Freundschaft zwischen den beiden großen Kulturvölkern vor-
gezeichnet ist. Aber auf dem Wege dorthin möge der Besuch des
britischen Königspaars und der Empfang, den Deutschland Ihnen
Majestäten bereitet, einen Fortschritt bringen.“

Ein offizielles Blatt kann bei solchen Anlaß wohl kaum weniger
fagen. Es konstatiert die „Entfremdung zwischen den beiden
Reichen“, der entgegenzuwirken es der „Ermütigung“ bedarf. Die
deutsch-englischen Beziehungen sind in „sichere Bahnen“ zu lenken,
sind also vorläufig noch unsicher. Das Ziel ist aber noch lange
nicht erreicht, bedarf vielmehr „unverdrossener Aufklärungsarbeit“,
für die das persönliche Verhältnis der Monarchen „keine Schwierig-
keit“ bietet; eine Hervorhebung, die fast vermuten lassen könnte,
daß an solche aus dem persönlichen Verhältnis entsprungene
Schwierigkeiten früherer Tage erinnert werden sollte.

Nun läßt sich ja diese auffallende Sprache gewiß zum Teil
aus innerpolitischen Gründen erklären. Für die Erledigung der
Finanzreform ist ein bißchen Pessimismus in der Beurteilung der
auswärtigen Lage ganz nützlich. Das „Nachlaufen hinter England“
hat gewisse einflussreiche Kreise — besonders seitdem durch das
„Daily Telegraph“-Interview die Einzelheiten der kaiserlichen Politik
so grell beleuchtet wurden — sehr verstimmt und nach dem Debacle
unserer auswärtigen Politik in den Novembertagen hat Fürst Bälou
um so lieber die Gelegenheit benützt, um zu beweisen, daß er die Würde
Deutschlands zu wahren wisse. Aber trotzdem bleibt der Pessimismus
des Kanzlerblattes sehr beachtenswert, der im auffallenden
Gegensatz steht zu jenem optimistischen und unwahrscheinlichen Gerede,
das Bälou im Reichstog über auswärtige Politik zu produzieren
pflegt. Freilich ist auch hier das Wichtigste nicht gesagt. Denn daß
an den Schwierigkeiten der deutschen auswärtigen Politik vor allem
die deutsche Regierung die Schuld trägt, wird natür-
lich verschwiegen.

Als die letzten Wahlen den englischen Liberalen den Sieg brachten
und Campbell-Bannerman an die Spitze der Regierung
trat, suchte dieser alte Gegner des Imperialismus das Verprechen
seiner Partei, die Rüstungen einzuschränken, wahr zu
machen. Auf dem internationalen Friedenskongreß im
Haag schlug er ein Uebereinkommen über die Beschränkung des
Flottenbaues vor. Er scheiterte vor allem an der heillosen Ablehnung
der deutschen Regierung. Noch zweimal suchten die eng-
lischen Liberalen, für die ein Erfolg in der Abrüstungsfrage
eine Lebensnotwendigkeit war, zu einer Verständigung mit
Deutschland zu gelangen. Bei dem letzten Zusammen-
treffen Eduards mit Wilhelm II. in Cronberg suchte Sir Hardinge,
der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, das Abrüstungsproblem
zu erörtern. Er wurde von Wilhelm II. abschlägig beschieden. Und
zum dritten Male versuchte der englische Minister Lloyd George
in diesem Sommer mit der deutschen Regierung eine neue Verhandlung
anzubahnen und wieder wurde jede Auseinandersetzung zurückgewiesen.
Und Bälou hat sich noch in seiner ausgeblästen Selbstgefälligkeit
dieser Politik im Reichstoge gerühmt. Vergeblich haben die So-
zialdemokraten, die auch in diesem Fall die wahren Anwälte
der Interessen der überwältigenden Mehrheit der deutschen Nation
waren, gegen diese aberwärtige Politik protestiert, vergeblich haben
sie immer wieder gewarnt.

Die Folgen aber, die die Sozialdemokratie dieser Politik
voransagt hat, haben sich rascher erfüllt, als man ahnen konnte.
Das Scheitern der Abrüstungspolitik brachte innerhalb der liberalen
Partei den imperialistischen Flügel ans Ruder und stärkte die
Agitation der Konservativen im höchsten Maße. Die Abweisung
Deutschlands festigte das Bündnis Englands und Frankreichs, das die
türkische Marokkopolitik sicher unzerbrechlich gemacht hat; Eduard
ging nach Neval, und Rußland gehört heute zum englischen Konzern,
dem Spanien und Portugal angehören, der die Sympathien der Nord-

staaten, wie die Hollands und Belgiens genießt, und unter dessen
Einfluß die Türkei und die kleinen Balkanstaaten stehen, während
Italien den Dreibundvertrag nur als Mittel betrachtet, beim Ueber-
tritt zu den Westmächten günstigere Bedingungen zu erhalten. Es
ist die Verblendung der deutschen Regierungspolitik,
der Größtentwahn, zur stärksten Armee die stärkste Flotte hinzuzufügen
zu können, der Deutschland in die gefährliche Isolierung hineingetrieben
hat, in der es sich befindet. Und das Unheil dieser Politik ist noch
nicht abzusehen. Die Stellung der Liberalen in England ist schwer
erschüttert. Die deutschen Flottenbauten haben in England die
chauvinistische Agitation entzündet, die ganz nach dem Muster
des deutschen Flottenvereins organisiert ist. Kaum nützt es
noch den Liberalen, daß sie in Wirklichkeit imperialistische
Politik machen, daß sie das Programm der Rüstungs-
einschränkung aufgeben; die Ausichten der Konservativen, der
konsequenten und rücksichtslosen Vertreter des kapitalistischen
Imperialismus, wachsen immer mehr, und was vor einigen Jahren
den meisten noch undenkbar schien, ist heute nahe Gefahr: Der
Uebergang Englands zum Schutzoll und zur
allgemeinen Wehrpflicht steht vor der Tür.

Die schlechte Führung unserer auswärtigen Politik endet so in
einer kolossalen Machtverfälschung Englands, das durch die Schuld
unserer Regierung fast ganz Europa um sich vereinigt hat, und be-
reitet in England eine Handelspolitik vor, die über die deutsche
Industrie und damit über die deutsche Arbeiterklasse eine schwere
Gefahr heraufbeschwört. Fürwahr erbärmliche Resultate
einer erbärmlichen Politik!

Die Unfähigkeit der deutschen auswärtigen Politik hat neben
ihrer offen zutage liegenden, auch ihre Verheimlichte. Im „D. Z.“
enthüllt heute Herr Theodor Wolff aus dieser einige Abschnitte.
Er erzählt, daß Chamberlain, damals der eigentliche Leiter der
englischen Politik, kurz nach Beginn des Burenkrieges, Ende
1899, der deutschen Regierung bestimmte Vorschläge zur
Herbeiführung einer dauernden Einigung gemacht hat. Der
Vorschlag scheiterte, aber Chamberlain bot 1901 der deutschen
Regierung ein formelles Bündnis an. England müsse sich zur
Eicherung seiner Kolonien einer der beiden Festlandgruppen an-
schließen. Chamberlain sagte voraus, daß ein Scheitern der deutsch-
englischen Verhandlungen zu einer Entente mit Frankreich und Ruß-
land führen werde. Er offerierte den Beitritt Englands zum
Dreibund, mit Ratifizierung durch das Parlament, und erklärte,
daß der casus foederis eintreten sollte, sobald eine der vertrag-
schließenden Parteien von zwei Seiten angegriffen würde.
Die deutsche Regierung aber ließ den Plan an einem Streit um
die — Erhöhung der chinesischen Seezölle scheitern!

Wenn König Eduard, auch diesmal von Sir Hardinge be-
gleitet, nach Berlin kommt, so wird er die Verhandlungen über die
Einschränkung des Flottenbaues, die dreimal gescheitert sind,
nicht zum vierten Male aufnehmen. Mit Befriedigung können
die imperialistischen und deutscheindlichen „Times“ konstatieren, daß
es zwischen Deutschland und England nichts zu verhandeln
gäbe. Ganz andere Zeichen gehen diesem Besuche voraus. England
verstärkt seine Flottenmacht in der Nordsee, schafft an der Deutsch-
land zugekehrten Küste eine neue Flottenbasis und die Forderungen
der Admiralität, die sechs neue Dreadnoughts verlangt, sind vom
liberalen Ministerium genehmigt.

Bälou hat gesagt: dem Beitritten ist keine Schranke gesetzt,
Woloch verhängt haben und drüben alle Mittel, das Defizit wird
verewigt, die Isolierung Deutschlands bleibt bestehen, die Gegensätze
spigen sich zu und bald werden die Konservativen, die laufenden
Erben des englischen Liberalismus, die deutsche Regierung preisen
dürfen, die ihnen den Sieg bereitet.

Leidtragender dieser Politik ist aber vor allem das deutsche
Proletariat, das diese Unfähigkeit mit der Befähigung des Friedens,
mit immer steigender Steuerlast zu bezahlen hat. Die
deutsche Arbeiterschaft weiß, daß das englische Volk ebenso-
wenig feindliche Gefühle gegen das deutsche Volk hegt, wie dieses
gegen jenes. Wir wissen, daß das deutsche Volk auch in der aus-
wärtigen Politik nur einen gefährlichen Feind hat, der besiegt werden
muß: Es ist die Unfähigkeit der deutschen Regierung.

Agrarische Unverschämtheit!

Die „Deutsche Tages-Ztg.“ nennt die Ergebnisse
der letzten Berufszählung vom 12. Juni 1907 „warnende
Zahlen“. Das Bändlerblatt wehklagt darüber, daß der Anteil
der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung an der Gesamt-
bevölkerung seit dem Jahre 1895 wiederum erheblich geringer
geworden, nämlich von annähernd 42 Proz. (1882 waren es
sogar noch beinahe 50 Proz.) auf 33,83 Proz. zurückgegangen
ist. Daß die landwirtschaftliche Bevölkerung heute in Deutsch-
land nur noch ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus-
macht, läßt das Organ der Brot- und Fleischwucherer die
fürchterlichsten Schreckbilder für die nationale Zukunft Deutsch-
lands an die Wand malen. Die landwirtschaftliche Bevölke-
rung sei der Kern der deutschen Bevölkerung. Ohne eine
zahlreiche kaufkräftige Landwirtschaft keine gedeihliche Industrie-
entwicklung; ohne starken Bauernstand keine starke Wehrkraft.

Der Rückgang der Landwirtschaft bedeute tatsächlich einen
„Rückgang des Gesamtvolkes, des Reiches,
des Staates, der Volksgesundheit, der
Volkseele“. Daure der Rückgang der Landwirtschaft
(will heißen der Kopfzahl der in der Landwirtschaft
tätigen Bevölkerung) an, „dann steht für das
Gesamtvolk alles auf dem Spiele“. Folglich sei
ein verstärkter „Schutz der Landwirtschaft“, eine



erhöhte Auswanderung des Volkes durch Agrarzölle, durch Grenzsperrern usw. notwendig!

Es gehört die ganze Unversorgtheit unserer Krautjunker dazu, solch dreisten Unfug und solche Provokationen der großen Mehrheit des deutschen Volkes zu Papier zu bringen! Die Entwicklung der deutschen Industrie, die ganz naturgemäß eine Verschiebung der Bevölkerung zum Gunsten der Landbevölkerung mit sich bringt, soll einen „Rückgang des Gesamtvolkes“ bedeuten! Die Zahlen der Statistik beweisen gerade das Gegenteil! Als die deutsche Industrie noch in den Kinderschuhen steckte, war es um die Volksvermehrung viel schlechter bestellt. In den 30 Jahren 1849—1878 vermehrte sich innerhalb der heutigen Reichsgrenzen die Bevölkerung von 35 auf 44 Millionen, also um 9 Millionen, d. h. um 26 Proz. Infolge der Entwicklung der Technik und der Entfaltung der Industrie vermehrte sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches in den 30 Jahren 1879—1908 von 44 auf 63 Millionen, also um 19 Millionen oder 44 Proz. Erst die Entwicklung der deutschen Industrie hat die gewaltige Vermehrung des deutschen Volkes ermöglicht. Zum Teil dadurch, daß sie die Auswanderung, die zur Zeit des überwiegend agrarischen Charakters Deutschlands Unmassen Deutscher über das Meer führte, gewaltig einzudämmen vermochte. 1872 wurden 3,30 Proz. des deutschen Volkes übers Meer getrieben, 1888 noch 2,16 Proz., 1907 nur noch 0,5 Proz.! Noch in den 20 Jahren 1871—1890 ruhten 1 955 000 Personen im Ausland eine Existenz suchen, in dem Jahrzehnt 1898—1907 nur noch 278 000 Personen! Das nennt das Organ unserer Drotwucherer einen „Rückgang des Gesamtvolkes“!

Dieser Rückgang soll nun auch darin bestehen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung das „Reservoir gesunder Volkskraft“ darstelle, ohne das die Nation an physischer und geistiger Kraftlosigkeit verkommen müsse. Und um diese Prophezeiung zur Wahrheit zu machen, verlangt das Agrarierorgan erhöhte Ausplünderung der industriellen Volksmassen durch potenzierte agrarische Volksauswanderung. Damit die 25 000 Großgrundbesitzer, die nicht weniger als ein reichliches Viertel der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche des Reiches besitzen, sich noch reichlicher vom Marke des Volkes mästen können, soll der Brot- und Fleischwucher noch rücksichtsloser von Staats wegen organisiert werden!

**Welch widersinnige Fribollität!**  
Die Masse des Volkes hat gerade in Anbetracht der Ergebnisse der neuesten Volkszählung das Recht, Beseitigung der agrarischen Volksausplünderung, Abwälzung der Steuern auf die zahlungsfähigen Schultern in Stadt und Land und einen energischen Ausbau der sozialen Gesetzgebung zu fordern! Denn von der gewerblichen Hygiene, von der Hebung der Konsumkraft der breiten Masse, d. h. der industriellen Arbeiterschaft, ganz allein kann eine Hebung der Volkskraft erwartet werden!

## Das Nachlaßsteuerkompromiß.

Verschiedene liberale Blätter wußten in den letzten Tagen zu melden, daß mit ziemlicher Sicherheit auf eine plötzliche Auflösung des Reichstages oder zum mindesten auf einen Rücktritt des Reichskanzlers und des Reichsschatzsekretärs zu rechnen sei, da die finanzpolitische Lage durch die Steuerablehnungen in der Reichssteuerkommission so verzerrt sei, daß sich kaum noch Aussicht auf eine Lösung der gestellten finanziellen Aufgabe biete. Noch wäre nicht ein einziger fester Grundstein für den Reichsfinanzreformplan gelegt; einer der Eydow'schen Steuervorschläge nach dem anderen würde von der Kommission verworfen, so daß sich bereits ein wüster Trümmerhaufen verworfener Projekte ansammle. Dazu läme nun noch der scharfe Widerstand der Konservativen gegen die Nachlaßsteuer.

Wir haben diese Gerüchte von vornherein für bloße Kombinationen phantasierender Politiker genommen, und ihnen deshalb keine Bedeutung beigemessen. Und tatsächlich sind sie denn auch heute bereits verstummt. Selbst jene Blätter, die noch vorgestern von einer angeblich bevorstehenden Reichstagsauflösung phantasierten, gaben heute in der bekannten verlausulierten Form die Unwahrscheinlichkeit ihrer Meldung an.

Die gegenwärtige Lage ist allerdings für die Regierung so peinlich wie nur irgend möglich, haben doch nicht nur der Kanzler und Herr Eydow bis in die letzten Tage mit dem Aufgebot der schönsten Phrasen an die patriotische Opferwilligkeit der Konservativen appelliert, sondern auch verschiedene einzelstaatliche Finanzminister haben die Nachlaßsteuer als eine der Grundbedingungen der Reichsfinanzreform bezeichnet. Aber in so fataler Lage sich auch die Regierung inmitten der sie umgebenden Steuertrümmer fühlen mag, so viel Erkenntnisvermögen besitzt sie doch noch, um zu begreifen, daß ein Appell an das deutsche Volk diesmal für sie mit einer Niederlage enden würde. Die Forderung von 600 Millionen neuer Reichssteuern ist sicherlich keine die sogenannte nationale Begeisterung entflammende Wahlparole, und überdies hat die Regierung bisher keinen der schönen Beschlüsse eingelöst, die sie bei der letzten Reichstagswahl ausgeführt hat. Anstatt der großartigen Kolonialpolitik, der Wahrung der ausländischen Interessen, der wirtschaftlichen Prosperität ist die Wirtschaftskrise eingezogen und preßt das deutsche Wirtschaftsleben nieder.

Andererseits aber ist auch den Konservativen nicht wohl bei dem Gedanken an eine Reichstagsauflösung und einen Wahlkampf, in dem die Frage der Nachlaßsteuer eine wichtige Rolle spielt. Mag Herr Dretel sich unter der bekannten Kognatmarke immerhin in der „Deutschen Tageszeitung“ als modernen Achilles gebärden und verstanden, daß wenn bei einer Reichstagsauflösung die Nachlaßsteuer zu einem Wahlkampfmittel werden sollte, die Konservativen der Parole die Fassung geben würden: „Nachlaßsteuer oder Steuer auf übermäßigen, mangelhaften Gewinn“, so ist doch den Konservativen ein Wahlkampf unter den heutigen Umständen höchst unangenehm, und zwar umso mehr, als sie in diesem Kampf weder auf eine kräftige Unterstützung des Blockfreisinn, noch des Zentrums rechnen könnten; denn so sehr auch das Zentrum nach der Wiedergewinnung seiner früheren Stellung trachtet, sich mit dem Odium der Reichsfinanzreform zu belassen, verspricht es wenig Reizung.

Wenn es ginge, würde sicherlich die Reichsregierung gerne die Nachlaßsteuer fallen lassen; aber die ihr dafür angebotene Erhöhung der Matrularbeiträge und die Reichsvermögenssteuer sind für sie nicht akzeptabel, wenigstens nicht in der vorgeschlagenen Form und Höhe, da die deutschen Einzelstaaten sich größtenteils selbst in den ärgsten Finanzschwierigkeiten befinden und ihren Regierungen vom Reichskanzler die bestimmtesten Zusicherungen gegeben sind, daß sich die Reichsregierung auf eine Reichsvermögenssteuer und eine wesentliche Erhöhung der Matrularbeiträge in keinem Fall einlassen werde.

So blieb für die Regierung wie für die Konservativen nur übrig, hinter den Kulissen die Verhandlungen über ein Kom-

promiß wieder aufzunehmen. Deshalb auch der Antrag der Konservativen in der Finanzkommission, die Abstimmung über den § 1 des Nachlaßsteuer-Entwurfs vorläufig auszusetzen bis nach der Durchberatung der ganzen Nachlaßsteuer, eventuell sogar bis nach der Erledigung der übrigen Steuerentwürfe. Man will Zeit gewinnen für die Schachermache!

In Anbetracht ihrer Widerstandsfähigkeit gegen konservative Ansprüche ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die liberalen Blockparteien sich dazu verstehen, erst einige indirekte Steuern in der Kommission zu beraten, bis das Kompromiß über die Nachlaßsteuer perfekt ist. Wird die Nachlaßsteuer, bei der die Steuer beginnt, hinaufgesetzt, der Steuerfuß für Kinder und Ehegatten ermäßigt, werden ferner den Agrariern bei der Steuerberechnung und Steuerzahlung weitere Privilegien eingeräumt, und ihnen andererseits bei der Branntweinsteuer oder bei anderen Vorlagen ansehnliche Vorteile geboten, so werden sie sich schließlich doch dazu entschließen, dem „teueren Vaterlande“ das Opfer zu bringen und die Nachlaßsteuer zu bewilligen. Natürlich müssen die Vorteile, die sie auf anderen Gebieten erlangen, dieser vaterländischen Aufopferung entsprechen; denn für nichts, ist nichts. Abfallen muß beim Handel für die Junker etwas, und nicht zu wenig.

## Adolf Stöcker.

Der „Hofprediger aller Deutschen“, wie ihn einstmal ein enthusiastischer Anhänger genannt, ist, wie eine Nachricht aus Bozen meldet, am Montag im Alter von 73 Jahren gestorben.

Politisch war Stöcker schon längst eingelangt. Seine eigentliche Blütezeit waren die sechziger und achtziger Jahre, wo er versuchte, der mächtig aufstrebenden sozialdemokratischen Partei durch einen antimilitärisch ausgeprägten und dadurch für naive Gemüter antikapitalistisch scheinenden sogenannten „christlichen Sozialismus“ den Boden abzugraben. Aber diese Versuche scheiterten nämlich an der gesunden Einsicht der deutschen Industriearbeiterschaft, die hinter der pseudo-sozialistischen Judentheorie die milderlich-reaktionären Tendenzen dieses christlichen Sozialismus deutlich erkannte.

Als Stöcker mit seiner Demagogie bei den Wahlen häufig gescheitert, versuchte er seine pfäffischen Mänke auf hiesigem Gebiete. Von der Thronbesteigung Wilhelms II. erhoffte er als Verbündeter Waldersee's und des später so schmählich gescheiterten Hammerstein eine Förderung seiner milderlich-militaristisch-feudalen Ideale. Als seine Hoffnungen sich nicht auf dem geraden Wege der persönlichen Beeinflussung des jugendlichen Thronfolgers erreichen ließen, nahmen er und seine Freunde ihre Zuflucht zu jenem perfiden Mänkepiel, das jener berühmte Scheiterhaufenbrief, den seinerzeit der Vorwärts veröffentlichte, so vortrefflich veranschaulichte. Auch diese auf das hiesige Parlett übertragene Demagogie endete mit einem glänzenden Fiasko. Hammerstein endete im Justizhaus, Waldersee als Operetten-General, und Stöcker selbst brachte es nicht einmal zum Oberhofprediger, sondern mußte sich für den Rest seiner Tage mit den zweifelhaftesten Ehren und Erfolgen eines Führers der synodalen Orthodoxie begnügen. Im Reichstag und Landtag durfte er sich gelegentlich noch als Paradedprediger der Junkerei und Wüdererei des Beifalls der Reaktion erfreuen; eine politische Rolle jedoch hat er nicht mehr gespielt. In seinen letzten Tagen mußte er sogar noch den Schmerz erleben, daß sein Testamentvollstrecker, der Legatiant Rumm, in seinem ehemaligen Wahlkreise von dem nationalliberalen Gegenkandidaten zur Strede gebracht wurde.

## Der Kampf ums Wahlrecht.

### Rundgebungen in Preußen.

Auch der letzte Sonntag, der 7. Februar, hat in einigen Orten Preußens noch Demonstrationen gegen das Dreiklassenwahlrecht gezeigt.

In Elbing kam es nach einer Versammlung, in der Gewerkschaftssekretär Trilse sprach, zu umfangreichen Demonstrationen in den Straßen der Stadt, besonders vor der Redaktion der konservativen „Elbinger Zeitung“. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor. Unter anderen wurden die Leiter der Elbinger Parteibewegung, die Genossen Schröder und Mattern, verhaftet, ebenso Genosse Trilse.

Im Waldenburger Kreisrevier fanden vier stark besuchte Volksversammlungen statt. Die Besucher der Versammlung in Altwasser zogen nach Schluß der Versammlung nach Waldenburg auf den Kaiser-Wilhelm-Platz, wo vor dem Rathaus Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgebracht wurden. Der Bürgermeister mochte anfänglich der Meinung sein, daß ihm Patrioten eine Ovation brächten, denn er erschien am Fenster und zog dankend seinen Hut. — Die Demonstranten zogen dann — unter Abhängen der Polizeilinie und Hochrufen auf das Wahlrecht — nach dem Marktplatz, wo die Demonstration fortgesetzt wurde. Die Polizei verhielt sich im allgemeinen ruhig; sie verhaftete nur einen Hochrufer und notierte einen anderen.

### Wahlrechtsdemonstrationen in Elsaß-Lothringen.

Auch in den Reichsländern hat das Proletariat den Kampf gegen das schlechte Landtagswahlrecht eröffnet. Am Sonntag wurden in allen größeren Städten Elsaß-Lothringens Rundgebungen für das gleiche, gebühne und direkte Wahlrecht veranstaltet. Die Einzelmeldungen lauten:

In Mühlhausen fanden am Vormittag 9 Uhr 9 Gewerkschaftsversammlungen statt, worauf sich auf dem Frankfurterplatz vor dem Solale, in welchem Reichstagsabgeordneter Emmel sprach, die Teilnehmer zum Demonstrationszuge durch die Stadt sammelten, der sich nach Schluß dieser Versammlung um 11 Uhr in Bewegung setzte. Er durchzog die innere Stadt und löste sich mittags auf der Ueberdehungsstred des Ja-Hochwasserkanals zwischen Altstadt und Arbeiterviertel auf. Am dem Zuge, der die behördliche Genehmigung unter der Bedingung erhalten hatte, daß zwar der Sozialistenmarsch, nicht aber die Marzeillaise von der Musik gespielt werden dürfe — gegen das Singen der Arbeitermarzeillaise hatte die Polizei nichts einzuwenden — beteiligten sich fünf- bis sechstausend Personen. Die Rundgebung verlief, da sich die massenhaft aufgebundene Polizei tatwoll und zurückhaltend verhielt, in Ordnung und ohne jeden Zwischenfall. Merkwürdigerweise war trotz der polizeilichen Genehmigung des Umzuges das Militär in den Kasernen konsigniert. Die Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen hatte den Arbeitern und Angestellten die Teilnahme an dem Demonstrationszuge ausdrücklich durch Aufschlag verboten.

Die Demonstration in Straßburg verlief glänzend. An der Versammlung nahmen etwa 2500 Personen teil. Der Zug wurde von einer Range von 3000 bis 4000 Personen gebildet. Auch die Arbeiterschaft aus den benachbarten Orten beteiligte sich. Den Eisenbahnarbeitern wurde wie in Mühlhausen von der Verwaltung verboten, sich an der Demonstration zu beteiligen.

In Colmar nahmen etwa 3000 bis 4000 Personen an der Versammlung, 1000 Personen am Zug teil.

Ferner fanden Demonstrationen statt: in Wischweiler, Hagenau, Marlich (Wahlkreis Rappoltsweiler), Grafenstaden, Saargemünd, Spittel und Reg.

In allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die das allgemeine Wahlrecht zum Landesausdruck fordern; sie sollen an den Reichstag geschickt werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. Februar 1909.

### Das Koalitionsrecht im Vergleich.

Aus dem Reichstage, 8. Februar. In der Fortführung der Sozialdebatte kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über das Koalitionsrecht der Arbeiter und Beamten im Bergbau. Der Abg. Raumann (fr.) wies eingehend nach, daß von einer ungehinderten Ausübung des Koalitionsrechts weder bei den Arbeitern noch den Beamten die Rede sein könne. Der Zeichenverein im Ruhrgebiet nehme die Nachstellung einer Territorialmacht ein, die am Werk sei, ihre Arbeiter zu willenslosen Hörigen zu degradieren. Ein wirklicher Konflikt zwischen Gleichgestellten sei das nicht, wenn der arbeitssuchende Arbeiter genötigt sei, eine vom Unternehmer diktierte Arbeitsordnung zu unterschreiben. Vor allem müsse darauf hingewirkt werden, daß das Recht der Arbeiter oder Beamten auf Zugehörigkeit zu einem Berufsverein durch den Arbeitsvertrag nicht berührt werden dürfe. Als Illustration für die Zustände im Bergbau hatte Raumann darauf hingewiesen, daß die Bergengesellschaft Giesches Erben in Schoppinich in Oberschlesien sogar eine Anzahl Beamte wegen Zugehörigkeit zu dem Bund der technisch-industriellen Beamten gemahregelt habe.

Zugs erschien der konservative Graf Carmer auf der Tribüne, stellte sich als Mitinhaber von Giesches Erben vor und kündigte an, er werde alle Behauptungen des Vorredners über Gefährdung des Koalitionsrechts der Beamten durch diese volle 200 Jahre alte Firma widerlegen. Als er schließlich in seinen langen Ausführungen zu der Mitteilung gelangte, die Firma habe die Beamten vor die Frage gestellt, sie müßten zwischen ihrer Stellung und dem „Bund“ wählen, wurde von den Sozialdemokraten durch Zurufe festgestellt, damit habe er ja die Gefährdung des Koalitionsrechts durch die Gesellschaft bestätigt. Der Herr Graf vermochte das jedoch nicht einzusehen. Er besaß nun aber die von echt edelmännischer Denkart zeugende Taktik, die entlassenen Beamten als „minderwertige“ Kräfte herabzusetzen. Es geht doch nichts über junkerliche Intelligenz und Roblesse!

Herr von Camp-Massauen trat als zweiter aristokratischer Vorkämpfer der Großindustrie in die Schranken. Der Staatssekretär war ihm, trotzdem dieser sein warmes Herz für die Unternehmer angepriesen hatte, noch lange nicht unternehmerfreundlich genug und der Reichstag gar triebe es so arg, daß viele Unternehmer sich schon mit dem Gedanken trügen, nach England auszuwandern, weil sie dort besser daran sein würden. Der edle Freiherr übersah bei dieser Anfindigung ganz, daß er damit seine gesamten Schachzoll-Theorien über den Haufen warf. Aber auf Logik ist es ihm nie besonders angekommen.

Den Schluß machte Herr Rieseberg (Antisemit und Jünger), seines Reichens Bäckermeister in Quedlinburg, der durch ein vermorrenes Sammelsurium von Mittelstands-wünschen und Sozialistenstereotypen das Haus sträflich langweilte.

Es folgten persönliche Bemerkungen, in deren Verlauf der Präsident Graf Stolberg den präsidialen Weisterrückenden Session ein neues hinzufügte, indem er es als unparlamentarisch rügte, als Genosse Zubeil von einem Bundesratsmitglied sagte, er „habe es fertig gebracht“... Was soll Herr Raempf nun anstellen, um diese Leistung zu übertreffen!

### Die Beratung des Lehrerbefolgungsgesetzes.

Das Abgeordnetenhaus begann am Montag die zweite Lesung des Lehrerbefolgungsgesetzes. Ein Vergleich der Debatten über dieselbe Materie im Jahre 1897 mit den jetzigen zeigt, wie der Widerstand des ehemals liberalen Bürgerlums gegen agrarische Forderungen und gegen die Vereinträchtigung der Selbstverwaltungsbefugnisse allmählich beseitigt ist, so daß heute im Grunde genommen, alle bürgerlichen Parteien von dem konservativen Agrarier Freiherrn von Richthofen über die Zentrumskräfte hinweg bis zu dem Freisinnigen Cassel ein Herz und eine Seele sind. In der Kommission ist zwischen der Regierung und den bürgerlichen Parteien ein völliges Einverständnis über alle Differenzpunkte erzielt worden, die Plenarberatung war also eigentlich überflüssig. Das Haus hätte sofort ohne Debatte zur Abstimmung schreiten können. Wenn trotzdem noch eine Spezialberatung stattfand, so — wie der sozialdemokratische Redner Borgmann treffend bemerkte — nur deshalb, damit die verschiedenen Redner nochmals Gelegenheit fanden, den Lehrern ihr Wohlwollen zu beteuern.

Die einzelnen bürgerlichen Parteien veranstalteten ein förmliches Wettlaufen, sie alle suchten um die Gunst der Lehrer, obwohl sie genau wissen, daß die Befolgungserhöhungen nur einen Teil der Lehrer zugute kommen. Und dabei sind besonders die Redner der bürgerlichen Linken in keiner Weise von dem Kompromiß befriedigt, der Nationalliberale von Campe betrachtet es mit einem laubenden und einem tränenden Auge und Abgeordnete Cassel sucht sich damit zu entschuldigen, daß die Maßnahme auf die Steuerzahler seinen Freunden die Zustimmung notwendig erscheinen lasse. Daß durch das Kompromiß der Stübliche Brennerlach gesetzlich festgelegt ist, genügt die Herren weiter nicht, obwohl sie früher nicht genug über diesen Erlass schelten konnten. Charakteristisch für die ganze Situation ist es, daß Herr Freiherr v. Zedlitz Herrn Cassel beim Verlassen der Rednertribüne herzlich beglückwünschte. Früher wäre so etwas unmöglich gewesen.

Gestört wurde die Eintracht durch den Polen Stichel und den Sozialdemokraten Borgmann. Ersterer beantragte die Besetzung der Osmarlenzungen, wofür ihn der Finanzminister in seinem bekannten Unteroffiziersston abkanzlete. Borgmann übte bei aller Anerkennung des Fortschritts, den einzelne Bestimmungen des Gesetzes für die Lehrer bedeuten, scharfe Kritik, vor allem an der gegläubten Festlegung des Brennerlaches, an den Eingriffen in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und an dem agrarischen Chor der Vorlage. Seine Schilderung der jämmerlichen Schulverhältnisse war den Konservativen höchst unangenehm, und als der sozialdemokratische Redner gar das Teufeln der Kondakte geißelte, in deren Händen die vielgerühmten Kreisverbände nur Marionetten seien, da war es um die Ruhe der Herren auf der Rechten geschehen, der Chor der Landräte trat in Aktion. Aber Borgmann ließ sich nicht irre machen, er versetzte, bevor er seine Rede beendete, noch Herrn v. Stichel einen schmerzhaften Denkfettel, indem er ihm vorhielt, daß er kein Recht habe, den Polen



den Wortwurf zu machen, daß sie die Politik in die Volksschule hineintragen, solange die Regierung gesittlich die Volksschule als Einrichtungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie betrachtet.

Mit dieser Rede schloß die Generaldebatte. Die §§ 1-5 des Gesetzes gelangten unter Ablehnung eines polnischen Antrages auf Streichung der Osmarlenzungen zur Annahme. Für den Antrag stimmten Polen, Freisinnige und Sozialdemokraten. Das Zentrum schlug sich auf die Seite der Katholiken.

Am Dienstag sollen zunächst die Pfarrerbesoldungsgeetze beraten werden. Als Fraktionsredner ist Adolf Hoffmann bestimmt. Erst nach Erledigung dieser Geetze soll die Beratung des Lehrerbefoldungsgeetzes fortgesetzt werden.

### Der Fischbeckbericht des Mandatranbloss.

Die Sophistereien, mit denen das freisinnig-konservative Kartell den beabsichtigten Raub an der Vertretung zu beschönigen sucht, die sich das Proletariat trotz der Klaffschmach im Abgeordnetenhaus errungen hat, liegen jetzt dokumentarisch vor. Sie stammen aus der allerberühmtesten Feder, der des Abgeordneten, Ordensritters, Blodbruders und Magistratsadjunktus Fischbeck, des Polizeischüßlings am Demonstrationssonntage. Wie bekannt, hatte die Mandatranblosskommission mit diesem Verständnis gerade Herrn Fischbeck zum Berichterstatter über den geplanten Mandatranbloss ernannt. Der Berichterstatter ist der Kommission und der Bericht des Berichterstatters würdig.

Ueber den viel besprochenen „Terrorismus“ ergeht sich der Bericht nur in ganz allgemeinen Redensarten, um sich alsdann mit liebevoller Ausführlichkeit über die sogenannten „Unbilligkeiten“ bei der Listenaufstellung zu verbreiten. Die interessante Tatsache, daß Herr Fischbeck dem Berliner Magistrat angehört, welchem falsche Listenaufstellung zum Vorwurf gemacht wird, ist leider im Bericht nicht verzeichnet.

Statt nun aber wenigstens der Logik gerecht zu werden und die sämtlichen Berliner Mandate zu beanstanden, verhängt sich die Kommission, wie bekannt, hinter dem höchsten Vorstand, daß nur gegen die Mandate von Vorkmann (5.), Heimann (6.), Girsch (7.) und Hoffmann (12. Wahlkreis) Protest erhoben sei. Nun hat aber, wie die dem Bericht beigegebene Anlage schwarz auf weiß bezeugt, der Leutnant a. D. Konstantin Pohl ausdrücklich ersucht, die Wahl im 12. Berliner Landtagswahlkreise, eventuell nach dem ersten angegebenen Grunde (d. h. eben wegen der Listenaufstellung) auch in sämtlichen Berliner Wahlkreisen für ungültig zu erklären. Wenn der genannte Herr Leutnant am 23. Januar 1909 den eben zitierten Schlusssatz seines Protestes vom 3. Juli 1908 unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung seines Protestes gegen die Wahl Hoffmanns widerrufen, wie ebenfalls aus der Anlage hervorgeht, so beweist das die Unbilligkeit des konservativ-freisinnigen Blodbruders. Der Richter des emeritierten konservativen Leutnants soll die formale Handhabe zur Rechtsbeugung bieten und soll die Tatsache verhehlen, daß zwei Drittel der Mandate, darunter sechs freisinnige, als angeblich unbeanstandet nicht listiert werden, obwohl sie mit denselben Mängeln behaftet sind, die die Protestgeber in stiller Entrüstung den Mandaten der Genossen Vorkmann, Heimann, Girsch und Hoffmann nachreden.

### Das Pluralwahlrecht im Oldenburger Landtag.

Als zu Beginn der heutigen Plenarsitzung des Landtags von den Liberalen und Sozialdemokraten auf Grund des § 78 der Geschäftsordnung ein Antrag eingebracht wurde, die Abstimmung über die Pluralwahlrechtsanträge zu wiederholen und dieser Antrag unannehmbar, trieben die agrarisch-ultramontanen Wahlrechtsdrüber Obstruktion, indem sie die Sitzung demonstrativ verließen. Da der Landtag darauf bestand, die Abstimmung sofort zu wiederholen, sah sich der Präsident gezwungen die Sitzung nach einer stürmischen Debatte wegen andauernder Unfähigkeit aufzuheben und sie auf Dienstag morgen 10 Uhr zu vertagen.

Es demühtigte sich aller Anwesenden große Erregung, da — so lange der Oldenburgische Landtag besteht — noch niemals Obstruktion getrieben worden ist.

### Branntweinsteuer-Schacher.

Nach einer Mitteilung der „National-Ztg.“ wird zwischen Vertretern der Sozialdemokraten und der Regierung über ein Branntweinsteuer-Kompromiß auf folgender Grundlage geschachert:

Die Regierung verzichtet auf die Forderung des Monopols. Die bisherige Verbrauchsabgabe von 70 M. auf das Hektoliter und die Maßraumsteuer von 12 M. auf das Hektoliter werden abgeschafft, dagegen eine Fabriksteuer von 100 M. auf das Hektoliter eingeführt. Diese Fabriksteuer wird gleichmäßig von allem Trinkbranntwein erhoben, so daß also die sogenannte Abgabe in Wegfall kommt. Neben der Fabriksteuer bleibt die bisherige Brennsteuer nicht nur bestehen, sondern wird progressiv weiter ausgestellt. Sämtlichen Brennereien wird eine besondere Zahlung von 3 M. Brennsteuer für jedes Hektoliter auferlegt, das sie über den bisherigen Bedarf brennen. Nur neu errichtete landwirtschaftliche Brennereien sollen für die ersten 500 Liter, die sie fabrizieren, von dieser Zuschlagabgabe befreit sein.

### Die Schächer des Grafen Strachwitz.

Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ (W.-A.-Z.) hat sich, wie wir berichtet haben, jüngst den Grafen Strachwitz, Mitglied der ultramontanen Landtagsfraktion, vorgenommen wegen seiner Rede über die Arbeitslosenfrage. Das Blatt versuchte den schlesischen Grafen, der aus seinen volks- und arbeiterfeindlichen Anschauungen kein Hehl macht, als „Einspänner“ hinzustellen und die Zentrumsfraktion vor der Verantwortung für derartige Offenbarungen ihres Mitgliedes zu schützen. Demgegenüber warfen sich nun in der „Rheinischen Volksstimme“ die Zentrumsbauern als Schächer des Grafen Strachwitz auf. Eine Zuschrift aus landwirtschaftlichen Kreisen wirft der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ geschäufte Kritik und beleidigende Schreibweise vor und bemerkt dann:

„Graf Strachwitz hat zweifellos seiner christlichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben und dies ist nicht nur sein gutes Recht, sondern sogar seine Pflicht. Seine Ausführungen enthalten manche Wahrheiten, die von den Zentrumsbauern, die wenigstens ähnlich denken, wie er, leider nicht mit derselben Offenheit ausgesprochen werden. Ein „Einspänner“, wie die „Westd. Arbeiter-Ztg.“ ihn nennt, ist zum Beispiel Graf Strachwitz nicht mit seinen Ansichten, die darin gipfeln, daß für den Arbeiter sehr, sehr viel in den letzten Jahren getan wurde, und es jetzt dem Arbeiter zur Pflicht gemacht werden müßte, selbst für die Existenz der Seinigen zu sorgen.“

Man versteht, daß den Zentrumsführern vom Schlage Trimborn, Wöckers ufm. ein Kollege wie Graf Strachwitz, der aus seiner arbeiterfeindlichen Gesinnung kein Hehl macht, nicht gerade angenehm ist. Aber man weiß, daß Graf Strachwitz mit seinen Anschauungen in der Zentrumsfraktion nicht allein steht, denn die ultramontanen Junker sind um keinen Deut besser, als ihre konservativen Genossen, und wie die Zentrumsbauern denken, sieht man an der Beflissenheit, mit der sie sich für den schlesischen Junker ins Zeug legen.

### Reichsverbänderliche Braudschätzung.

Seit einigen Monaten hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie seine sonst so lärmende Agitation etwas eingestellt. Er scheint an chronischem Geldmangel zu leiden. Noch sind die Wahlschulden aus Anlaß der Reichstagswahl von 1907 nicht sämtlich

beglichen und schon hat die Landtagswahl wieder neue Schulden zur Folge gehabt. Ganz besonders die Ortsgruppe Hannover scheint in arger Geldlemme zu sein. Die ständige Tätigkeit des Bureaus dieser Ortsgruppe bestand darin, vor allem kapitalkräftige Leute anzusprechen, und es ist nur mit Mühe gelungen, sich mit diesem Vettel schlecht und recht durchzuschlagen. Wie knapp es mit den Geldmitteln stehen muß, zeigt ein Brief, der an einen Großindustriellen im Oktober gerichtet ist und in dem es heißt: „Provinzialausfluß des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.“

1. Vorsitzender: Generalleutnant z. D. Baron von Lüdinghausen-Wolff, Eggelsen, Hannover, Alleestraße 22.  
Hannover, den 10. Oktober 1908.  
Es erübrigt sich wohl, darauf hinzuweisen, daß unersetzlich alles aufgegeben wurde, um dem gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Ganz erhebliche Summen kostete uns der Wahlkampf; ein Heer von Hilfskräften war in unserem Bureau und draußen im Wahlkreis tätig. Sonntag für Sonntag besorgten Radfahrer aus den und treuegefinnten Arbeiterkreisen die Flugblattverbreitung, die Presse wurde Tag für Tag mit Material versehen, Versammlungen wurden abgehalten — kurz, wir haben unsere Pflicht getan.

Um diese Arbeit durchführen zu können, bitten wir nochmals um Ihre gütige Unterstützung. Mit Stolz können wir dabei zugleich hinweisen auf die segensreichen und gemeinsamen Einrichtungen, die wir im Laufe der Zeit geschaffen; Arbeitersekretariate entfallen an verschiedenen Stellen in der Provinz ihre Tätigkeit; Volksbibliotheken haben wir in unseren Ortsgruppen auf dem Lande errichtet; Volksabende, die dem Gedanken einer Verjüngung der sozialen Gegenstände Bohn schenken sollen, in den Städten und selbst den kleinsten Landgemeinden abgehalten, und in Verbindung damit eine Wehrnachtsbesetzung größten Stils hier unternommen, die den Armen eine unerwartete Freude schaffte. Vor allem haben wir aber durch unsere Rednerschule eine ständige, äußerst wertvolle Frühling mit den Kreisen der treu vaterländisch gesinnten Arbeiterschaft, der wir weiterhin auch durch die Errichtung von Arbeitsnachweisen bei den verschiedensten Gelegenheiten helfend zur Seite stehen.

Um alle von uns geschaffenen segensreichen sozialen Einrichtungen erhalten, fortsetzen und weiter ausbauen zu können, lassen wir an alle diejenigen unserer Mitglieder und Freunde, von denen wir annehmen dürfen, daß wir ihnen kein zu großes Opfer zumuten, nochmals die Bitte um eine größere finanzielle Unterstützung unserer Sache ergehen. Bei dem Ernst unserer Aufgabe und den hohen Kosten, welche die Landtagswahl uns verursacht hat, hoffen wir keine Fehltritte zu tun.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

W. v. Lüdinghausen-Wolff, Generalleutnant z. D.

Im Reichstag hatte der Finanzminister v. Rheinbaben mit einem gewissen Reiz die Finanzen der Gewerkschaften und der Partei erwähnt und uns den Not gegeben, diese Summen für die Finanzreform zu opfern. Es wäre besser gewesen, er hätte diese Aufforderung an die „nationalgesinnten“ Kapitalisten gerichtet. Es scheint aber, daß er wegen der Brandschattungen, die der Reichsverband gegen die Kapitalisten ausstößt, glaubt, von einer Besteuerung der Reichen zugunsten der Finanzreform Abstand nehmen zu müssen.

### Die „aufrührerische“ Wahlrechtsdemonstration.

Genosse Redakteur Dabell von der „Dresdener Volkszeitung“ hat am Montag die Anklageschrift wegen Aufrufs, angeblich begangen bei der letzten Wahlrechtsdemonstration der Dresdener Arbeiterschaft, zugestellt erhalten.

### Antisozialistische Kriegervereinspolitik.

Der „Deutsche Kriegerbund“ will die Sozialdemokratie vernichten. In der Sitzung des Gesamtvorstandes wurden schärfere Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie beschlossen, die dem diesjährigen Abgeordnetentage vom Bundesvorstande unterbreitet werden sollen. Die Anträge verlangen, daß die Kriegervereinsmitglieder in den Verbands- und Vereinsversammlungen über die Sozialdemokratie aufzuklären und an ihre Pflicht zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bei geeigneter Gelegenheit zu erinnern sind. Weiter ist es den Mitgliedern der Kriegervereine nicht gestattet, freien Gewerkschaften anzugehören, so lange diese sozialdemokratische Organisationen bilden oder die sozialdemokratische Partei direkt unterstützen.

Diese Hauptsätze sollen von dem Abgeordnetentage als verbindlich für alle Landesvereine erklärt werden. Ein Zuwiderhandeln ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zum Deutschen Kriegerbunde und hat die Ausschließung zur Folge.

### Der badische Bloß gescheitert.

Zwischen den Nationalliberalen und den Freisinnigen in Baden ist die angebaute Einigung endgültig gescheitert: Die Freisinnigen waren zwar bereit, die Vorschläge der Nationalliberalen zu akzeptieren, sie lehnten es aber ab, in Lörrach-Land für den Führer der Nationalliberalen Dr. Obkircher zu stimmen. Die Demokraten allein wollen mit den Nationalliberalen nicht gehen, machen aber den Vorschlag, in einzelnen Wahlkreisen ein Zusammengehen aller liberalen Richtungen herbeizuführen. Nur in den Kreisen, in denen das unmöglich sein wird, soll jede Partei den Kampf auf eigene Faust führen.

### Reichstags-Ordnungswahl in Schrimm-Schroda.

Bei der am Samstag stattgefundenen Reichstagsordnungswahl für den Wahlkreis Schrimm-Schroda wurden im ganzen 17936 Stimmen abgegeben. Hieron erhielt v. Riegolewski (Volk) 13919, v. Günther (Reichspartei) 4009 Stimmen, zerstückelt waren acht Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

### Eine sonderbare Art der Arbeitslosenfürsorge

betrifft der Stadtmagistrat Nürnberg zuerst sträubte er sich mit Händen und Füßen dagegen, andere Vorgehen als Notstandsarbeiten zu ergreifen. Nach vor wenigen Tagen lehnte er einen sozialdemokratischen Antrag ab, wonach ein Betrag von 80 000 M. bewilligt werden sollte, um an diejenigen Arbeitslosen, die aus körperlichen oder beruflichen Gründen Notstandsarbeiten nicht leisten können, Vorunterstützungen gewährt zu können. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß eine Geldunterstützung ohne Gegenleistung für die betr. Arbeiter, wenn nicht etwas Entgeltendes, so doch „nichts Ehrenvolles“ an sich habe. In dem kurzen Zeitraum von drei Tagen hat man sich von dieser arten Maßnahme auf das Entgegengesetzte der Arbeitslosen befreit. In der Sitzung vom Freitag wurde ein Antrag des Ausschusses beraten und angenommen, 15 000 Mark für Vorunterstützungen auszugeben. Die Unterstützung wird nur an solche Arbeitslosen gegeben, die in Nürnberg beheimatet sind und seit mindestens einem Jahre dort wohnen und arbeiten. Sie beträgt für Leilige 2 Mark, für Verheiratete 3 Mark pro Woche und wird nur an diejenigen Arbeitslosen gegeben, die durch ein Zeugnis des Amtsarztes nachweisen, daß sie die ihnen zugewiesene Notstandsarbeit nicht leisten können. Für jeden Tag, den der Betroffene in einer Woche nicht arbeitslos ist, werden 80 resp. 60 Pf. in Abzug gebracht. Weibliche Arbeitslose werden nur dann unterstützt, wenn sie nicht im Familienverband leben und wenn sie Angehörige zu erhalten haben. Ein sozialdemokratischer Antrag, auch die nicht heimatsberechtigten nach einer gewissen Aufenthaltsdauer zu unterstützen, wurde abgelehnt, ebenso

der Antrag, die Unterstützung auf 3 und 6 M. zu erhöhen. Nach obigem ist es also eine äußerst schwierige Sache, in den Genuss der Unterstützung zu kommen; der Glücklichen, die sich ihrer erfreuen dürfen, werden nicht allzu viele sein.

### Die Balkankrise.

#### Die türkische Antwort.

Petersburg, 8. Februar. Die Petersburger Telegraphen-Agentur erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß in der Antwort der Türkei auf den russischen Vermittlungsvorschlag, die gestern von dem türkischen Vorkämpfer dem Minister des Aeußern übergeben wurde, die Forderung der Regulierung der türkisch-bulgarischen Grenze nicht mehr erhebt.

Im übrigen führt die Antwort aus, daß das, was Bulgarien ihr zu zahlen hätte und was die Türkei an kapitalisierter Kriegsentfädigung Rußland schulde, sich beinahe ausgleiche.

### Oesterreich.

#### Die Antwort der Sozialdemokraten.

Zum Protest gegen die Schließung des Parlaments ruft der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten das arbeitende Volk aller Nationen Oesterreichs auf. Es heißt in dem Aufruf: „Eine schwere Wirtschaftskrise lastet auf unserer Volkswirtschaft, Jehnlaubeude sind arbeitslos, Hunderttausende müssen in einer Zeit furchtbarer Leuerung mit verringertem Einkommen Weib und Kind ernähren — aber die deutschen und die tschechischen Chauvinisten haben im Parlament tagelang darüber gestritten, ob auf einer böhmischen Lokalbahn nur deutsche oder auch tschechische Inschriften angebracht werden sollen. Unsere Greise hungern, unsere Krüppel gehen betteln, Tausende bleicher Kinder erliegen den mörderischen Wirkungen kapitalistischer Ausbeutung — aber die bürgerlichen Parteien interessieren sich vor allem für die Frage, ob die Studenten in Prag das Recht haben sollen, mit bunten Skappen auf dem Graben spazieren zu gehen oder nicht.“

Keine Sozialversicherung, keinen Arbeiterschutz, keine wirtschaftlichen Reformen, überhaupt kein arbeitendes Parlament — sondern die Herrschaft einer bankrotten Regierung! Das ist das Ergebnis des nationalen Streiks.

Wir ruhen euch zum Kampfe für das Recht des Parlaments gegen die Alleinherrschaft der Bureaucratie für den nationalen Frieden gegen die nationalistische Hebel für die Sozialversicherung und soziale Reform gegen die Zerstörer des Parlaments!

Für Montag und Dienstag haben unsere Genossen in Wien fünfzehn Versammlungen einberufen. Der Proteststurm in der Provinz wird folgen.

### Immer wieder der Bummel.

Wien, 8. Februar. Die der „Neuen Freien Presse“ aus Prag gemeldet wird, sind bei dem gestrigen Bummel auf dem Graben einzelne Zusammenstöße vorgekommen, bei denen die Wache gegen die Tischen einzuschreiten genötigt war. Als der Andrang auf dem Graben zu stark geworden war, wurde der Graben von der Wache geräumt und abgesperrt.

### Frankreich.

#### Eine Nachwahl.

Paris, 8. Februar. Im Departement Seine et Marne wurde an Stelle des verstorbenen Radikalen Delbet der sozialistische Radikale Lotim mit 7152 Stimmen zum Deputierten gewählt. Der gemäßigtere Republikaner Lion erhielt 3284 St.

### Italien.

#### Auflösung der Kammer.

Rom, 8. Februar. Der König hat das Dekret über die Auflösung der Kammer heute unterzeichnet. Die Neuwahlen werden am 7. die Stichwahlen am 14. März stattfinden. Das neue Parlament wird am 24. März zusammentreten. — Die Regierung sucht die Auflösung mit einigen nichtsignifizierenden Redensarten zu rechtfertigen, die der „Avanti“, wie uns ein Privattelegramm aus Rom meldet, heftig kritisiert. Die Minister haben, sagt unser Bruderblatt, alle Probleme vertuscht. Die Auslandspolitik sei überhaupt nicht erwähnt. Die Haltung der Regierung sei unwürdig und aus den Wahlen werde sie die gebührende Antwort empfangen.

### Portugal.

#### Eine naive Forderung.

Lissabon, 7. Februar. Achtzig Infanteristen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung von Madaira nach den von der Pest betroffenen Agorenineln entsandt worden waren und nach Madaira zurückkehren wünschten, drangen in das bakteriologische Laboratorium der Insel Terceira ein und verlangten von den Ärzten, sie sollten die Pestepidemie binnen vierzehn Tagen zum Erlöschen bringen. Die Vermittlung eines Militärarztes verhinderte größere Ausschreitungen. Sechzig Reuterer wurden verhaftet.

### England.

#### Das Marineprogramm.

London, 8. Februar. „Daily Chronicle“ erfährt, daß die im Kabinett zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten wegen der Erfordernisse für die Marine befristet worden sind. Die Admiralität habe ein neues Bauprogramm aufgestellt, das dem Kabinett bereits unterbreitet worden sei. Man sei sich jedoch einig darüber, daß keine Notwendigkeit bestehe, den Bau neuer Dreadnoughts mit besonderer Eile zu betreiben. Man nehme an, daß unter diesen Umständen die reine Wehrausgabe im Flottenvoranschlag über 2 1/2 Millionen Pfund Sterling nicht hinausgehen werde.

### Gewerkschaften und politische Geldbeiträge.

London, 6. Februar. (Fig. Ver.) Es wurde neulich an dieser Stelle berichtet, daß der Verband der Londoner Buchdrucker beschlossen habe, trotz des Urteils des Appellhofes die Beiträge für die Zwecke der Arbeiterpartei zu erheben. Ein Buchdrucker verweigerte den Beitrag, wurde aber vom Vorstand zur Zahlung gezwungen. Er wandte sich ans Gericht, um einen Einhaltsbefehl, und zwar auf Grund des Appellhofurteils. Gestern fand die Verhandlung statt, die mit der Bewährung des Einhaltsbefehls endigte. Selbstredend berührt das nicht den Refus, den die Eisenbahner gegen das Appellhofurteil bei den Oberhausrichtern eingeleitet haben.

### Dänemark.

#### Eine Ehrenerklärung für den Reichstag.

Am 6. Februar 1909 fand die 80 000 Kronensammlung des konservativen Journalisten Røger Karstensen und die damit verbundene Veranstaltung, daß sie zur Bekämpfung dänischer Reichstagsabgeordneter dienen sollten oder dienen haben, Markheit zu schaffen, hatten unsere Genossen im Folkething vorgeschlagen, eine parlamentarische Untersuchungskommission zu wählen. Die Regierungspartei war dafür nicht zu haben, erklärte sich jedoch damit einverstanden, daß die Vor-



Agenden der verschiedenen Fraktionen gemeinsam die Untersuchung der Angelegenheit vernehmen sollten. Das ist inzwischen geschehen, und am Sonntag hat das so zusammengesetzte Komitee sein Protokoll über die Untersuchung veröffentlicht. Karjanten und seine beiden Leumundszeugen, die Landthingmänner Graf R. Kollke und Holger Peterien, sind vernommen worden. Sie wollen aber durchaus keine Auskunft darüber geben, wer die Rüge nieder der 30 000 Kronen waren, sagten im wesentlichen nur, daß sie im Sinne der Selbstgeber für allgemeine politische Zwecke, besonders zur Zoll- und Wahlrechttagation (selbstverständlich im Sinne der Konservativen: für Schutzgelder und gegen demokratische Wahlrechtsreform) verwendet worden seien, und versicherten, daß nichts von dem Gelde von irgendeinem Reichstagsabgeordneten oder Regierungsmitgliede angeboten worden sei und auch keiner dieser Leute etwas davon empfangen habe. Das Komitee ist daraufhin zu dem Schluß gekommen, daß, obwohl die Untersuchung keine positive Aufklärung über die Verwendung der Gelder gebracht habe, doch aus den abgegebenen Erklärungen hervorgehe, daß sie nicht in einer Weise angewandt worden seien, die die Ehre und das Ansehen des Reichstags berühren könne. Das Komitee der Fraktionsvorsitzenden hat damit seine Tätigkeit für beendet erklärt, die Sache selbst scheint jedoch noch keineswegs erledigt, und darum hat auch das sozialdemokratische Komiteemitglied Genosse Sigbold Olsen sich vorbehalten, von neuem den Vorschlag auf Wahl einer Untersuchungskommission einzubringen.

## Rußland.

### Die Korruption.

Petersburg, 7. Februar. Im Prozeß des früheren Gouverneurs von Kishni-Kowgorod, Baron Frederiks, der ein Nachspiel zum Gurko-Widowal-Prozeß bildet, fällt der Senat nach fünfjähriger Verhandlung das Urteil. Frederiks wurde der Fahrlässigkeit und Verschuldung für schuldig befunden und zur Dienstentlassung sowie zu einer Geldstrafe von 10 000 Rubel oder im Falle der Zahlungsunfähigkeit zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

## Türkei.

### Für die Pressefreiheit.

Konstantinopel, 8. Februar. Etwa 8000 Personen hielten gestern eine Versammlung ab, um gegen einen angeblich reaktionären Pressegesetzentwurf zu protestieren. Sodann zogen die Teilnehmer vor das Parlament, wo eine Deputation aus ihrer Mitte vom Präsidenten der Kammer empfangen wurde. Hierbei versicherte der Präsident, die Kammer würde jeden gegen die Pressefreiheit gerichteten Gesetzentwurf verwerfen.

## Die sozialistische Presse über den Kongreß der Arbeiterpartei.

London, 6. Februar. (Eig. Ber.) Die „Justice“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, teilt ihre Besprechung des Kongresses: „Das Absterben der Arbeiterpartei.“ Das Blatt erklärt, die Führer der Arbeiterpartei beglückwünschen sich über den vollständigen Sieg, den sie auf dem Kongreß errungen haben. „Aber was für einen Sieg! Wir waren nicht so töricht, eine solche Spaltung der Partei zu erwarten oder zu wünschen, wie sie von ihren Feinden vorhergesagt wurde. Aber wir hatten gehofft, daß die Arbeiterfraktion wegen ihrer Abtrünnigkeit getadelt würde und daß sie wegen ihrer Kriecherei vor der liberalen Regierung verurteilt würde, schließlich, daß durch die Annahme eines Programms einer ähnlichen Kriecherei für die Folge vorgebeugt würde. . . .“ Darin wurden wir enttäuscht. Der Kongreß hat mit überwältigender Mehrheit alles gebilligt, was die Arbeiterfraktion getan hat: die Kriecherei vor der liberalen Regierung, die Wiederholung der liberalen Lügen über die Arbeiterklasse — in Unterstützung der unsinnigen und schädlichen Schankwirtschaftsvorlage, die ausdauernde Propaganda für den liberalen Freihandelsgeist, die Vernachlässigung der Lebensinteressen der Arbeiterklasse, wie z. B. der Frage der Arbeitslosigkeit. . . . Und der Kongreß hat die Ansichten und die Tätigkeit der Arbeiterfraktion bestätigt. Die ganze Partei hat sich also verpflichtet, mit den Liberalen harmonisch zusammenzuarbeiten, und wenn diese Zusammenarbeit andauert, wird sie zur vollständigen Vernichtung der Partei führen. . . . Der Kongreß hatte im großen ganzen zwischen Sozialismus und Liberalismus zu wählen, und er erklärte sich für den Liberalismus.“

Der „Labour Leader“, das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, schreibt über denselben Gegenstand: „Der Kongreß von Portsmouth bildet einen Meilenstein in der Geschichte der sozialistischen und gewerkschaftlichen Bewegung. Seit der Gründung der Arbeiterpartei, d. h. seit neun Jahren, konnte man auf die Empfindung stoßen, daß die Verbindung zwischen Sozialisten und Arbeiterklasse trotz aller Fortschritte doch eine kurzlebige Allianz sein könnte. Die geeinigten Partei war allerhand zerstörenden Einflüssen von außen und innen ausgesetzt. Ihr standen die großen kapitalistischen Parteien entgegen, deren Presse auf sie losging. Die Sozialdemokraten und ein Teil der Fabier und „Clarion“-Anhänger hefteten sich an ihre Absätze mit zersprengender und belästigender Kritik. Die Berichte versuchten ihr die Finanzmittel zu nehmen. Die Arbeiterpartei hat die Angriffe und Belästigungen nicht nur überlebt, sondern ging aus ihnen stärker und größer hervor. . . . Der Kongreß von Portsmouth hat gezeigt, daß die Arbeiterpartei ihre falschen und belästigenden Freunde abgeschüttelt hat. Aber er hat auch ein für allemal bewiesen, daß Arbeiterklasse und Sozialismus nicht zwei Bewegungen, sondern eine einzige Bewegung darstellen und daß die Arbeiterpartei die wirkliche sozialistische und gewerkschaftliche Partei Großbritanniens ist.“

In besonderen Artikeln bedauern Macdonald und Gardie, daß der Kongreß nicht kritisch genug gewesen sei. Und der Wangel an Kritik sei dem Umstande zuzuschreiben, daß der Kongreß die Einheit der Partei gegenüber Grayson, Quetch und Ben Tillett beweisen wollte.

## Parlamentarisches.

### Der schlaue Herr v. Schoen.

In unserem Bericht über die letzte Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom vergangenen Freitag hatten wir bemerkt, daß die Kommission über den größten Teil der Verhandlungen einen Geheimhaltungsbeschuß gefaßt und daß der Staatssekretär erklärt habe, er werde aus seinen Ausführungen dasjenige veröffentlichen, was ihm dazu geeignet erscheine. Die Veröffentlichung ist nun in der Parlamentsbeilage der „Nordd. Allg. Zeitung“ vom Sonnabend erfolgt, und sie ist noch magerer und ungenauer ausgefallen, als wir befürchtet hatten. Sie lautet:

„Aus der letzten Sitzung der Budgetkommission tragen wir nach, daß der Staatssekretär v. Schoen gegenüber vielfach verbreiteten irrtümlichen Ansichten über die Tätigkeit des Präferats des Auswärtigen Amtes betonte, es werde bei der Verteilung von solchen Auskünften gegenüber angesehenen Vertretern der Presse kein Unterschied der Parteien gemacht. Der Vertreter der „Köln. Volksz.“ oder der „Germania“ belomme ebenso bereitwillig Auskunft in Fragen der Reichspolitik wie der Vertreter eines regierungsfreundlichen Blattes, und selbst ein sozialistischer Schriftsteller würde keine verschlossenen Türen finden, wenn er sich sachlich zu orientieren wünsche. Die lokale Verwertung der Auskunft sei dabei natürlich Voraussetzung. Im übrigen lägen die wesentlichen Aufgaben des Präferats auf anderen Gebieten. Der Staatssekretär machte darüber eingehende vertrauliche Mitteilungen.“

Also auch ein „sozialistischer“ (nicht sozialdemokratischer!) Schriftsteller findet keine verschlossenen Türen, wenn er die erhaltene Auskunft loyal, d. h. im Sinne der deutschen Regierung verteuert. . . . Damit würde so ziemlich jede Kritik an der Auslandspolitik unterbunden werden, indem die betreffenden Blätter andernfalls riskieren würden, daß schon ein absprechendes Urteil an einzelnen Maßnahmen der Regierung vom Auswärtigen Amt als „illoyal“ angesehen und dementsprechend jede weitere Auskunft verweigert werden würde. Die Auskunfterteilung auch an Blätter der Opposition soll Herrn v. Schoen als ein Mittel dienen, auch diese Zeitungen vor seinen Wogen zu spannen. Mit diesem überschlauen Schachzug dürfte er jedoch wenig Glück haben.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### „Victoria“-Wohltat.

Die Lebensversicherungs-Gesellschaft „Victoria“, die ihren Beamten das Koalitionsrecht nicht gönnt, zwingt ihnen auf der anderen Seite ungern gelehene Wohltaten auf. So wird denselben jetzt ein Schriftstück vorgelegt, in dem es heißt:

1. Jeder Bureaubeamte der „Victoria“ ist verpflichtet, vier Monate nach seinem Dienstantritt eine Vollversicherung auf sein eigenes Leben nach Tarif II 85 über 300 bis 500 M. zu beantragen, hat aber nur 1/2 der Beiträge zu entrichten; 1/2 übernimmt die „Victoria“. Kertzliche Untersuchung findet nicht statt, die Versicherung tritt aber trotzdem ohne Karenzzeit sofort voll in Kraft.

Abt. II des Schriftstückes „berechtigt“ den Beamten zur Versicherung seiner Frau, Abt. III zur Versicherung seiner Kinder gegen die volle Tarifprämie.

Diese „Wohltat“ ist für die „Victoria“ ein gutes Geschäft. Denn wenn sie auch ein Viertel der Prämie selbst trägt, spart sie bei der Sache doch jede Provision, sowohl Abschluß- wie Inlassa-Provisionen, kommt also nicht zu kurz. Die in die Versicherung hineingezwungenen Beamten haben dagegen alle Nachteile dieser sogenannten Volksversicherungen zu tragen. Werden sie brotlos — und wie leicht kann das bei der „Victoria“ geschehen, wenn sie „wider den Stachel löten“ — so hat entweder die „Victoria“ einen an sie gebundenen unfreiwilligen Prämienzahler, oder aber die Leute können die Versicherung unter schweren pekuniären Verlusten aufgeben. Meist wird das letztere eintreten. Es ist ja ein offenes Geheimnis, daß das „Geschäft“ in der Volksversicherung in der Hauptsache mit den ausgegebenen oder versfallenen Versicherungen gemacht wird.

Die Beamten der Gesellschaft wissen das besser als irgend jemand sonst. Trotzdem will die Gesellschaft ihre Versicherung erzwingen.

Noch eins: Der Versicherungsantrag der Gesellschaft enthält eine Reihe von Fragen nach dem Gesundheitszustand des Antragstellers, sowie dem der Eltern und Geschwister, die wahrheitsgemäß beantwortet werden müssen, wenn sich der unfreiwillige Antragsteller nicht unter Umständen des Betruges schuldig machen will. Durch Beantwortung dieser Fragen ungeht die Gesellschaft eine ärztliche Untersuchung der von ihr dauernd zu beschäftigenden Beamten. Fällt die Beantwortung der zu stellenden Fragen ungünstig für den zu dem Antrage Gezwungenen aus, so ist ja die Gesellschaft nicht gehalten, ihn zu versichern, ja sie ist nicht gehalten, den Kranken — weiter zu beschäftigen! Sollte das der Zweck der Uebung sein?

Es ist kein Zweifel, daß dieser Zwang zur Versicherung mit dem Hintergrunde der Enklaffung im Falle des Nichtverständnisses oder der erzwingenden Offenbarung unglücklicher Gesundheitsverhältnisse gegen die guten Sitten verstößt. Ein Väter kann nicht gezwungen werden, das Brot bei seinem Meister zu entnehmen; ein Schneider darf seine Rode herbeiziehen, woher er Lust hat, und ein Versicherungsbeamter ist beim Abschluß von Versicherungen seiner Person nicht an die Gesellschaft gebunden, bei der er beschäftigt wird. Unter Umständen kann ihn ja seine intimere Kenntnis der Verhältnisse gerade dieser Gesellschaft davon abhalten, mit ihr einen Versicherungsantrag einzugehen.

Es gibt heute übrigens kaum noch einen Unternehmer, der den von ihm beschäftigten Arbeitern zumutet, ihren Bedarf bei ihm zu decken. Bei der gewerkschaftlich und politisch aufgeklärten Arbeiterschaft läme derselbe mit solchen Forderungen böse an. Auch die „Victoria“ dürfte es nicht wagen, ihren Leuten derartiges zu bieten, wenn sie in ihrer Mehrzahl organisiert wären!

### Deutsches Reich.

#### Gegen den paritätischen Arbeitsnachweis.

Der Arbeitgeberverband in Hensburg hat neben dem paritätischen Arbeitsnachweis einen eigenen Arbeitsnachweis, der sich ausschließlich in Händen der Unternehmer befindet, errichtet, weil ihm der paritätische Arbeitsnachweis noch nicht gefügig genug erschien. Unter dem Einflusse des Arbeitgeberverbandes und mit Unterstützung der Stadibehörde ist nunmehr auch das Statut für den paritätischen Arbeitsnachweis dergestalt abgeändert worden, daß der Einfluß der Arbeiter völlig ausgeschaltet wird.

#### Die erste Lohnbewegung im Schneidergewerbe zu Liegnitz.

Seit länger als zehn Jahren war seitens der Gehilfen im Schneidergewerbe zu Liegnitz vergeblich der Versuch gemacht, eine Lohnbewegung zustande zu bringen. Jetzt endlich ist es gelungen, die Gesamtgehilfenchaft für die Notwendigkeit eines Tarifvertrages zu begeistern.

Alle drei Arbeiterorganisationen: Verband der Schneider und Schneiderinnen, Gewerbeverein der Schneider (Hirsch-Dunder) und Verband christlicher Schneider, beschließen in einer kombinierten Mitgliederversammlung — der unmittelbar vorangegangene eine öffentliche Versammlung —, nach einem ausführlichen Referat des Vauleiters vom Verband der Schneider — Schärl-Breslau —, in eine Lohnbewegung einzutreten. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem der Referent in seinem Vortrage darauf hingewiesen, daß in Liegnitz die allergeringsten Löhne im Schneidergewerbe von ganz Deutschland gezahlt würden. Der aufgestellte Lohnarif enthält in den Hauptpunkten eine wesentliche Lohnaufbesserung, eine Abregelung der Arbeitszeit auf 10 Stunden täglich, eine Bezah-

für Nacht- und Ueberstunden. Weiter erfolgte noch die Einteilung der in Betracht kommenden Firmen in die einzelnen Klassen. In die Klasse I wurden 15 Firmen einrangiert, in Klasse II 19 Firmen und in Klasse III 3 Firmen. Der Tarifvertrag soll vorläufig auf zwei Jahre abgeschlossen werden. Eine Kommission wurde beauftragt, den Tarif sofort den Arbeitgebern zu unterbreiten. Schließlich wurde noch ausgeführt, wenn die drei Organisationen ebenso einheitlich die Lohnbewegung durchführen, wie sie begonnen, dann kann der Erfolg nicht ausbleiben. Die Liegnitzer Unternehmer werden wohl oder übel die berechtigten Forderungen der Arbeiter anerkennen müssen!

Die Mahregelungen technischer Grubenbeamten auf der Giesche-Grube in Schoppinitz O.-S. haben in ganz Deutschland große Entrüstung hervorgerufen, die auch auf der vom Bund der technisch-industriellen Beamten am Sonntag, den 7. d. Mts. in Breslau einberufenen, von circa 800 Privatangestellten aller Berufe besuchten Protestversammlung bereiten Ausdruck fand. Ingenieur Schweiger-Augsburg gab einen kurzen, sachlichen Bericht über die Mahregelungen der Grubenbeamten durch die Giesche-Grube und unterzog das Vorgehen der Grubenverwaltung, insbesondere das des Herrn Geheimrat Uthemann, einer berechtigten Kritik. — Unter großem Beifall wurde alsdann ein Sympathietelegramm an die gleichfalls tagenden ober-schlesischen Bundesgruppen folgenden Inhalts abgefaßt:

800 Privatangestellte Breslaus sprechen den um Koalitionsrecht kämpfenden Kollegen ihre wärmste Sympathie aus. Haltet mutig aus! Glück auf!

Alsdann referierte Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer-Neurode-Glaz über: „Organisation und Persönlichkeit“ und betonte, daß unter den heutigen, durch die kapitalistische Wirtschaftsweise hervorgerufenen nivellierenden Arbeitsverhältnissen die Entwicklung der Einzelpersönlichkeit im Großbetriebe zur Unmöglichkeit geworden sei, und daß die Organisation die ultima ratio sei, um der Persönlichkeit in ihr und durch sie wieder die nötige Geltung zu verschaffen.

Mit der Mahnung an die Angestellten, aus der Vereinzelung herauszutreten und sich einer modernen Organisation anzuschließen, schloß der Redner unter donnerndem Beifall seine Ausführungen.

Hierauf referierte Landtagsabgeordneter Dr. Schupp über: „Das Koalitionsrecht und die Angestellten.“ Unter Hinweis auf die mißliche rechtliche Lage der technisch-industriellen Beamten kommt Redner ebenfalls zu dem Schluß, daß die Angestellten sich vereinigen müssen, um Parlamente und Regierungen aufzuklären und zur Abhilfe zu veranlassen. In der Diskussion gaben die Vertreter des Deutschen Technikerverbandes, des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig sowie des Vereins der deutschen Kaufleute Sympathieerklärungen ihrer Verbände ab. Reichstagsabgeordneter Sacke-Waldenburg beleuchtete die mißliche Lage der in den westfälischen Gruben und wies die Anwesenheit ebenso wie auch der Stadtverordnete Loebe auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses hin. Einstimmig wurde die vom Ortsgruppenauschuß eingebrachte Resolution angenommen:

Die auf den 7. Februar 1900 in Breslau vom Bund technisch-industrieller Beamten einberufene, von circa 800 Privatangestellten besuchte öffentliche Versammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die jüngsten Angriffe der Grubenverwaltung von Georg von Giesche-Gruben auf das Koalitionsrecht der Angestellten. Sie spricht den Angegriffenen ihre wärmste Sympathie aus und richtet gleichzeitig an die Öffentlichkeit die Bitte, die Privatangestellten bei dem Ringen um die Wahrung und den Ausbau der Koalitionsfreiheit tatkräftig zu unterstützen. Von den gesetzgebenden Körperschaften erwartet sie, daß sie nunmehr mit größter Beschleunigung daran gehen werden, die bisherige mangelhafte Koalitionsfreiheit zu einem wirklichen Koalitionsrecht auszubauen.

#### Ende des Streiks der Konfektionsarbeiter in Eberfeld-Barmen.

Die Sperre über die Herrenkonfektionsgeschäfte ist aufgehoben, nachdem vorher zwischen den beiderseitigen Kommissionen eine Verständigung über die strittigen Punkte stattgefunden hatte. Die Arbeit ist überall wieder aufgenommen worden und der Streik für beendet erklärt.

#### Tariffriedigung im Baugewerbe.

Eine kombinierte Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter von Hufum und Umgegend beschloß, den am 1. Mai d. J. ablaufenden Tarifvertrag zu kündigen, nachdem in der Woche vorher eine Aussprache der Bauvorsteher der drei beteiligten Organisationen stattgefunden hatte.

Schuhmacher-Aussperrung. Mehr als 800 Fabrik-Schuhmacher in Solitz bei Reichenbach in Bayern sind wegen Lohnstreitigkeiten ausgesperrt worden. Eine der größten Fabriken dagegen, die gegen 500 Arbeiter beschäftigt, hat nicht ausgesperrt und alle Forderungen bewilligt.

## Versammlungen.

„Jugend und Bildung.“ Die Versammlung, welche der Jugendausschuß am Sonntagnachmittag in Freyers Festsaal, Kloppeustraße, veranstaltet hatte, war außerordentlich stark besucht. Die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen waren eingeladen, einen Vortrag des Genossen Ströbel über das Thema: „Jugend und Bildung“ zu hören. Und sie kamen in hellen Haufen, obgleich draußen der blaue Himmel strahlte und die goldene Sonne lachte und lodte. Und pünktlich kamen sie; um 1/3 Uhr waren Saal und Galerien schon besetzt; viele mühten schließlich mit Stehplätzen zufrieden sein. Eine tiefe Stille herrschte, als der Referent begann, der mit seinem Vortrage das Interesse der Hörer stark zu fesseln wußte. Donnernder Beifall erschallte, als der Redner geendet hatte. Der Vorsitzende, Dr. Kurt Rosenfeld, machte bekannt, daß der Jugendausschuß außer den Vorträgen noch Unterrichtskurse mit kleinen Wissensgebieten aus der Geschichte, der Nationalökonomie und der Naturwissenschaft veranstaltet habe. Anmeldungen nimmt Adolf Ritter, Engelsplatz 15, entgegen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung, nachdem er seiner Freude über den außerordentlich starken Besuch lebhaften Ausdruck gegeben hatte.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Bei den Rettungsbemühungen ertrunken.

Weserkirchen, 8. Februar. (D. S.) Bei den Rettungsarbeiten, die durch das Hochwasser notwendig waren, ertranken hier drei Mann.

#### Ein Lustmord.

Trier, 8. Februar. (D. S.) Ein Bergarbeiter namens Simm in dem lothringischen Orte Montois-la-Montagne bei Neufsch fand nach Beendigung seiner Nachtschicht auf dem Nachhausewege seine 25jährige Ehefrau in einer Blutschlacht liegend als Leiche. An der Unglücklichen war ein größlicher Lustmord verübt worden. Der mutmaßliche Täter, ein dortiger Familienvater, beging Selbstmord.

#### Die Schließung eines Eisenbahntunnels.

Waldenburg, 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Infolge des Witterungsumschlages in vergangener Woche haben sich in dem zwischen Hefhammer und Tittersbach gelegenen Schenkluter Tunnel bedenklichere Erscheinungen gezeigt, die seine Schließung für den Eisenbahnbetrieb erforderlich gemacht haben. Der gesamte Verkehr wird über Bab Salzbrunn umgeleitet. Zwischen Tittersbach und Niederfolzbrunn verkehren Anfahrzüge, für welche die Bahnhöfe auf den Stationen zum Ausstieg gedreht sind.



Reichstag.

201. Sitzung vom Montag, den 8. Februar, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Veihmann-Hollweg.

Auf der Tagesordnung steht die

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern

nebst den dazu gestellten Anträgen und Resolutionen.

Der an erster Stelle gemeldete Redner, Hr. v. Camp (Rp.), ist in dem außerordentlich schwach besetzten Hause nicht anwesend.

Hr. J. (Z.) gibt seiner Freude über die bevorstehende Mittelstandsenquete Ausdruck. Die Wirkung der Handwerkerergänzungsgebung ist keineswegs so unbedeutend, wie von sozialdemokratischer Seite behauptet wird. Zu wünschen ist aber, daß die Handwerkskammern bei den Behörden mehr Entgegenkommen finden als bisher; dann werden sie noch segensreicher wirken können.

Der Redner verbreitet sich ausführlich über die Lage des Handwerks, in welchem es die Arbeiter besser hätte als in der Industrie, und bespricht dann die Frage der Tarifverträge, wobei er ein Tarifverbot fordert. Gegenüber dem Abg. Zubeil bestreitet der Redner, daß bei allen Materialarbeiten das Kleinwerk zu unterbreiten oder durch andere Präparate zu ersetzen sei; auch habe Zubeil die Kleinwerkgefahr übertrieben. Keinesfalls dürften Betriebsvergiftungen, wie es Zubeil verklagt, aus Betriebsunfälle angehen werden. Zum Schluß befragt der Redner eine von ihm eingebrachte Resolution, welche den Berufsvereinigungen Erleichterungen bei der Ansammlung von Referendatsgewinnen will.

Sächsischer Bundesratsbevollmächtigter Geheimrat Dr. Fischer: Der Abg. Zubeil hat mir am Sonnabend einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich gefagt hätte, meine Regierung habe das Vereinsgesetz loyal ausgeführt. Es handelte sich um einen sozialdemokratischen Verein von 23 000 Mitgliedern, der sich über einige 60 Ortschaften erstreckt. Hier kann von einem Verbundensein der Mitglieder gar keine Rede sein. So lange die Berichte für die Vergriffe eines Vereins und der Öffentlichkeit nicht andere Merkmale aufstellen als bisher, übernimmt die Regierung die Verantwortung für die Auslegung des Vereinsgesetzes, wie es gegenüber dem Leipziger sozialdemokratischen Verein geschehen ist. Wenn Herr Zubeil das eine illoyale Ausführung des Gesetzes nennt, so halte ich es nicht für nötig, darauf zu erwidern. (Bravo! rechts. Zwischen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kaumann (fr. Bg.): Die zutreffenden Worte, mit denen der Staatssekretär die Vorkommnisse in Köln brandmarkte, zeigen, wie die Autorität des Staates als Bestandteil der öffentlichen Meinung gegen solche Vergriffe des Koalitionswesens auftreten kann, wo rein juristisch ein Eingreifen nicht möglich ist. Die Frage des Koalitionsrechts läßt sich heute so ansprechen: Wie ist der Schutz der schwächeren Verbände gegenüber den stärkeren möglich? Das ist die zweite Phase des Kampfes um den Arbeiterschutz, in dessen erster Phase es sich um den Schutz des individuellen Arbeiters handelte. Von außerordentlicher Bedeutung für die Beurteilung dieser Fragen sind die Vorgänge in Oberschlesien. Bekanntlich hat man dort Schläge gegen die Koalitionsfreiheit der Techniker geführt. Der Generaldirektor Uthemann sagte mit diesen Worten: „Ach was, Koalitionsfreiheit und persönliche Freiheit sind Redensarten!“ (Hört! Hört!) Und weiter: „Der Verband? Was will der Verband? Dessen Vermögen beträgt ja nicht 1 Prozent des Vermögens dieses einzigen Werkes!“ Und dann wurden eine Anzahl Techniker, darunter solche, die sechs Jahre dort tätig waren, auf das brüskeste entlassen. (Hört! Hört!) Wir hoffen, daß der Staatssekretär für diese Vorgänge denselben scharfen Tadel haben wird, den er für die Kölner Vorgänge gehabt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Formal ist der Generaldirektor Uthemann im Recht; es ist aber nötig, daß Reichs- und Staatsbehörden solchen Vorgängen dieselbe Aufmerksamkeit schenken wie etwa Katastrophen nach Art der Katastrophe von Haddob. Was hilft die Koalitionsfreiheit, wenn sie nur auf dem Papier steht? (Sehr wahr! links.) Die Gesetzgebung muß dahin abgeändert werden, daß es direkt verboten wird, beim Abschluß eines Arbeitsvertrages nach der Zugehörigkeit zu dieser oder jener Organisation zu fragen, sowie, daß Reverse vorgelegt werden, die den Arbeitern oder Angestellten die Koalition untersagen. Bis zum Verbot der schwarzen Listen dürfte man dagegen nicht gehen, denn Aussperrungsrecht und Streikrecht stehen in Wechselbeziehung, das eine bedingt das andere. Sporadisch auftretende schwarze Listen sind

zumeist unbedenklich; zu einer schweren volkswirtschaftlichen Gefahr aber werden sie, wenn sie derart epidemisch auftreten wie in Rheinland-Westfalen. Die Verteidiger der schwarzen Listen sprechen vom notwendigen „Schutz gegen Kontraktbruch“. Aber was bedeutet Kontraktbruch? Den Bruch von Kontrakten, die oftmals gar nicht verstanden werden, die ortstrennen, oft kaum des Lebens kundigen Leuten aus Maßlosen vorgelegt werden. (Sehr richtig!) Diese Art Kontrakte sind nichts als einseitig aufoktroierte Arbeitsordnungen. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Die Listen sind Herrschaftsmächte geworden mit dem Recht zur Auflegung von Privatstrafen, kapitalfeudale Mächte nach Art der Eisenbahngesellschaften, die Viemarck, als er sie verstaatlichte, als solche schilberte. Von ihrem rein privatrechtlichen Strafrecht machen die Herrschaftsmächte einen Gebrauch, der die staatliche Justiz als mild und human erscheinen läßt.

Der Staatssekretär scheint die schwarzen Listen nur darum für so gefährlich zu halten, weil sie geheim sind. Nach ihm scheint die Öffentlichkeit der schwarzen Listen das beste Mittel gegen ihren Mißbrauch zu sein. Das ist jedoch zu optimistisch gedacht. Mit Hilfe eines in ihren Händen liegenden Arbeitsnachweises, mit Hilfe eines einfachen Zettelkastens können die Zechenverwaltungen schließlich daselbe erreichen, was sie jetzt durch die schwarzen Listen erreichen. Es ist das kaum verhaltene Ziel der Zechenverwaltungen, eine neue Hörgelie einzuführen. Der arbeitende Mensch wird wie ein Stück Kohle fortgerollt und auf die Preisliste gesetzt, und wenn er sich in das System der Materialisierung nicht hineinbringen lassen will, kommt er auf die schwarzen Listen.

Wir sind dem Staatssekretär dankbar, daß in der Eisenindustrie in Zukunft Notierungen über Arbeitszeit und Ueberarbeitszeit vorgenommen werden sollen, welche die Grundlage für eine Erhebung über die Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie abgeben können. Die Unfallsziffern im Eisengewerbe sind erschreckend hoch. Sie übertreffen den Durchschnitt um das Dreifache. Solche Zahlen legen die Frage nahe, ob diese Unfälle nicht mit der infolge zu langer Arbeitszeit eintretenden Ermattung zusammenhängen. Gewiß ist es bedenklich, durch die Gesetzgebung die Arbeitszeit regeln zu lassen. Aber diese Leute, denen die schwere Feuerarbeit Kraft und Nerven auslaugt, sind nicht im Stande, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen. Man muß erst Minimalbedingungen schaffen, um die Leute zu befähigen, aus dem Recht praktischen Nutzen zu ziehen, das jetzt für sie nur auf dem Papier steht. Aber die Großindustriellen wollen keine Verbände, wollen keine Staatsmaßregeln, sie wollen Herren in ihrem Betriebe sein. Der kleine Handwerker hat, wie die Ausführungen meines Vorgesetzten Ziel beweisen, gelernt, sich mit der Koalitionsfreiheit abzufinden, mit seinen Arbeitern zu verhandeln. Die Herren der schweren Metallindustrie aber, die kennen keine Menschenrechte, sie wollen über lebendige Menschen herrschen wie über tote Maschinen. (Sehr wahr!) Wenn man durch die Walzwerke geht, staunt man über die ungeheuren Mengen Material, die dort verarbeitet werden. Wendet man sich aber zu der Behandlung der Menschen in diesen Werken, so muß man sagen, daß dort eine neue Aristokratie von Favos-Grünzengern herrscht, die nicht wissen, wie man Menschen behandelt. (Lebhaftes Bravo!) Diesen Herren möchte man mit Ernst Moritz Arndt zurufen:

„Der Gott, der Eisen wachsen ließ,  
Der wollte keine Knechte!“

(Lebhafter Beifall links und auf den Tribünen.)

Abg. Graf v. Cramm-Dien (L.): In Oberschlesien hat man nicht irgend welchen Beamten das Koalitionsrecht nehmen wollen, sondern man hat einen Hilfssteiger gekündigt, nicht weil er dem Bund der technisch-industriellen Beamten angehörte, sondern weil er in öffentlicher Versammlung gegen die Betriebsleitung aufgetreten war. Als sich nunmehr der Bund einmischte, wurde das von der Betriebsleitung zurückgewiesen. Den Beamten, die sich der Sache annahmen, eröffnete der Generaldirektor ausdrücklich: Es handle sich nicht darum, ob sie dem Verbands angehören oder nicht, ihr Koalitionsrecht solle nicht angefaßt werden, sondern es handle sich lediglich darum, daß sie ohne zwingende Veranlassung öffentlich gegen die Gesellschaft Stellung genommen hätten. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Was in den Zeitungen gestanden hat, ist alles falsch, auch was im demokratischen „Wachposten“ von Jüngerstein darüber berichtet ist. — Schließlich ist den Beamten gelagt, sie sollen sagen, ob sie im Verbands bleiben oder sich für die Gesellschaft entscheiden wollen. (Abg. Ledebour (Soj.): Sie gehen ja alles zu!) Als sie sich für den Bund entschieden, wurde 16 Beamten gekündigt, und fünf mußten sofort entlassen werden, um der eingebrachten Unbotmäßigkeit zu steuern! (Lebhaftes Zustimmung rechts, Zuruf links.) Unter diesen fünf befand sich ein technischer Bureaubeamter, anscheinend der

Führer der Bewegung, ein Ingenieurkandidat, der nur aus Gnade und Barmherzigkeit angenommen war (Lachen links), damit er sein Examen machen könne. Von den anderen drei fanden zwei zur Einbindung, einer hat geschrieben, er habe kein Unrecht ein und böte um Wiedereinstellung, was auch geschehen ist. Ich wiederhole also: das Koalitionsrecht ist nicht angefaßt (Lachen bei den Sozialdemokraten), aber kein Arbeitgeber kann es sich gefallen lassen, daß ein Dritter sich in den Streit zwischen ihm und seine Arbeiter einmischt. (Zustimmung rechts.) Das gilt auch bei den Sozialdemokraten, bei denen es auch heißt: Wer nicht pariert, der fliegt. (Zuruf rechts: Die edlen Sech!) Damit komme ich zum Schluß der Arbeitswilligen. Die Regierung muß dafür sorgen, daß nicht jeder Arbeiter gezwungen wird, sich dem sozialdemokratischen Verbände anzuschließen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen Gesetze zum Schutze des Mittelstandes in Stadt und Land! (Lebhaftes Bravo! rechts. — Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Auler (Pole): Vernicht habe ich in den Ausführungen des Staatssekretärs die Ankündigung einer Arbeitslosenversicherung. Selbst Viemarck hat geäußert, jeder habe ein Recht auf Arbeit. Da muß man ihn also, wenn man ihm keine Arbeit geben kann, unterstützen. Weiter sollte der Staatssekretär Verständnis für das Recht der vollen Koalitionsfreiheit haben, mindestens müßte die gewerkschaftlichen Arbeiter besser gegen das Unternehmertum geschützt und es müßte dem Treiben der schwarzen Listen Einhalt geboten werden. Freilich, von einer Regierung, die den Sprachparagrafen des Vereinsgesetzes durchgebracht hat, kann man nicht allzuviel Gerechtigkeit erwarten. (Zustimmung bei den Polen.) Das schwarze Listenwesen kann einen fast bewegen, die Zeit der Leibeigenenschaft zurückzuwünschen; der Herr des Leibeigenen müßte doch im eigenen Interesse mindestens darauf achten, daß die Gesundheit und Arbeitskraft des Leibeigenen bewahrt wird. Wer das System der schwarzen Listen anwendet, verrät eine Genkenatur. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Die Herren wollen eben keine freien Arbeiter haben, sondern Arbeitsklaven, die sich nicht zu rühren wagen. Dem Mißbrauch der kapitalistischen Uebermacht muß eine Grenze gesetzt werden. (Zust. h. d. Soziald.) Man floßt über den Mangel an Religion im Volke. Aber die Masse hat mehr Religion als die Unternehmer, die Unternehmer liegen ja vor dem goldenen Kalb auf dem Bauch, die Religion ist ihnen eine gute Sache, um das Volk im Jaume zu halten, für einen aufgeklärten Unternehmer ist sie eine abgetane Sache! (Sehr richtig! bei den Polen und den Sozialdemokraten.) Weiter verlangen wir ein Reichsberggesetz, mindestens aber Lösung des Arbeiterzuges im Bergbau und seine reichsgesetzliche Regelung. Die dringende Forderung der Bergarbeiter ist die von Grubenkontrolluren. Leider ist der Staatssekretär nicht auf dem Bergarbeiterkongreß gewesen; er hätte dort aus dem Munde von Arbeitern, die mitten in der Arbeit stehen, hören können, wie im Bergbau mit dem Leben der Arbeiter gespielt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Regierung der Forderung nach Grubenkontrolluren nicht nachgibt, so werden wir ihr die Schuld geben an den zukünftigen Toten, an denen es nicht fehlen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Zum Schluß möchte ich anlässlich des Falles Kew, der jetzt die Presse beschäftigt, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tätigkeit der preussischen Rodspigel in polnischen Vereinen lenken und sie bitten, auf eine Einschränkung dieser Tätigkeit hinzuwirken. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Frhr. v. Camp-Massowen (Rp.) spricht zunächst sehr ausführlich über die Zeitverschwendung, deren sich andere Abgeordnete nach seiner Behauptung schuldig machen, dann verteidigt er die schwarzen Listen und preist im Zusammenhang damit das warme Herz der deutschen Arbeitgeber. Herzlos seien bloß die polnischen Arbeitgeber. Die Arbeitgeber sind die Sklaven der Arbeiter. (Minutenlanges Geheul.) Im Reichstage wird viel zu viel geredet (Lebhaftes sehr richtig und Heiterkeit) und im Reichsamt des Innern wird zuviel geschrieben.

Zu Deutschland werden alljährlich 20—25 Proz. der Bevölkerung polizeilich bestraft. Das kommt von der übertriebenen Gesetzmacherei, unter der der kleinen Unternehmer besonders zu leiden haben. Die Väterverordnung wird viel zu rigoros durchgeführt. Der Staatssekretär hat sein warmes Herz für die Arbeitgeber betont. Damit ist aber den Arbeitgebern nicht gedient. Sie wollen Taten sehen! Die Arbeitgeber werden vom Staate derart schlecht behandelt, daß sie mitsamt und erbittert werden und ihre Betriebe in Aktiengesellschaften verwandeln. Nirgends werden die Arbeitgeber so schikaniert, wie in Deutschland. Der Reichstag hat den Unternehmern nicht einmal den Gefallen getan, die Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle etwas zu verschieben. Sehr

Kleines feuilleton.

Die Tschudi-Geste. Der Direktor der Berliner Nationalgalerie, Herr v. Tschudi, den der bekannte Kunstabsolutismus und künstlerische Egoismus von der Stätte seines erspriehlichen Wirkens umsonst zu verdrängen versucht haben, kehrt nach einem ausgeprägten Urlaub in nächster Zeit in sein Amt zurück. Der kräftige Punct, den der Kunstabsolutismus bei seinen Eingriffen in dies Terrain staatlicher Kunstpflege in der Öffentlichkeit (nicht etwa bei dem Herrn Minister) fand, ist noch in guter Erinnerung. Aber die Clique läßt nicht locker. In dem bekannten Kaffeeblatt, dem „Lokalanzeiger“, läuft sie jetzt schon wieder Sturm gegen Tschudi mit Verdächtigungen, die nur den einen Zweck haben können, den Kunstabsolutismus zu neuen Opferebenen zu ermutigen. (Offentlich holt er sich dabei die gleiche Abfertigung wie früher, wenn er noch Lust dazu haben sollte.) Einen Teil dieser Insinuationen, die die Handlanger der versankten Kunstgiganten und der „Kaiser-Kunst“ vordrängen, hat ein Mitbestandiger, der Kunstschritsteller Julius Weper-Gräfe, bereits klipp und klar an der Stätte, wo sie erfolgt waren, widerlegt. Die Kunstgiganten des Kaiserblattes quittieren über die wohlverdienten Prügel mit dem Viermannschuß von der höheren Warte der Unparteilichkeit, von der aus die Dinge betrachtet. Die Verschönerung von Freiheits- und Kunstinteressen belieben diese Althändler der öffentlichen Meinung als Wahrnehmung höherer Interessen auszugeben.

Geschäft und Mode. Die Moden werden heutzutage von den großen Geschäften, die den Ton angeben und den Markt beherrschen, diktiert, geändert, widerrufen. Die Moden sind ein Mittel, dessen sich die kapitalistischen Unternehmer bemächtigt haben, um durch freien Wechsel den Markt der Einzeliten zu beleben und ihren Zweck dienlich zu machen. Ein Pariser Modebericht macht diesen Zusammenhang besonders deutlich. Es heißt da: Die plötzliche Unterdrückung des Directoirestils in der Mode, die in Paris als Etidwort ausgegeben ist, ruft allenthalben Erstaunen hervor. Die Beweggründe dafür liegen nun allerdings nicht in einer ästhetischen Aversion gegen diesen Stil, sondern sie sind aus materiellen und geschäftlichen Momenten herzuleiten. Die letzte Saison war für die großen französischen Modestimmen sehr wenig einträglich, und man schiebt nun die Schuld an den schlechten Geschäften auf die Directoiremode. Die Kleiderhändler und Wäscheherren haben am Schwersten unter diesem enganschließenden, den Unterrock verpöndenden Stil gelitten. Braucht man doch zu einem Directoirekleid wenig mehr als die Hälfte des Stoffes, der früher zu einer Robe notwendig war! Außerdem sind die Directoireformen sehr leicht zu kopieren, und so haben sich viele Damen ihre Toiletten von Haus-schneiderinnen machen lassen, nachdem sie erst einmal ein Modell bei einer großen Firma erworben. So besteht denn allgemeine Klage unter den Modestillisten, den Tuch-, Seiden- und Samtfabrikanten und in den Wäschegeeschäften. Die einzigen Kaufleute,

die mit der Directoiremode Geld verdient haben, sind die Fabrikanten der langen Strümpfe und der „Combinations“, die zu der Toilette unerlässlich waren. Die neue (d. h. die von den führenden Geschäften jetzt diktierte) Mode drängt nun vor allem wieder auf eine weitere Form, bei der sich ein Luxus in Stoffen und Garnierungen entfalten kann; man will wieder volle breite Raffin, Röde mit einem Gewoge von Volants und Spitzen; man will eine besondere Betonung der Unterkleider. Man will sogar wieder versuchen, den Reifrock und die Krinoline einzuführen, weil sich in diesen unformigen Erfindungen der Mode ein besonderer Reichtum an Material anbringen läßt. Während die Schneiderinnen klagen, sind die Putzmacherinnen vergnügt. Die raschwechselnde Vielgestaltigkeit der Putzformen, die unendliche Fülle des Gebotenen haben den Hultus zu einer erstaunlichen Höhe steigen lassen. Die durchschnittliche Lebensdauer für einen modernen Hut,“ so äußert sich ein bekannter Pariser Modist, „ist ein Monat. Die elegante Pariserin muß jeden Monat einen neuen Hut haben, wenn sie nach der Mode geseit bleiben will, und jeder Hut kostet etwa 240—300 M. Aber zwölf Hüte im Jahre sind nicht genug. Sie muß einen Automobilklub haben. Hüte für das Restaurant, das Theater, für Reisen, für die Riviera, kurz für jede Gelegenheit einen besonderen Hut. Dreißig Hüte im Jahre sind daher der geringste Bedarf für eine elegante Dame. Die Menge der Kopfbedeckungen, die sie mit auf die Reise nimmt, ist so zahlreich geworden, daß wir besondere große Hutkoffer haben anfertigen lassen müssen, nicht viel kleiner als ein großer Koffer für Toiletten.“

Musik.

Frühlingswehen geht durch Konzerte, die mit Mendelssohn'scher Musik veranstaltet werden. So war es am Sonntag; am frühen Abend veranstaltete der Bildungsausschuh der Arbeiterschaft Konzerte und am späten Abend Margarete Balkotte eine Fete mit 100. Geburtstag des Komponisten. Hier gab den Raum das Gewerkschaftshaus, dort die Aula der neu erbauten Wädemittelstraße — allerdings erst nach längerem Verweilen um Ueberlassung des Saales. Bei Balkotte herrschten musikalischer Genuss und Sololied vor, bei den Konzerten musikalische Bildung und Chorgesang. Das hier die Einleitungs-vortrag auch musikalische Beispiele gab, war sehr erfreulich, trotz des störenden Nachklingens des Pedales. Eine Verhinderung des Vortragenden ließ infolge eines Mißgriffes der Konzertleitung, die ganz wohl beizzeiten anfangen konnte, die Veranstaltung solange dauern, daß der Referent, um noch seinen zweiten Besuch zu machen, auf das vom Berliner Volkschor gesungene Opernfragment der „Loreley“ verzichten mußte. In beiden Konzerten spielte die von Richard Kurfisch, dem künstlerischen Leiter des ersten Konzerts, geführte Trio-Vereinigung ein Klaviertrio von Mendelssohn. Man konnte leicht an dem lang-samen Satz eine geringere Freude haben, als an den drei übrigen, die statt seines etwas lahmen Schwadens so viel frisches Dabindrausen enthalten. Von einem solchen Dabindrausen würde dem Vortrage mancher Nummern der beiden Konzerte ein größerer Betrag

zu wünschen sein. Hervorheben möchten wir die beiden Sängerinnen des zweiten, das ist die schon genannte Veranstalterin und Margarete Brieger-Palm, die ihre (doch kaum als Alt zu bezeichnende) tiefere Stimme und sympathische Vortragweise noch besser zur Geltung bringen könnte, wenn sie die Konsonanten schärfer ausspräche.

Jedenfalls war ein Gesamtbild des ohnehin in sich recht einheitlichen und sogar etwas gleichförmigen Komponisten gut zu gewinnen. Namentlich die Verbindung von stimmungsvoller Innigkeit und melodischer Ueberflüssigkeit konnte geföhlt werden. Von besonderem Interesse würde es nun sein, wenn zum Verständnis der Gesangsweise in einigen Konzerten Ueberwinder der älteren Sängersangsweise zum Vortrage kämen. Zumal Männergesangskonzerte können dies brauchen. Inwiefern wird gelegentlich gefragt, welche Komponisten für die Ueberwindung der „Biedermeier“ zu empfehlen wären. Darüber kurz folgendes. Ueber Mendelssohn (dessen Männerchöre in diesen Tagen zu kurz gekommen sein dürften) führt zunächst Robert Schumann hinaus, in dessen Gesamtausgabe ja eine Auswahl aus den Männergesangswerken nicht schwer zu treffen sein wird. Sodann sind A. Franz und B. Cornelius, obwohl seit 17 und 35 Jahren tot, doch im besten Sinne weit moderner als so manche Späteren, unter denen aber auch wieder dem Urachten nicht wenig Wahres zur Seite tritt. Kurz: die Bildungsmethode durch Wissen und Gegenbeispiel mag sich auch hier bewähren.

Notizen.

— Catulle Mendès wurde in einem Tunnel bei Paris tot aufgefunden. Er scheint nachts auf der Heimfahrt nach seinem Wohnort St. Germain aus der Bahn gestürzt zu sein. Der 1841 in Bordeaux geborene vielgewandte Schriftsteller hat sich in der April, im Roman, im Drama, als Librettoschreiber, als Kritiker und Wagnervorläufer betätigt. Er gehörte schließlich zu den „weltbekanntesten Boulevarddichtern“, von denen die amüsanten Pariser Plauderer zu berichten pflegen.

— Ein neues Opfer der X-Strahlen. Aus London wird berichtet: Die gefährlichen X-Strahlen haben von der Wissenschaft ein neues Opfer gefordert: Harry W. Cox, der englische Forscher, der sich schon seit Jahren mit Experimenten mit den X-Strahlen beschäftigt, hat sich jetzt einer Operation unterziehen müssen, bei der er drei Finger und den größten Teil seiner rechten Hand verloren hat. Schon vor einigen Jahren mußte er sich einen Finger der linken Hand amputieren lassen. Wie Dr. Hall-Edwards, der beide Hände verloren hat, ist Cox einer jener Märtyrer der Forschung, die als erste Pioniere noch unausgerüstet unbekanntem Gefahren entgegenziehen. Ihrem bitteren Schicksal verdankt man die Kenntnis der Gefährlichkeit der X-Strahlen. Die heute mit ihnen operieren, sind solchen Unfällen nicht mehr ausgesetzt. Man hat inzwischen erlirnt, daß Blei ein sicheres Abwehrmittel ist, und unter bleigetränkten Gummimänteln und mit eben solchen Handschuhen geschützt arbeiten heute die anderen Forscher.



der Herr Staatssekretär endlich einmal sein warmes Herz für die Arbeitgeber in Latein um. (Bravo! rechts.)

Abg. Rieseberg (wirtsch. Bg.): Für den Mittelstand hat man bloß schöne Worte. Die Bäderverordnung wird gegenüber Warenhäusern lag. gegen kleine Bädermeister hart gehandhabt. So geht das nicht weiter!

Will man den Handwerkermeister Kosten für die Sozialgesetzgebung aufbürden, so muß man auch für sie etwas tun. geht es ihnen doch häufig schlechter als den Arbeitern. Wenn die Regierung den Handwerkern Einfluß auf die Krankenkassen gewähren will, werden wir ihr dankbar sein. Von den nationalen Arbeitern sagte Herr Albrecht, das seien die, die bei den Sozialdemokraten herausgehoben sind. Nein, es sind die, die sich von der Krante der Sozialdemokratie losgemacht haben. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Sie empfinden das auch schmerzhaft, denn Sie wenden sich jetzt an die Jungen d. In Ihrem Krafte an die Jugend sprechen Sie (nach links) von der heiligen Aufgabe der Jugend des Proletariats. Wie kann die Sozialdemokratie das Wort „heilig“ anwenden? Dies Wort versteht sie gar nicht, denn sie verpönt ja jede Religion und so weiter. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Am Ende werden die Sozialdemokraten noch verlangen, daß den „Herren Jungen“ das Wahlrecht gewährt wird. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Dr. Bachnise (freis. Bg.): Der deutsche Reichsverband für Arbeitsnachweise sollte vom Reich eine finanzielle Unterstützung erhalten, und zwar schon jetzt in einem der Nachtragsetat, die ja kommen werden. Man sollte 80 000 M. für ihn einstellen oder, wenn es geht, noch mehr. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Darauf vertagt sich das Haus. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Jubel (Soz.): Wenn Herr Scheinrat Fischer es fertig gebracht hat, den Gewaltstreik der sächsischen Behörden gegen den sozialdemokratischen Verein in Leipzig zu verteidigen, Präf. Graf Stolberg: Dieser Ausdruck ist unparlamentarisch.

Abg. Jubel (fortfahrend) so zeigt das nur, auf wie tiefem Niveau die sächsische Regierung steht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präf. Graf Stolberg: Herr Abgeordneter! Ich rufe Sie zur Ordnung. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Abg. Albrecht (Soz.): Herr Rieseberg bemerkt ich, daß mein Zwischenruf bei der neulichen Rede des Abg. Wugdan gemacht wurde, als er von gelben, nicht von nationalen Vereinen sprach; zwischen nationalen und gelben Gewerkschaften ist aber ein gewaltiger Unterschied. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Fortsetzung der Beratung.) Schluß 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung: Montag, den 8. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch v. Rheinbaben.

Auf der Tagesordnung steht die

zweite Beratung der Besoldungsordnung für Volksschullehrer und -lehrerinnen.

Abg. Frhr. v. Nitzsch (L.): Die Kommission hatte eine kulturell wichtige Aufgabe zu lösen, was erreicht worden ist durch das Entgegenkommen aller Parteien und der Regierung. Leider ist das selbe Entgegenkommen nicht von der freisinnigen Presse bewiesen; ich denke z. B. an die „Vossische Zeitung“. Es handelt sich auch hier um ein Kompromiß, bei dem natürlich keine Partei alle ihre Wünsche durchsetzen konnte. Das Gesetz gilt für die ganze Monarchie und wird deshalb für einzelne Orte vielleicht härter mit sich bringen. Falsch ist die Pressenachricht, daß wir in der Kommission prinzipiell eine günstigere Regelung der Alterszulagen verhandelt haben. Aber wir mußten Rücksicht nehmen auf die Lage der Staatsfinanzen und auf die Belastung der Kommunen. Die Alterszulagen sind natürlich nicht obligatorisch, auch brauchen nicht gleich ihre Höhe eingeführt zu werden. Beides steht vielmehr in der Entscheidung der Schulverwaltung. Wir hoffen, daß die Regierung bei der Ausführung des Gesetzes die kleinen Schulverbände möglichst schonen wird.

Abg. Kesternich (Z.): Die Vorlage bedeutet namentlich für die Landlehrer im Osten eine ganz erhebliche Verbesserung. Leider ist es nicht gelungen, das Grundgehalt allgemein auf 1500 M. festzusetzen. Auch die Gehälter der Lehrerinnen sind erfreulich verbessert worden. Ich hoffe, daß das Gesetz Ruhe in die Reihen meiner Berufsgenossen bringen wird. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. v. Campe (nall.): Auch wir sind überzeugt, daß die Lehrerschaft sich mit dem Erreichten zufrieden geben wird. Dem Staat und die Kommunen wird das Gesetz etwa 50 Millionen Mark kosten. Seltener ist einem einzigen Stande in Preußen ein derartiges Gesetz geboten worden. (Sehr wahr! bei den National-liberalen.) Es handelt sich um ein Werk von hoher kultureller Bedeutung. Die Bezeichnung „agrarisches Gesetz“ akzeptieren wir insofern, als es in der Tat höchste Zeit war, die zurückgebliebenen Lehrer auf dem Lande zu heben. Wir haben das Vertrauen, daß unsere Selbstverwaltungsbehörden die Gelder nur nach dem Bedürfnis verteilen werden. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff: Die Regierung begrüßt es mit Freuden, daß es gelungen ist, das Gesetz schließlich einstimmig in der Kommission zur Verabschiedung zu bringen. Die Unterrichtsverwaltung hat ihre Bedenken gegen die Kommissionsbeschlüsse im Interesse des Ganzen zurückgestellt. Bei der Verteilung der Leistungsfähigkeit einer Kommune werden die gesamten Verhältnisse derselben berücksichtigt werden. Die Befürchtungen des Herrn Abg. v. Campe teile ich nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Volksschulunterhaltungsgehalt nicht; ich bin überzeugt, daß die Kommunen durchaus objektiv bei der Verteilung der Gelder vorgehen werden. (Bravo!)

Abg. Frhr. v. Seibitz (fr.): Wir sehen in dem Gesetz einen Kulturfortschritt, wie er bisher für die Lehrerschaft noch nicht erreicht worden ist, und erwarten seine baldige Verabschiedung auch durch das Herrenhaus. (Bravo! rechts.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Wenn jetzt mit einem Male so bedeutend größere Zuwendungen für die Aufbesserung der Lehrer nötig werden als bei den übrigen Beamten, so liegt das daran, daß man die Lehrer früher so vernachlässigt hat. (Sehr richtig! links.) Dabei mußten wir uns noch eine gewisse Selbstbeschränkung mit Rücksicht auf die Finanzen auferlegen. Der Regelung der Kostenfrage, wie sie die Kommission vorgehen hat, haben wir mit schwerem Herzen zugestimmt. Der Stadt Berlin erwächst dadurch eine jährliche Mehrausgabe von 430 000 M. Wenn Herr v. Nitzsch auf die Haltung der freisinnigen Presse hingewiesen hat, so muß ich andererseits auf das Verhalten seines Parteigenossen Dr. Hahn verweisen. Dieser hat an die Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte ein Zirkular gerichtet, in dem sie hingewiesen werden auf die Verbreitung einer neuen Lehrerzeitung, die unter den Lehrern für die konservative Partei Propaganda machen soll. Von dem Eintritte dieser Lehrerzeitung insbesondere für die Landlehrer, im Gegenzug zu den Großstadt-Lehrern, erhofft Herr Hahn eine Vermehrung der konservativen Wahlstimmen unter den Landlehrern! (Hört! hört! links.) Herr Dr. Hahn hat zwar in Hannover den Landlehrern ein Grundgehalt in Aussicht gestellt, wie es in der Kommission keine Partei zu beantragen gewagt hat. (Heiterkeit.) Aber ich glaube kaum, daß die Lehrer deshalb seinem Kodex folgen werden. Ich halte es für ein Uebel, wenn die Gehaltsverhältnisse zu einem Rangballspiel der politischen Parteien gemacht werden. In dieser Frage sollten sich alle Parteien nur von sachlichen Beweggründen leiten lassen. (Bravo! links.) Wenn wir dazu gezwungen werden, werden wir den Lehrern auf dem Lande die Frage vorlegen, ob es überhaupt jemals zu einer solchen Erhöhung der Besoldungsordnung gekommen wäre, wenn nicht die Städte seit Jahrzehnten mit einer den Bedürfnissen entsprechenden Erhöhung der Lehrergehälter vorgegangen wären. (Zustimmung links.)

Abg. Crast (fr. Bg.): Auch wir erkennen den erheblichen Fortschritt an, den die Vorlage bedeutet, sehen aber in dem Erreichten durchaus noch nicht die Erfüllung aller berechtigten Wünsche der Lehrerschaft.

Abg. Etzschel (Pole): Wir haben den Bestrebungen, die Lage der Lehrerschaft zu verbessern, gern zugestimmt. Bei aller Würdigung der hohen Bedeutung des Lehrerberufs nehmen wir doch eine Sonderstellung gegenüber der Schule im Osten ein. Dort wird leider die Schule zu politischen Experimenten genötigt. (Sehr wahr! bei den Polen.) In Konsequenz unseres Standpunktes legen wir Ihnen einen Antrag vor, wonach die in den östlichen Provinzen bis jetzt gewährten Ostmarkenzulagen in Wegfall kommen.

Finanzminister v. Rheinbaben: Der Herr Vorredner ist der erste gewesen, der einen kleinen Mißklang in die Verhandlungen gebracht hat. Er hätte besser getan, seinen Antrag nicht zu stellen. Es ist nicht richtig, daß die Lehrer polnischer Sprache von den Ostmarkenzulagen völlig ausgeschlossen sind. Davon sind natürlich nur die Lehrer ausgeschlossen, die an der deutsch-feindlichen Agitation beteiligt sind. (Bravo! rechts.) Gewiß, die Politik gehört nicht in die Schule, aber die Polen sind es, die die Politik in die Schule gebracht haben. Bringen Sie die Politik aus der Schule heraus, dann werden wir auch die Ostmarkenzulagen fallen lassen können.

Abg. Borgmann (Soz.): Die Kommission hat zum Teil die Grundzüge des Regierungsentwurfs völlig über den Haufen geworfen. Trotzdem habe ich die Befürchtung, daß dieses Gesetz schließlich das selbe Schicksal erleben wird, wie das Gesetz vom Jahre 1897 und selbst das Schulunterhaltungsgehalt vom Jahre 1903, das heute schon in vielen Beziehungen als unwirksam und unzulänglich erscheint. Die Regierung hat allerdings die Verantwortung für den Mißerfolg des Gesetzes vom Jahre 1897 abgelehnt. Aber ein großer Teil der berechtigten Forderungen der Interessenten sind auch durch dieses Gesetz nicht erfüllt. Vor allem sind die Lehrer nicht in eine Gehaltsstufe gebracht, die sie gleichstellt mit den Sekretären in der Verwaltung. Auch die Dienstzeit, mit welcher das Höchstgehalt erreicht werden kann, ist nicht herabgesetzt, so daß nur ein geringer Teil der Lehrer überhaupt in den Genuss des Höchstgehaltes kommt. Auch die Vorentscheidung gegen die Ortszulagen ist von der Kommission angenommen worden. Selbst die Parteien haben ihr zugestimmt, die vorher mit aller Schärfe gegen eine solche Bremse protestiert haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ganz unverständlich ist es, wie man sich dagegen geäußert hat, die Amtszulage für Lehrer für besonders dauernde Nebenleistungen pensionsfähig zu machen. Nun wird gesagt, daß eine große Zahl von Millionen für die jetzt geforderte Erhöhung aufgebracht werden müsse. Das ist richtig; aber man muß bedenken, wie schlecht die Verhältnisse früher gewesen sind und eine wie große Zahl von Personen an diesen hohen Aufwendungen partizipieren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Anerkennung muß ich, daß seitens der Kommission eine große Arbeit geleistet worden ist. Auch hinter den Kulissen ist viel gearbeitet worden, um eine Kommission zustande zu bringen und die Parteien zu bewegen, ihre sonstigen politischen Ansichten bei dieser Frage auhört zu lassen. Alle Parteien haben in der Kommission betont, daß sie es waren, die die gute Absicht hatten, den Lehrern zu helfen, und daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen waren, ihre Wünsche zurückzustellen. (Heiterkeit.) Diese überschäumenden Liebesbetreibungen waren aber nur Seifenblasen, die vor dem Widerstand der Regierung sofort auseinander platzten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Besonders die Besoldungsfragen wurden sehr lebhaft verteidigt; aber ich habe nicht verstanden, wie man noch an ihnen festhalten konnte, als die Regierung erklärte, sie wären nicht ohne Verfassungsänderung durchzuführen. Unter diesen Umständen wäre es ja unmöglich gewesen, das Gesetz rechtzeitig fertigzustellen, und die Lehrer hätten wieder nur Steine statt Brot erhalten. Wenn die Besoldungsfragen eingeführt wurden, wäre zweifellos die Selbstverwaltung völlig lahmgelagt. Der Gedanke der Besoldungsfragen war auch nur ein Ausfluß des Widerwillens der Rechten gegen die großen Städte. Bei dieser Beschäftigung gegen die großen Städte wundere ich mich nur, daß die betreffenden Herren nicht schon längst den Staub der Großstädte von ihren Füßen geschüttelt haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Slavonien!) Sie brauchen gar nicht nach Slavonien zu gehen, sie haben genau dieselben Verhältnisse in ihrer Heimat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, die Landschulen erzogen die Kinder nur für die großen Städte. Ich lasse das dahingestellt und möchte nur fragen: wo haben denn die Herren, die hier diese Ideen vertreten, ihre Bildung genossen? Doch auch in den großen Städten und nicht in den großen Dörfern! Auch die Weisheit Ihres großen Vismard ist ja auf dem Berliner Mist gewachsen. (Heiterkeit.)

### Die Landflucht der Lehrer.

deren Beseitigung man durch das Gesetz erwartet, hängt nicht nur von der Höhe der Gehälter der Landlehrer, deren Gleichstellung mit den städtischen Lehrern wir natürlich auch wünschen, ab, sondern es ist auch notwendig, daß die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Lehrer verbessert, eventuell ihnen der Mietzuschuß in bar ausbezahlt wird. In der Landflucht trägt auch die außerordentliche Belastung der Lehrer. Wenn z. B. ein Lehrer in Oberschlesien und Polen über 250 Kinder zu unterrichten hat, so bedeutet das eine ungebührliche Belastung, selbst wenn es sich dabei um eine Halbtagschule handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In einer Resolution wird beantragt, daß die jungen Lehrer zunächst in mehrklassigen Schulen beschäftigt werden sollen. Das ist aber bei dem großen Lehrermangel nur ein frommer Wunsch.

Der Herr Ministerialdirektor meinte in der Kommission, man solle mehr Lehrerseminare schaffen. Er hat dabei aus der Schule geplaudert, indem er zugab, daß in den letzten 10 Jahren nicht ein einziges Seminar neu geschaffen worden ist. (Hört! hört! links.) Der Lehrermangel hat seinen ganz natürlichen Grund. Bei dem wirtschaftlichen Aufschwung haben sich angesichts der schlechten Besoldungsverhältnisse der Lehrer die Kreise, die sich früher dem Lehrerberuf zuwandten, lieber anderen Berufen, vor allem den technischen Berufen, zugewandt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätte die Regierung frühzeitig den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung getragen, so hätten wir heute nicht eine große Zahl von stellunglosen Technikern und über 3000 unbefähigte Lehrstellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Bedauerlich ist, daß es nicht gelungen ist, die Lehrer von der herabwürdigenden Beschäftigung mit den niederen Küsterdiensten zu befreien. Nach den Erklärungen der Regierung in der Kommission ist auch in Zukunft eine Besserung auf diesem Gebiete nicht zu erwarten.

Uns erschwert vor allem

### die Regelung der Deckungsfrage

die Zustimmung zu der Vorlage: Den Gemeinden über 7 Schulstellen sind die freien Staatszuschüsse entzogen und die betreffende Summe ist der Regierung als Dispositionsfonds zur Verfügung gestellt worden. Ich habe gegen die Entziehung des Staatszuschusses, soweit es sich um leistungsfähige Gemeinden handelt, durchaus nichts einzuwenden, sondern halte es für eine Ehrenpflicht der Gemeinden, diese Zuschüsse zugunsten der ärmeren Gemeinden abzugeben. Aber gegen die Art der Verwendung dieser Zuschüsse haben wir die schwersten Bedenken. Man hat gemeint, die Verteilung werde einwandfrei durch die Selbstverwaltungskörper erfolgen. Wer aber die Kreisaußschüsse und Bezirksauschüsse als Selbstverwaltungskörper bezeichnet, dem hat der Schall dabei im Kopfe geschrien. Diese sind lediglich Marionetten in der Hand des Landrats. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lebhafte Widerspruch rechts.) Von ihnen wird nur durchgeführt, was der Landrat will oder was diejenigen wollen, die beim Landrat Einfluß haben. Es gibt gar keinen größeren Gesetzesverächter als so einen preußischen Landrat. (Unruhe rechts.) Mit welcher Leichtigkeit sich solche Herren über ganz klare und knappe gefasste Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, ist kaum glaublich. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Herr Ministerialdirektor sich mal einen preußischen Landrat unter die Lupe nimmt

(Heiterkeit), so wird er bei seinem Vertrauen zu ihrer Objektivität kaum bleiben. Es ist nicht zu erwarten, daß bei der vorgeführten Regelung die wirklich Bedürftigen bei der Verteilung der Gelder zu ihrem Recht kommen. Gewisse Gruppen, die politisch weit nach links stehen, werden immer die Geschädigten sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nur ein Beispiel. Ein konservativer Redner machte darauf aufmerksam, daß in vielen Fällen es einzelne Gutsbesitzer sein werden, denen der Staatszuschuß entzogen wird, wo der Gutsbesitzer als alleiniger Träger der Schullast in Betracht kommt. Wenn er auch reich sei, so dürfe er doch nicht zu den Leistungsfähigen im Sinne des Gesetzes gerechnet werden. Da erklärte die Regierung sofort, daß selbstverständlich in einem solchen Falle mit dem ärmsten Wohlwollen verfahren und der Betreffende als mitleidend angesehen werden würde. Andererseits ist es klar, daß wenn ein Bürgermeister in einer kleinen Stadt etwa auf fortgeschrittenem Standpunkt steht, er die größten Schwierigkeiten haben wird, wenn der Kreisaußschuß ihm die Zuschüsse bewilligen soll, auf die er bisher gefühllos Anspruch hatte. Solche Leute werden jetzt von dem Wege des Rechtsanspruches auf den Weg des Bittgängers und des guten Verhaltens verwiesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden uns aber ernstlich zu fragen haben, ob wir trotz dieser Einschränkung der Selbstverwaltung dem Gesetze noch zustimmen können, wenn wir auch anerkennen, daß die Gehaltsverhältnisse der Lehrer einigermaßen dadurch aufgebessert werden.

Dem Antrag der Polen,

### die Ostmarkenzulagen

zu beseitigen, stimmen wir natürlich zu. Die Schaffung der Ostmarkenzulagen ist nur erfolgt aus dem Verstreben heraus, die Volksschule auszunutzen für eine bestimmte politische Richtung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Finanzminister den Polen vorgeworfen hat, sie nützen die Schule zu politischen Zwecken aus, so gebe ich ihm diesen Vorwurf lauffähig zurück. Sind Sie es nicht, die von den Gemeindeführern verlangen, daß sie die Bestrebungen der Sozialdemokratie in der Schule bekämpfen? (Lebhafte Heiterkeit bei den Konservativen.) Heißt das nicht, die Politik in die Schule tragen? (Rufe: Nein! nein! rechts.) Ein Streit mit Ihnen darüber wäre überflüssig. Jeder vorurteilfreie Mensch wird zugeben, daß diese Art, die Politik in die Schule zu tragen, um so gefährlicher wirkt, weil in die Volksschule zum größten Teil Kinder gehen, deren Eltern der Sozialdemokratie angehören. (Rufe rechts: Nein! nein!) Ihr Nein hilft Ihnen nicht über die tatsächlichen Verhältnisse hinweg. Wenn Sie sich selbst Scheuklappen vor die Augen binden, so werden das dadurch die Tatsachen nicht ändern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Tilly (L.) verzichtet aufs Wort.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. v. d. Hagen (Z.) erklärt, daß seine Freunde prinzipiell auf dem Boden des polnischen Antrages stehen, aber mit Rücksicht auf die Kompromißbeschlüsse dagegen stimmen würden!

In der Abstimmung wird der polnische Antrag abgelehnt, die ersten Paragraphen der Lehrerbefoldungsvorlage werden unterändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Darauf vertagt sich das Haus.

Präsident v. Krüger schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 12 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung. Zweitens: die Besoldungsordnung der Geistlichen.

Abg. v. d. Seydebrand (L.) beantragt, die Pfarrerbefoldungsgesetze zuerst auf die Tagesordnung zu stellen.

Abg. v. Campe (nall.) widerspricht diesem Antrage.

Präf. v. Krüger: Ich habe gegen den Antrag v. Seydebrand nichts und werde abstimmen lassen.

Gegen die Stimmen der Linken wird beschlossen, die Pfarrerbefoldungsgesetze zunächst zur Beratung zu stellen. Schluß 1/2 Uhr.

## Die Zeche Radbod auf der Anklagebank.

Am Freitag hatte sich der verantwortliche Redakteur der „Dortmunder Arbeiterztg.“, Genosse Rotzsch, vor der Strafkammer wegen angeblicher Verleumdung der Direktoren der Zeche Radbod, Generaldirektor Kommerzienrat Janssen und Bergassessor André, zu verantworten. Im April 1908 erschien in der „Arbeiterztg.“ eine Notiz, in der behauptet wurde, daß auf Radbod Lohnreduzierungen und Arbeiterentlassungen vorgekommen seien und die Arbeiter über schlechte Behandlung klagten. Ferner wurden die Häuser der Kolonie Radbod zum Teil als „Quendställe“ bezeichnet und der Mietkontrakt als Buchstabenkontrakt.

Zu Beginn der Verhandlung beantragte der Verteidiger unseres Genossen Aussetzung und Vertagung der Verhandlung, bis die Untersuchung über das schreckliche Unglück vom 12. November abgeschlossen sei. Die Katastrophe sei auf strafliche Nachlässigkeit zurückzuführen, an der die Direktoren einen großen Teil Schuld trügen. Zu mehr als 200 Spalten habe die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ den Klägern den Vorwurf der Ausbeutung, des Raubbaues, des Ignorierens von bergpolizeilichen Vorschriften gemacht. Durch Nachlässigkeit und Gewinnsucht sei das Riechenungslad, das über mehr als 300 Familien hereingebrochen ist, geschehen. Wegen dieser Vorwürfe hätten die Kläger keinen Strafantrag gestellt, das gebe doch zu denken. Der Generaldirektor Janssen bemerkt darauf, für eine Klage seien keine Unterlagen vorhanden — weil die Zeche unter Wasser stehe! Demgegenüber erklärte der Verteidiger, daß die Herren Unterklagen ja nicht nötig hätten und ein Strafantrag sei nach drei Monaten nicht mehr zulässig. Den Erbauer der Kolonie, Baumeister Siebold, der als Sachverständiger geladen ist, lehne er als besangenen ab, und wenn die übrigen Gutachter in irgend einem Verhältnis zur Zecheverwaltung ständen — auch bei dem Knappschachtsarzt wäre das der Fall sein — würden sie sämtlich abgelehnt. Der Vertagungsantrag wurde durch Gerichtsbeschluss verworfen, weil der Artikel nicht (!) mit dem Unglück zusammenhänge und früher geschrieben worden sei.

In der Weisungsaufnahme kamen über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter auf der Kolonie Radbod geradezu haarsträubende Dinge zutage. Ein Zeuge nach dem andern behandelte sündgemäß: Wohnungen waren so nah, daß das

### Wasser an den Händen

herabließ. Möbel seien verschimmelt, Matratzen und Bettfedern verkauft, Kleider verrotten. Frauen und Kinder erkrankt und ganze Wohnungseinrichtungen verrotten worden. Es sei vorgekommen, daß den Männern früh der Bart an die Bettdecke gefroren war. Fast jedem der vernommenen Zeugen sind die Kartoffeln erfroren. Gewerkschaftssekretär Genosse Goffeld und Genosse Votenkontrollleur Ruschik, die viel in den Häusern der Kolonie herumkamen, bemerkten, daß sie eine so schlechte Arbeiterkolonie wie Radbod noch nie angetroffen hätten. Das Gras sei zwischen den Dieben herausgewachsen. Zwischen Fensterbrett und Bauwerk habe man den Finger hindurchstecken können, die Wände einer Wohnung seien so mit Pilzen bewachsen gewesen, daß es ausgehoben habe, als ob man

### faule Wepfel

daran getrunken habe. Der Bezirksleiter des Christlichen Bergarbeitervereins Werner Lebrügge behauptete, die Kolonie sei

### auf einem Sumpflod

erbaut. Schon im Grund der Häuser habe das Wasser 35 Zentimeter hoch gestanden. Es müßten dort Krankheiten vorkommen. Ein Bauführer gibt zu, daß Häuser in

### zwei Wochen fertig gebaut



und eine Woche später schon bezogen worden sind. Der Sachverständige Stadtbaurat Kraft-Damm sagte in seinem Gutachten, daß beim Bau der Koloniehäuser

### zweifellosgesundigt

worden sei. Durch Zeugenaussagen wurde ferner nachgewiesen, daß auf Kadob die

### Gebirge so reduziert

worden sind, daß die Leute pro Schicht bis zu einer Mark weniger verdienen. Auch die Arbeiterentlastungen in größerem Maße vorgenommen, konnte bewiesen werden.

Der Amtsanwalt bezeugte den Artikel als stark tendenziös und beantragte drei Wochen Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Frank, führte aus, daß der Wahrheitsbeweis vollständig erbracht sei; der Artikel richte sich nicht gegen die Direktoren, sondern gegen die Steiger; es liege also gar keine Beleidigung im Sinne des § 185 vor. Die Zeugenaussagen hätten ergeben, daß die Wohnungen tatsächlich als „Hundehäuser“ bezeichnet werden können. Die Direktoren hätten die Klagen der Vergarbeiter über erdverlorene Kartoffeln wohl angehört, aber nicht etwa andere Kartoffeln beschafft, sondern nur gute Kartoffeln erteilt, was ja freilich sehr leicht und vor allen Dingen außerordentlich billig sei. Die Sachverständigen und Direktoren hätten die Anlage der Kolonie als

### eine soziale Tat

gepriesen. Die Arbeiter zahlten aber monatlich 18,50 M. Miete, was einer fünfprozentigen Kapitalverzinsung gleich komme. Er bezeichne das nicht als soziale Tat. Mit dem Worte

### Juchthauskontraft

sei lediglich gesagt, daß die Arbeiter dadurch in größere Abhängigkeit kommen. Es sei eine überaus harte und rigorose Bestimmung, daß sich die Arbeiter in 14 Tagen eine andere Wohnung beschaffen müßten. Er beantrage Freisprechung.

Genosse Rottedorf äußerte, die Rollen seien vertauscht, nicht er, sondern die Beherrschung von Kadob müßte auf der Anklagebank sitzen. Die „Arbeiterzeitung“ habe gegen die Herren den schweren Vorwurf erhoben, daß sie

### mitschuldig

sei an dem ungeheuerlichen Kadobunglück, das über die Beteiligten so unfaßbar großes Leid gebracht habe. Die „Arbeiterzeitung“ hätte die Herren mehr als zehnmal aufgefordert, zu klagen. Sie hätten es aber nicht getan. Im Gegensatz zu anderen Vorwürfen sei der unter Anklage stehende Artikel eine Bagatelie. Die „Arbeiterzeitung“ habe acht Tage

### vor dem Unglück

eine ernsthafte Mahnung an die Beherrschung gerichtet, endlich zu rufen, wenn man ein Unglück verhüten wolle. Hätten die Herren Janßen und Andros dieser Mahnung Beachtung geschenkt, so wäre dank der „berühmten“ Schreibweise der „Arbeiterzeitung“ die katastrophale Katastrophe vermieden worden. Es sei ihm gleichgültig, ob er ins Gefängnis wandle, nur das wolle er noch sagen: von Rechtswegen gehören die Direktoren der Fische Kadob ins Gefängnis.

Das Urteil soll am Dienstagmorgen verhandelt werden.

## Aus der Partei.

Die Pforzheimer Parteigenossen haben am Sonntagabend in einer Mitgliederversammlung ihrem bisherigen Landtagsabgeordneten Ged ein Vertrauensvotum erteilt. Er wurde in geheimer Abstimmung mit 126 Stimmen (180 Stimmzettel waren abgegeben) wieder zum Kandidaten im Landtagswahlkreis Pforzheim-West ernannt. Vorher wurde der Bericht des Wahlkomitees entgegengenommen, woran sich eine lebhafte Debatte knüpfte. In derselben kam man auch auf die im „Vorwärts“ erschienenen Artikel zu sprechen, deren Behauptungen in den wesentlichen Punkten sich bekräftigten. Es ist erwiesen, daß seitens eines Pforzheimer Genossen dem Subkomitee ein Antrag unterbreitet wurde, die Kandidatur Ged in den heute noch ausstehenden Wahlkreis abzulehnen; ferner bezeugten sämtliche Teilnehmer der Wahlkreisversammlung die vom „Vorwärts“ mitgeteilte Äußerung des Genossen Kollb gegen die Wiederaufstellung G's. Die Wahl der Delegierten zum Parteitag in Offenburg wurde verbunden mit dem Aufruf an die Erwählten, gegen die Freiburger Vergründung Stellung zu nehmen und zu verhindern, daß auf dem Parteitag die Zeit mit persönlichen Auseinandersetzungen vergeudet wird.

Genosse Dörner-Mannheim wurde nahezu einstimmig zum Kandidaten für den zweiten Pforzheimer Wahlkreis ernannt. Auch er gab die Erklärung ab, daß eine Einigkeit in der Fraktion am besten durch die parteigenössliche Disziplin erreicht wird, der gemäß jeder Parteigenosse sich den Beschlüssen des Parteitages als höchster Instanz fügt.

Die Mannheimer „Vollstimme“ hat die Liebenswürdigkeit, in ihrer Sonntagsnummer in einer Polemik gegen den dortigen Generalanzeiger zu bemerken:

„Dem „Vorwärts“ wurde unsern Kollegen Kollb von einem gesinnungsgegenständlichen Wackweib der Ausspruch in den Mund gelegt, mit Adolf Ged kandidiere er nicht mehr.“

Wir begreifen, daß der jetzt auch von der Parteiversammlung in Pforzheim beauftragte Ausspruch Kollbs unserem Mannheimer Parteiorgan im gegenwärtigen Augenblick recht unbequem ist.

Aber deswegen braucht sie doch nicht gleich ihre Entrüstung nach der falschen Seite zu lenken und einen Mitarbeiter des „Vorwärts“ mit einer Beleidigung anzufassen.

### Gemeindevahlen.

In Offenburg (Baden) wurde bei den Stadtverordnetenwahlen der ersten Klasse der Genosse Dauelsen gewählt; er erhielt, da sein Name auf den Zetteln der beiden bürgerlichen Lager stand, die höchste Stimmenzahl. Es sind jetzt noch drei Sozialdemokraten im Offenburger Bürgerausschuß.

Genosse Goldstein, so behauptete die „Vollstimmige Zeitung“, wollte aus Gesundheitsrücksichten seine Kandidatur zum Reichstag und sächsischen Landtag niederlegen. Diese Nachricht macht die Kunde durch die ganze bürgerliche Presse, und sächsische Blätter wolkten sogar schon erfahren haben, daß Genosse Goldstein, der kürzlich in Goldsteins Reichstagswahlkreis eine Diskussion mit dem Eigenverbandsgeneral Viederer hatte, sein Nachfolger werde. — In diesen ganzen Erzählungen ist kein wahres Wort. Genosse Goldstein befindet sich erkrankt auf dem Wege der Besserung. Es ist zu hoffen, daß er in einigen Wochen seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen kann.

### Ein neuer Kämpfer

für die Sache des Proletariats ist in Rußland in der jüngst als Organ des Jüdischen Arbeiterbundes erschienenen „Stimme des Bundes“ erschienen. Doppelt zu begrüßen ist ihr Erscheinen in der schweren Zeit der Depression und des Rückganges der Organisation. Bedeutet es doch, ebenso wie der Enthusiasmus, mit dem die „Stimme“ aufgenommen wurde, daß die politische Gleichgültigkeit und Apathie, die sich infolge der Niederlagen von 1906 und 1907 der Arbeiterklasse bemächtigt hatte, dem frischen Geist des Kampfes endlich zu weichen beginnt und daß sich auf diese Weise eine neue Periode revolutionären Aufschwungs anbahnt.

Die „Stimme“ ist illegal erschienen und lagert in Rußland befindlichen Geheimdruckerei des Zentralkomitees des „Bundes“ hergestellt worden. Auch dieser Umstand ist von großer symptomatischer Bedeutung. Bis 1906 konnte die Sozialdemokratie in Rußland keine andere Organisationsform, keine

andere Presse, als die geheime. Die siegreichen Oktobertage brachten die Möglichkeit offenen Auftretens, die von der Sozialdemokratie ergiebig ausgenutzt wurde. Insbesondere hat es der „Jüdische Arbeiterbund“ verstanden, wie durch unmittelbare Organisation der Arbeiterklasse so auch durch seine Presse seinen Einfluß ungeheuer zu erweitern. Mit dem Erstarken der Reaktion aber, die sich mit aller Macht auf die Arbeiterklasse stürzte, sah sich die Sozialdemokratie gezwungen, nach hartnäckigen Kämpfen eine eroberte Position nach der anderen aufzugeben. Arbeiterdeputiertenräte, offenes Eintreten in Vereinen und Versammlungen, Gewerkschaften, Presse — alles fiel nach und nach der Reaktion zum Opfer, die Partei mußte immer mehr das Feld der legalen Tätigkeit räumen. Beim „Bund“ vollzog sich dieser Prozeß am langsamsten, er behauptete am spätesten die einmal gewonnenen Positionen und seine Presse, die täglich in Wilna erscheinende jüdische „Vollstimmige“ überdauerte alle übrigen legalen sozialdemokratischen Organe um ein Erkleckliches. Um so bedeutsamer ist es daher, daß jetzt auch der „Bund“ durch die Herausgabe eines illegalen Organs seine Rückkehr zur geheimen Tätigkeit dokumentiert. Dies ist ein Beweis mehr dafür, daß das Gebiet der vorwiegend legalen Tätigkeit der Sozialdemokratie jetzt verfallen ist, daß sie, um den begonnenen Kampf der Arbeiterklasse erfolgreich weiterführen zu können, auf die alten Formen der Organisation und agitatorischen Arbeit zurückgreifen muß, um sie mit dem Inhalt der reichen Erfahrungen der Revolutionsjahre zu füllen.

### Pollzeitliches, Gerichtliches usw.

#### Beredigte Interessen des Verurteilten.

Der verantwortliche Redakteur der in Hamburg erscheinenden „Schmiede-Zeitung“, Genosse Kaspar Schmidt, wurde am 1. Februar 1908 vom Breslauer Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt, weil er einen in Breslau wohnenden Schmiedemeister beleidigt haben sollte. Da ihm sein Breslauer Verteidiger mitteilte, daß der Vorsitzende des genannten Gerichts, Amtsgerichtsrat Köhler, in seiner Urteilsbegründung mit keinem Wort darauf eingegangen sei, ob Sch. in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe, und ihm auch zu verstehen gab, daß angeichts der Breslauer Juditalur eine Verurteilung keinen Erfolg verspreche, kritisierte Sch. in seinem Organ das Breslauer Urteil unter der Überschrift: „Verurteilt“ wie folgt:

„Daß ich von einem Breslauer Gericht verurteilt werden würde, darin konnte ich von vornherein keinen großen Zweifel sehen. Dafür sind die Breslauer Urteile so bekannt, als daß an dieser klassischen Stätte der Massenjustiz dem Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung oder auch nur von dem Verbandsorgan einer freien Gewerkschaft der Schutz des § 193 des St.-G.-B. zugebilligt und er freigesprochen werden würde.“

Durch diese Kritik der „Massenjustiz“ soll er den Breslauer Amtsgerichtsrat und die Breslauer Richter im allgemeinen beleidigt haben, weshalb der Landgerichtspräsident zu Breslau Strafanktrag stellte. Das Landgericht IV zu Hamburg verurteilte Schmidt zu einer Geldstrafe von 200 M. oder 20 Tagen Gefängnis, weil in den inkriminierten Worten den Breslauer Richtern der Vorwurf der bewußten Rechtsbeugung Andersgearteten gegenüber gemacht wurde.

Durch Dr. Herz-Altona legte Sch. Revision ein, der vom Reichsgericht stattgegeben wurde, indem es erklärte, daß die Erwägung der Vorinstanz, daß dem Verurteilten ein Recht auf beleidigende Versprechung des Erkenntnisses nicht anerkannt und ihm mithin der Schutz des § 193 nicht zugebilligt werden könne, zu Bedenken Anlaß gebe. „Das Recht, eine eigene, den Täter nahe angehende Angelegenheit zur Sprache zu bringen, findet in dem Erlass eines gerichtlichen Strafurteils keine notwendige Schranke. Wenn jemand ein Interesse daran hat, den Inhalt eines gegen ihn erlassenen Strafurteils einer Versprechung zu unterziehen, so ist dieses Interesse nicht schlechthin ein unberechtigtes. Wird ein solches Interesse verfolgt, so ist eine in der Versprechung enthaltene Beleidigung nur unter der Voraussetzung strafbar, daß aus der Form der Äußerung oder den Umständen, unter denen sie geschah, das Vorhandensein einer Beleidigung hervorgeht.“ Das Reichsgericht führt weiter aus, das Landgericht werde nachprüfen haben, ob unter Berücksichtigung dieser Umstände der § 193 anwendbar sei und ob, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, aus der Form der inkriminierten Worte die Absicht der Beleidigung hervorgehe.

Die Angelegenheit kam am Donnerstag erneut vor dem Landgericht Hamburg zur Verhandlung. Der Staatsanwalt meinte, auch bei Jubilierung des Schutzes des § 193 sei der Artikel beleidigend, weil den Breslauer Richtern Massenjustiz, also bewußte Rechtsbeugung zugunsten sozialdemokratischer Redakteure, vorgeworfen werde. In längerer Rede bekämpfte Dr. Herz diese Ansicht, woran der Bericht den Angeklagten freisprach. Die Redewendung „Massenjustiz“ würde zweifellos eine Beleidigung der Breslauer Richter enthalten, wenn dem Angeklagten nicht der Schutz des § 193 zur Seite stünde. Der Angeklagte habe zum Ausdruck gebracht, daß die Breslauer Richter, von Massenjustiz befreit, nicht ordnungsgemäß ihres Amtes wolkten, sondern in den politischen Gegnern betrübten. Aber der Angeklagte habe berechtigtes Interesse vertreten, als er das Breslauer Urteil kritisierte. Aus diesen Gründen müsse auf Freisprechung erkannt werden.

Strafkonto der Presse. Das Schöffengericht zu Saalfeld verurteilte am Sonntag den Genossen Jörn vom „Vollstimmblatt“ wegen Beleidigung eines Schutzmannes zu 14 Tagen Gefängnis. Der Amtsanwalt hatte einen Monat beantragt. Die Beleidigung fand das Gericht in einer Kritik, in der es von dem betreffenden Schutzmänn, der wegen schwerer Körperverletzung zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt ist, hieß er werde von der Einwohnerschaft schief angesehen. Ein vom Genossen Jörn geladener Zeuge, der das bekunden sollte, wurde nicht vernommen, sodah dem Angeklagten der Wahrheitsbeweis abgeschnitten war. Es ist Verurteilung eingelegt worden.

## Aus Industrie und Handel.

### Rückgang der Schweinefleischungen.

Die nun vorliegenden Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau, sowie Trichinenschau für das 4. Quartal 1908 weisen im Vergleich mit der vorjährigen Parallelzeit bei allen Viehgattungen absolute Steigerungen auf, nur bei Schweinen zeigt sich ein Rückgang. Bei der allgemeinen Schlachtvieh- und Fleischbeschau ergibt sich ein Rückgang von 197 440 gleich 6,74 Prozent. Bei der Trichinenschau macht das Weniger sogar 360 756 Stück, gleich 8,29 Prozent aus. Das ist ein Beweis für die Verschlechterung der Lebenshaltung in Arbeiterkreisen. Bringt man die Resultate der beiden letzten Jahre in Vergleich, dann wandelt sich aus das Mehr bei den übrigen Viehgattungen teilweise in ein Weniger. Das ist der Junker „nationale Wirtschaftspolitik“ unangenehme Folge.

### Umgehung der Umsatz- und Wertzuwachssteuer.

Die Terrain speculation benutzt immer mehr die Gründung als G. m. b. H., um sich der Umsatz- und eventuell der Wertzuwachssteuer zu entziehen. Justizrat Ernst Heimig schreibt darüber in der „Deutsch. Jur.-Ztg.“: „Die Terrain speculation und der Handel mit bebauten Grundstücken bilden zum Erwerb eines einzelnen Grundstücks eine G. m. b. H. und beschränken sodann statt der mit erheblichen Abgaben belasteten Veräußerung des Grundstücks das Behälterungsgeschäft auf die Geschäftsanteile der Gesellschaft, deren Umsatz nur einer geringen Stempelabgabe unterliegt. Da der alleinige Gesellschafter der als Grundstücksbesitzer eingetragenen G. m. b. H. wirtschaftlich Eigentümer des Grundstücks ist, so vollzieht sich zwar nicht rechtlich, aber wirtschaftlich durch Behälterung der sämtlichen Geschäftsanteile ein Wechsel im Grundstücksbesitz, ohne daß dem Staate der Wertstempel von 1 Proz., der Gemeinde und den Kreisen die meist 1 bis 2 Proz. betragenden Umsatzsteuern und die

etwaige Wertzuwachssteuer zuzuliegen. Der hierdurch gebotenen Möglichkeit, lästige Steuern zu vermeiden und dadurch beim Verkauf einen höheren Preis zu erzielen, hat sich die Grundstücks speculation mit außerordentlicher Geschwindigkeit bemächtigt. Terrain speculation, die eine größere Zahl von Kaufstellen kaufen wollen, gründen oft für jede dieser Kaufstellen eine besondere G. m. b. H. und bieten, nachdem jede G. m. b. H. das für sie bestimmte Grundstück erworben hat, dem Kaufstigen, der eine Kaufstelle zum Zwecke der Bebauung erwerben will, statt dieser die Geschäftsanteile der G. m. b. H. zum Kauf an. Auch für bebauten Grundstücke hat diese Art des Geschäftsbetriebes sich nicht selten bewährt.“ — Rechtlich ist das natürlich nicht strafbar, aber ist es nicht verwerflicher, als wenn eine arme Mutter für ihr hungerndes Kind ein Brot stiehlt? Und doch wird die Mutter bestraft, während die Grundstücks speculationen und Hausbesitzer noch ein besonderes Privileg auf Ehrenämter haben, die sie für ihre Wucherinteressen ausnutzen.

### Der Grundstücks- und Baunarkt in Groß-Berlin.

Nach den Zusammenstellungen des Vereins Berliner Grundstücks- und Hypothekendarsteller ergeben sich für Groß-Berlin folgende Gesamtzahlen:

	1907	1908
Ausgestellte Kaufverträge . . . . .	4498	3989
Gebrauchabnahmen . . . . .	1997	1641
Gesamtumsatz 1000 M. . . . .	1 885 067	768 188
Bebaute Grundstücke . . . . .	Zahl 8416	2516
Umfaß 1000 Mark . . . . .	848 278	548 796
Unbebaute Grundstücke . . . . .	Zahl 2551	1916
Umfaß 1000 Mark . . . . .	281 744	141 298
Substationen:		
Bebaute Grundstücke . . . . .	Zahl 525	921
Umfaß 1000 Mark . . . . .	94 884	160 454
Unbebaute Grundstücke . . . . .	Zahl 187	256
Umfaß 1000 Mark . . . . .	15 527	11 688

Dennoch ist die Bautätigkeit erheblich zurückgegangen. Die Substationen haben stark zugenommen; aber bei den unbebauten Grundstücken handelt es sich anscheinend um nicht wertvolle Objekte, denn obwohl die Zahl der Substationen um 87 Proz. gestiegen ist, zeigt sich beim Wert der Objekte ein Rückgang um 25 Proz.

### Folgen der Krise.

In der Metallindustrie in Wänden hat die Arbeitslosigkeit einen bedenklichen Grad angenommen. In der letzten Woche 1908 hatte der Metallarbeiterverband eine gegen das Vorjahr um 170 Proz. höhere Zahl Arbeitsloser. Für das ganze Jahr wurden verbandseitig diese Zahlen ermittelt: 1907: 1042 Arbeitslose mit 26 098 Tagen, die 26 178 M. Unterstützung beanspruchten, 1908: 1593 Arbeitslose mit 45 576 Tagen. Die Unterstützung erheischte 48 899 M.

Eine vom Gewerkschaftsrat in Weihen veranstaltete Fählung ermittelte 674 Arbeitslose, davon 407 verheiratete mit 827 Kindern.

Eine Fählung in Klostod ergab das Vorhandensein von 8183 organisierten Arbeitern, von denen 708 arbeitslos waren.

Der „Völnig“ in Ruhrort kündigte Arbeitern des Martinwerks, außerdem wurde eine Lohnreduktion in Höhe von 20 Prozent angeordnet.

## Soziales.

### Folterqualen eines vierzehnjährigen Dienstmädchens.

Entsetzliche, grauenhafte Bilder entrollte ein Prozeß gegen die reiche Kaufmannsbesitzerin Anna Gebhardt in Dresden-Blasewitz wegen gefährlicher Körperverletzung ihres vierzehnjährigen Dienstmädchens. Innerhalb eines Zeitraumes von kaum vier Jahren hat die Angeklagte nicht weniger als 19 Dienstmädchen gehabt, und kein Mädchen hat, wie die Beamten auf dem Gemeindeamt in Erfahrung brachten, den Dienst verlassen, ohne Schläge bekommen zu haben. Im Mai v. J. trat das kurz vorher aus der Schule entlassene Mädchen Anna Lomnawich in den Dienst der Angeklagten, und alsbald begann für die Knechte eine schwere Leidenszeit. Fast täglich erhielt sie Prügel mit einer Kloppe, wobei sich das Mädchen auf Geheiß der Dienstherrin auf den Fußboden legen und ihre Kleider hochschmeißen mußte. Hosen durfte das Mädchen nicht tragen, damit die Angeklagte besser Gelegenheit hatte, die Schläge fühlbarer zu machen. Das Mädchen befand sich bei jeder kleinen und kleinsten Gelegenheit fürhbar Prügel bekommen habe. Auch auf die Lippen sei sie geschlagen worden, so daß diese aufsprangen. Zum Ankleiden und Waschen habe die Dienstherrin ihr nur wenige Minuten gelassen. Sei diese Zeit überschritten worden, dann habe die Angeklagte sie mit kaltem Wasser begossen, so daß sie in nassen Kleidern arbeiten mußten. Sie habe nicht gewagt, sich ihren Eltern anzuvertrauen, denn ihre Dienstherrin habe gedroht, sie bei der Politz anzuzeigen, weil sie einmal etwas geschwiegen und zu einem Briefe an die Eltern eine Briefmarke entwendet habe. Schließlich habe sie die furchtbaren Qualen nicht mehr ertragen können und habe sich dann an die Eltern gemeldet. — Zwei Wundärzte hatten dann das Mädchen untersucht und am ganzen Körper blutunterlaufene Stellen und Schwielen festgestellt. Blutige Striemen an den Schenkeln und am Gesicht und die Lippen aufgesprungen! Die Ohren waren vom vielen Ohrfeigen stark angeschwollen, das Mädchen selbst aber von grünlich-gelbem Aussehen und fast ein Skelett. Die Angeklagte machte geltend, daß das Mädchen nachhaft und unsauber gewesen und der Vater mit der Fählung einverstanden gewesen sei. Dieser aber hatte der Angeklagten wohl das Recht eingeräumt, das Mädchen mitzuerziehen, aber er sei niemals mit betätigten Mithandlungen einverstanden gewesen. Das Gericht erkannte nach umfangreicher Beweisaufnahme nicht auf Gefängnis, sondern nur auf die höchste zulässige Geldstrafe von 1000 Mark.

### Zur Rechtslosigkeit der ländlichen Arbeiter.

Wenn unsere Vertreter im Reichstage erklären, daß die Landarbeiter rechtlos sind, so brüllen die Junker über Lügen und Dummheit. Für sie ist vielleicht folgender Fall lehrreich. Ein Mädchen war bei einem Bauer in Hessen in Stellung, erkrankte an Gelenkrheumatismus und wurde vom Rosenarzt erwerbsunfähig geschrieben. Die Erkrankte bezog auch von der Ortskrankenkasse, welcher sie nach den Bestimmungen in Hessen glücklicherweise als Mitglied angehörte, die statutenmäßige Unterstützung, das Krankengeld auf die Dauer ihrer Erwerbsunfähigkeit. Trotzdem sollte das Mädchen weiter arbeiten und erhielt ihren verdienten Arbeitslohn gemäß der Befehlsordnung einbehalten. Kuplos war auch die Klage auf Herausgabe des verdienten Lohnes, denn das Amtsgericht Wübel war der Ansicht, daß das Mädchen nicht krank genug war, um den Dienstvertrag aufzulösen. Doch lassen wir die wichtigsten Punkte des Urteils zur besseren „Aufklärung“ des Sachverhaltes und der Stellungnahme des Gerichts hier folgen:

Die Klägerin verdingte sich am 4. Januar auf ein Jahr als Dienstmagd bei dem Beklagten gegen einen Jahreslohn von 400 Mark. Nach ihrer Behauptung erkrankte sie im Mai v. J. an Gelenkrheumatismus und wurde vom Arzt Dr. K. in G.-A. behandelt. Eine Heilung sei nicht eingetreten, die Arbeit des Mädchens für sie zu schwer gewesen, und sei sie dadurch zur Fortsetzung des Dienstes unfähig gewesen. Obwohl sie nach Art. 16 der Befehlsordnung zum sofortigen Verlassen des Dienstes berechtigt (war) gewesen sei, habe sie am 4. Mai v. J. mit sechs



Wochenfrist gekündigt, um ihren Dienstherrn nicht im Stich zu lassen.

Sie habe an Lohn zu fordern für 5 1/2 Monate 97 M., deren Zahlung sich der Beklagte weigere.

Die Klägerin beantragt, den Beklagten zu verurteilen, den Betrag von 97 M. auszubehalten. Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen, da die Klägerin ohne Angabe eines Grundes gekündigt habe, sie sei auch nicht zur Dienstfortsetzung unfähig gewesen. Er werde gemäß Art. 18 der Gerichtsordnung mit dem vierten Teil des Jahreslohnes aufrechnen.

In der Schlussverhandlung bot der Vertreter der Klägerin weiteren Beweis über die Art und Dauer der fraglichen Krankheit, sowie darüber an, ob die Klägerin arbeitsunfähig gewesen sei, indem er die Einforderung der die Klägerin betreffenden Krankenkassenscheine beantragte. Im übrigen sah er im Zustand des Schlaftraumes, wie er festgestellt sei, einen wichtigen Grund zum sofortigen Austritt und behauptet, der Beklagte sei mit dem Austritt auch einverstanden gewesen, denn er habe der Klägerin, als sie Buch und Zahlung forderte, erklärt: „Hier ist Dein Buch, mach, daß Du fort kommst, nimm auch Deinen Koffer mit.“

Das Gericht sah keinen Anlaß, den weiter angebotenen Beweis der Klägerin zu erheben, da auf Grund der Aussage des Dr. K., der die Klägerin als Arzt behandelt hatte, es die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Klägerin zur Fortsetzung des Dienstes nicht unfähig war. Dieser Zeuge erklärte bestimmt, daß eine schwere Erkrankung nicht vorgelegen habe, anderenfalls sei die Klägerin in das Krankenhaus oder in die Heimat entlassen worden. Ist dies der Fall, so ist es ausgeschlossen, daß die Klägerin zur Dienstfortsetzung unfähig war, denn diese Unfähigkeit hätte mindestens zur Entlassung in die Heimat führen müssen. Demgegenüber kann der etwaige Inhalt der Krankenkassenscheine nicht als Gegenbeweis angesehen werden, denn diese, von dem Zeugen Dr. K. selbst ausgestellt, können nur die Art der Krankheit, nicht aber die Erklärung der Dienstunfähigkeit nachweisen, da anderenfalls die Ueberweisung in das Krankenhaus oder in die Heimat hätte erfolgen müssen. Die Klägerin war auch nicht zum Austritt berechtigt, weil kein anderweitiger wichtiger Grund vorlag. Daß der Schlaftraum nicht mit Holzbofen versehen war, sondern betont, könnte höchstens dann in Betracht kommen, wenn es sich um die Winterzeit handelte. Unter diesen Umständen kann ein gesundheitsschädlicher Zustand nicht wohl angenommen werden. Schließlich liegt auch ein Verzicht auf seine in Höhe von 100 M. gemäß Art. 18 des Gesetzes begründete Schadenersatzforderung nicht vor. Die fragliche Aeußerung könnte nur dann einen Verzicht darstellen, wenn sie mit der Auszahlung des Lohnes verbunden gewesen wäre. Dadurch, daß der Beklagte an sich mit dem Weggang einverstanden war, hat er auf seine Gegenansprüche nicht verzichtet. Daß dieser Standpunkt auch der gesetzliche ist, ergibt sich aus Art. 18, der an Stelle der Vertrags- erfüllung die Geltendmachung des Schadenersatzes vorsieht. Die Klage ist somit unbegründet.

## Aus der Frauenbewegung.

### Für das politische Frauenwahlrecht.

Seit Jahren steht die organisierte Arbeiterchaft im harten, erbitterten Kampfe um die Eroberung eines demokratischen Wahlrechtes, eines Wahlrechtes, welches alle großjährigen Staatsbürger — männliche und weibliche — umfaßt. Nachdem aber im preussischen Abgeordnetenhaus der liberale Wahlrechtsantrag abgelehnt ward, nachdem in Sachsen das Vierklassenunrecht Gesetz geworden, könnte es den Anschein gewinnen, als sei die Erringung des Frauenwahlrechtes in unendlich weite Ferne gerückt. In Wirklichkeit jedoch mehren sich von Tag zu Tag jene Faktoren, die als Vorbedingung des schließlichlichen Sieges der Arbeiterchaft auf diesem Gebiete zu betrachten sind.

So sehen wir, daß unausgesetzt eine Steigerung der Frauen- erwerbsarbeit stattfindet. Die weiblichen Arbeiter bilden in der Folge einen immer größeren Prozentsatz der Gesamtarbeiterchaft und damit in zunehmendem Maße einen wichtigen, unentbehrlichen Faktor im Wirtschaftsleben der Völker.

Auf allen Gebieten, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Verkehrsweesen, im Handelsgewerbe, in der Kunst und Wissenschaft, allüberall sind viel Tausend Frauen und Mädchen tätig, mit Hand und Hirn das Erbe der Kultur zu erhalten und zu wehren, die Produkte zu erzeugen, die zur Erhaltung und Fortentwicklung der Gesellschaft notwendig sind.

In zunehmendem Maße werden aber auch die Frauen sich dieser wichtigen Stellung im Wirtschaftsleben der Völker bewußt; in um so höherem Maße empfinden sie alsdann die tiefe, brennende Schmach, daß man sie durch Vorenthaltung des wichtigsten Staatsbürgerrechtes, des Wahlrechtes, zu politischen Gelosten stempelt; in um so höherem Maße empfinden sie das große Unrecht, welches darin besteht, daß man sie dauernd einer Waffe beraubt, deren sie dringend benötigen zur Verteidigung ihrer Interessen in den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften. Und in zunehmendem Maße wird in ihnen der Jorn, die Empörung geweckt ob solcher Verhältnisse.

An uns ist es nun, Sorge zu tragen, daß diese Empörung der Frauen sich umsetzt und zum Ausdruck kommt in einer lebhaften Beteiligung an der sozialdemokratischen Bewegung, daß sie sich betätigt im Kampfe um die Eroberung des Wahlrechtes.

Doch nicht nur jene Frauen sollen und wollen wir aufrufen zum Kampfe um ihre Rechte, die im Erwerbsleben stehen, sondern vor allem auch die Hausfrauen und Mütter. Vergeht doch kein Tag, der sie nicht aufs neue in der unangenehmsten Weise daran erinnert, daß das Haus nicht mehr die Welt der Frau ist, sondern daß ihre und der Jährigen Interessen durch vieltausend Händen verknüpft sind mit allen politischen Maßnahmen und Einrichtungen, daß sie deshalb unbedingt eines Rechtes benötigen, welches ihnen Einfluß gewährt auf Gesetzgebung und Verwaltung. Die Wirtschaftskrisis mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit, mit Not und Elend im Gefolge, die drohende „Finanzreform“ mit ihren 500 Millionen Mark neuer Steuern, sie allein schon rufen der Arbeiterfrau laut und dröhnend zu: Soviel Du Dich auch verdeckt hinter die vier Wände Deines Hauses, so sehr Du Dich auch verläßt auf den Schutz und den Rückhalt, den die Familie gewährt, im wirtschaftlichen und politischen Leben sind Kräfte wirksam, von denen Dein Familienleben, Dein Heim, nicht unberührt bleiben, die Dich packen und treffen, schwer treffen, um so schwerer, je weniger Du Dich um sie kümmerst und je weniger Du Dich deshalb gegen sie zu wehren vermagst!

Und die Erfahrung hat denn auch allgemach die Arbeiterfrau gelehrt, diese Rufe zu verstehen. Sie weiß, die Krisis bringt eventuell Arbeitslosigkeit für ihren Mann, damit aber Arbeitslosigkeit für die ganze Familie. Steuerpolitik des Reiches vergrößert die Ausgaben und schmälert damit die ohnehin schon larme Lebenshaltung; der mangelnde Arbeiterschutz bringt erhöhte Unfallgefahr, wodurch ihr eventuell der Gatte, der Vater der Kinder und der Ernährer entzissen wird. Und anderes mehr. — Der Wunsch, sich gegen all diese drohenden Gefahren zu schützen, gebiert dann den Gedanken: Wie ist das möglich? Und die Antwort auf diese Frage lautet: Dadurch, daß Mann und Weib gemeinsam den Kampf führen gegen alle Gefahren, gegen allen Druck und alle Ausbeutung, für dringend notwendige Reformen. Daß sie den Kampf führen, draußen, unter und mit den organisierten Proletariatsmassen, daß sie ihn führen im Parlament.

Um das Letztere zu können, benötigen wir der Waffe des demokratischen Wahlrechtes auf breiterer Grund- lage, also des gleichen Wahlrechtes für Mann und Weib. In der Hand der Arbeiterin und der Arbeiterfrau wird das Wahlrecht zur

Waffe werden, um die Klassenforderungen der Arbeiter- schaft durchzusetzen; Forderungen, die für heute den Aufstieg des Proletariats erleichtern, für die Zukunft seine Befreiung vorbereiten sollen. Deshalb hat nicht nur die Frau des Proletariats ein Interesse an der Gewinnung des Frauenwahlrechtes, sondern auch die Gesamtarbeiterchaft, denn es stärkt ungemein deren politischen Einfluß und damit ihre Macht. Im Interesse der Gesamt- arbeiterchaft liegt es deshalb auch, die politische Er- kennnis in immer umfassenderem Maße in die Reihen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes zu tragen, sie aufzurufen zu Trägern der Forderung des Frauenwahlrechtes, zu Kämpferinnen für dasselbe. Je größer die Zahl dieser Kämpferinnen, je größer ihre Ausdauer, ihre Begeisterung, ihre Kampfesmut, desto schneller wird der Kampfpreis erungen werden. Jedoch werden natürlich die weiblichen Prole- tariat, sobald sie vom Baum politischen Erkenntnis gegessen haben, nicht nur um die Durchsetzung dieser Forderung ringen, vielmehr werden sie als gute Kampfgenossinnen überhaupt an der Seite ihrer männlichen Klassenbrüder zu finden sein. Die Aktions- fähigkeit der politischen Organisation, die Siegesüberfahrt ihrer Mit- glieder wird dadurch ungemein erhöht werden. Und das wiederum wird unferer Frauen und Mädchen Persönlichkeitsbewußtsein heben.

Das gilt auch vor allem von unseren Hausfrauen, die in dem ewigen Graue des Werkeltages, dem unaufhörlichen Treitmühlen- gang des häuslichen Afschenputtelkates nur zu leicht geistig stumpf und apathisch werden, die in der Hülle von täglich wiederkehrender, einödniger Arbeit kaum ein eigenes inneres Erleben kennen, die das Streben und die Ideale des eigenen Mannes dann nicht ver- stehen, und ihnen deshalb oft genug feindlich gegenüberstehen. Sie alle werden, erfüllt mit der Erkenntnis von der Notwendigkeit politischer Rechte, teilnehmend am politischen Kampfe, weit über das Alltagsleben hinausgehoben, ihr Leben bekommt Inhalt, es wird ein reicheres, glücklicheres werden. Dann, das ist der doppelte Gewinn der kämpfenden Arbeiterchaft, daß sie, Schritt um Schritt Terrain gewinnend, ihrem Ziele, der Befreiung der Arbeit sich nähert, daß dabei aber gleichzeitig in den kämpfenden geistige und sittliche Kräfte geweckt und entfaltet werden, die im anderen Falle hätten verkümmern müssen.

Und an diesem doppelten Gewinn sollen unsere Arbeiterinnen und Arbeiterhausfrauen teilnehmen, zum Nutzen ihrer selbst, ihrer Familie, ihrer gesamten Klasse. Kämpfend werden sie emporsteigen, kämpfend Staatsbürgerrechte erringen, kämpfend ihre endgültige Befreiung durchsetzen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Lindenkrane Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 10. Fahrstuhl 10. wochentäglich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Gedruckt 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Als zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor.

— S. W. Für den Mann liegt in dem von Ihnen Vorgebrachten ein Scheidungsgrund n. H. — G. T. 79. Das Gericht würde den Vorschlag nicht als hinreichend zur Scheidung erachten. — S. K. 99. Ein solches Erkenntnis liegt nicht vor. — W. K. Ein Antrag auf Invaldenrente würde nicht zum Ziele führen, weil die Erwerbsunfähigkeit nicht 26 Wochen hintereinander gedauert hat. Versuchen Sie es mit einem Gesuch an die Penfionskaffe A. — W. 28. In der Regel wird eine Unterstützung in der Höhe des Krankengeldes gezahlt; es findet eine Vereinbarung von Fall zu Fall statt. — G. N. 28. Ohne Einsicht in den Vertrag ist Ihre Anfrage nicht zu beantworten. — H. B. 360. Ja; wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. — R. D., Striegau. Es ist nicht verständlich, was der Bezirksauschuss mit der Sache zu tun hat. Er kann über die Ansprüche der Krankenkasse mit der Berufsgenossenschaft, aber nicht über die Ansprüche des Verletzten entscheiden. Die Vorschriften über das Verwaltungsstreitverfahren sind im Gesetz über die allgemeine Organisation der Landesverwaltung und dem Zuständigkeitsgesetz enthalten. In der Regel beträgt die Frist 14 Tage.

# Oeffentliche

# Arbeitslosen-Versammlungen

Dienstag, den 9. Februar, 10 Uhr vormittags

in den Lokalen:

Hofjäger-Palast, Hasenheide 52-53.

Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15.

Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor.

Kellers Festsäle, Koppenstraße 29.

Obiglos Saal, Schwedter Straße 23-24.

Ballschmieders Salon, Badstraße 16.

Bockbrauerei, Abt. II, Chausseest. 64.

Moabiter Prachtsäle, Wickeſtr. 24.

Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenſtr. 3.

Schöneberg, Rathausſäle, Meiningeſtr. 8.

Rixdorf, Hoppe, Hermannstraße 48/49.

Lichtenberg, Schwarzer Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.

Weißensee, Prälaten, Lehder-ſtraße.

Köpenick, Kaiserhof, Grünstraße.

Spandau, Böhle, Javelstraße.

Tages-Ordnung:

## Die Arbeitslosen und das Verhalten der Kommunen.

Referenten: die Stadtverordneten Dr. Bernstein, Bruns, Dupont, Ewald, Theodor Fischer, Glocke, Koblenzer, Manasse, Obst, Ritter, Sassenbach, Schubert, Gottfried Schulz, Dr. Weyl und Wurm.

## Arbeitslose! Erscheint in Massen!

Parteigenossen! Sorgt, daß alle Arbeitslosen die Versammlungen besuchen.

Der Aktions-Ausschuß.  
Eugen Ernst, Böhlerſtr. 9.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.  
Alwin Körsten, Engelfufer 15.



# Heute vormittag 10 Uhr

finden die **Versammlungen der Arbeitslosen** in den in der Annonce mitgeteilten Lokalen statt.

## Morgen Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin.

### Parteigenossen!

Im Einverständnis mit den Vorständen der Verbände sozialdemokratischer Wahlvereine Groß-Berlins sowie der Provinz Brandenburg beruft der unterzeichnete Ausschuss eine **Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter**

Groß-Berlins und der Provinz Brandenburg zu

**Sonntag, den 14. Februar 1909, vormittags 10 Uhr, und Montag, den 15. Februar, in Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Berlin SO., Engelufer 15, ein.**

Wir ersuchen die Genossen, die Vorarbeiten für die Konferenz — Wahl von Delegierten, Stellung ebent. Anträge — baldigst zu bewirken.

Die Parteigenossen Groß-Berlins, welche zur Konferenz kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Bureau des Verbandes der Wahlvereine, Lindenstr. 69, Mitteilung zu machen. Ebenso wollen die Genossen der Provinzkreise dies dem Brandenburger Provinzialsekretariat, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, mitteilen, damit eventuell Vorlagen und Mitteilungen zugesandt werden können sowie für Logis Sorge getragen werden kann.

Mandatsformulare sind von denselben Stellen einzufordern.

Im Anschluß an die Konferenz ist für Dienstag, den 16. Februar eine Besichtigung hervorragender städtischer Einrichtungen — Pumpstation, Kieselgut, Krankenhaus, Schlachthof — geplant. Wir ersuchen die Delegierten, bei Anmeldung mitzuteilen, ob sie an dieser Veranstaltung teilzunehmen wünschen.

Der Ausschuss der Stadtverordneten und Gemeindevertreter.  
J. A.: Emil Vasner.

### Partei-Angelegenheiten.

**Achtung, Arbeitslosen-Versammlungen!** Die Vorsitzenden der heutigen Arbeitslosen-Versammlungen werden ersucht, sofort nach Schluß der Versammlung einen kurzen Bericht über den Verlauf derselben und etwaige Zwischenfälle an die Redaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, zu entsenden.

**Grünau.** Am Mittwoch, den 10. d. M., abends 9 Uhr, im Lokal des Genossen J. Franz „Zur grünen Ede“, Mitgliederversammlung. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Eugen Bräuner über: Rechte und Pflichten aus dem Krankenversicherungsgesetz. Arbeitslosenstatistik. Derzeitige Angelegenheiten.

**Friedenau.** Heute Dienstag, abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von den bekannten Bezirkslokale aus. Bitte Beteiligung dringend notwendig. Der Vorstand.

**Schmargendorf.** Am Sonnabend, den 13. Februar, veranstaltet der Wahlverein im Schägenhause, Hundeschleifstraße ein Kostümfest „Zahlabend im Jahre 2000“. Hierzu ist die gesamte Arbeiterschaft des Ortes und der Umgebung freundlichst eingeladen.

### Berliner Nachrichten.

#### Englischer Besuch.

Der Pariser Plaz in Berlin, von altersher die Stätte prunkvoller Fürstenempfangs und städtischer alleruntertänigster Rückgratverbiegungen, wird heute ein Schauspiel für Götter erleben oder doch wenigstens für Halbgotter. Unsel Eduard, der seit Jahrzehnten zum ersten Male wieder durch das Brandenburger Tor fährt, ist ein guter Menschenkenner. Ihm wäre vielleicht ein Licht aufgegangen, wenn er gesehen hätte, wie der deutsche Michel mit der goldenen Antefixe um den Hals bis zehn Grad Nulle beschneipelt und barhäuptig den devoten Schädel im Winkel bis zu 45 Grad und darüber neigt. Und er hätte sich nicht das Lachen verkneifen können, beim Vergleich zwischen den freien Männern Albions und den gehoramen Trotteln mit der weltbekannten deutschen Zippelmütze.

Das hat dem verkitteten Preuzenzopf wieder mal glänzlich ein Ende abgegeschnitten — obzwar er stets nachwächst, wie der Eidechsenchwanz! Unser geschmeidiges Bürgerium sorgt schon von selbst dafür, daß ihm die Macht, habet der Krone das Gängelband nicht zu locker lassen. Für diesmal ist hüddvollst eine angeblich aus Menschlichkeitsgefühl geborene kleine Konzession gemacht worden. Der Empfang des Königs von England auf dem Pariser Plaz darf unter Dach und Fach vor sich gehen. Man erzählt, daß zu diesem Zweck aus Sparmaßregeln das mehrere Jahrhunderte alte türksche Sultanzelt mit den schönen Schwanzwedeln auf der Spitze, welches jüngst im Vorhofe des Zeughauses Ausstellung gefunden hat, auf Pump angeboten worden sei, weil sein ehrwürdiges Alter so hüblisch paßt zur mittelalterlichen Entwürdigung der Bourgeois im 20. Jahrhundert. Schließlich haben die dem geduldigen Steuerfädel abgeklopften sechzigtausend Märker gelangt zu einem modernen bürgerlichen Baldachin, der bis zum nächsten Fürstenbesuchskommando in die städtische Kumpellammer wandert. Zu Ehren des hohen seltenen Gastes sollten die Berliner Stadtväter mit gepuderten Allongeperücken antanzen. Da das aber allzusehr nach „made in Germany“ ausgesehen hätte, dürfen die guten deutschen „Wichstäpfe“ während der Begrüßungscour in Ehrfurcht auf den stadtväterlichen Klagen verharren. Für unsere byzantinischen Zustände ein

ganz unerhörter Gnadenakt! Um ja keinen zeremoniellen Schnitzer zu begehen, fragte Meister Kirchner beim Hofmarschallamt an, ob er den Frack über den Winterpaletot ziehen müsse. Der Bescheid lautete: Immer drunter weg, nicht drüber! Einem gewissen sehr populären Stadtrat, der zwar von innen einheißt, ist sogar gestattet worden, sich die Gerold-Wärmflasche in die Ueberzieertasche zu stecken. Und die unvermeidlichen städtischen Ehrenjungfern dürfen entgegen allem höfischen Nactiktus so bis an den Hals eingemummelt Spalier bilden, daß alle Mäuler ihre helle Freude daran haben werden. Da sage noch einer, daß die modernen Könige kein Herz haben für das pauvre Bürgerium! Es wird also, einschließlich des dichten polizeilichen Absperrungsmantels, sehr schön und sehr mollig werden, vorausgesetzt, daß auch Englands König die ersehnte politische Herzenswärme mitbringt. Man feiert, wie immer bei derartigen höfischen Anlässen, die im Grunde genommen das Volk sehr kalt lassen können, mit Pauken und Trompeten — und die liebe Stadt Berlin bezahlt für ein paar Orden, die nebenher abfallen, die teuren Noten. Der Unterhofenpolitik im Roten Hause gebührt natürlich nur der — Dosenbandorden.

Aber Spaß beiseite! Es wird wirklich hohe Zeit, daß eine Weltstadt, die doch sonst so tonangebend sein möchte, sich endlich mal aufrafft, für reine Familienangelegenheiten regierender Fürsten nicht mehr das Geld der Steuerzahler mit vollen Händen zum Rathausfenster hinauszuerwerfen. Das kann nicht oft genug betont werden, weil diese Anpassungen überhandnehmen. Zu einer Ausschmückung ganzer Straßenzüge mit Papiergirlanden und bunten Tuschsen auf städtische Kosten liegt schließlich keine Veranlassung vor. Denn die Freundschaft der Könige macht heute nicht mehr die Politik der Völker. Inbes gerade Eduard der Siebente ist ein solcher Mann, daß er die papierne Feststraße und den städtischen Empfangsklimbin in seinem Innersten tiefer auf das richtige Maß herunterdrückt und sich mit altenglischem Verstande sagt: noch weniger wäre mehr gewesen! Aus dem Herzen der gesamten Berliner Bevölkerung kommt der heutige glänzende Empfang eines Privatbesuchs nicht, wohl aber aus ihrer Tasche. Das ist auch ein Text zum Bülowischen Schlummerliede von der preussischen Sparfamkeit. . . .

In der „Zeit am Montag“ wird unter der Ueberschrift „Eduards Empfang“ über das Stattfinden der heutigen Arbeitslosenversammlungen berichtet. — Von einem Mitgliede des Aktionsausschusses unserer Partei wird uns hierzu geschrieben:

„Es bedarf wohl keines besonderen Scharffinnes, um zu erkennen, daß die Epigramme, unter welcher die „Zeit am Montag“ die Notiz bringt, eine völlig unangebrachte ist. Wir haben das Jutrauen zu der jetzt leider arbeitslosen Berliner Bevölkerung, daß sich sozialdemokratisch denkende und fühlende Elemente der Berliner Arbeiterschaft diesem dynastischen Familienfeste fern halten werden.“

Wer mit dem drohenden Hunger und der bitteren Not zu rechnen hat, dürfte weder Zeit noch Sinn für solch mittelalterliches Schauprägnis übrig haben.

Wir wünschen alle Energie und Tätigkeit der Berliner Arbeiterschaft auf die Mithilfe zu der bevorstehenden Arbeitslosenzählung gerichtet zu sehen und sind sicher, daß die politisch oder gewerkschaftlich organisierten Genossen sich weit eher der nötigen praktischen Arbeit zuwenden werden, anstatt müßige Gaffer und Hurrahschreier beim Empfange des englischen Monarchen zu spielen.“

Die „Lösung der sozialen Frage ohne Umsturz“. Der Berliner Hauptverein Ainderhoort feierte am Sonntag im Bürgerhause des Rathauses sein 25jähriges Bestehen durch eine zahlreich besuchte Festversammlung. Hierbei gab Stadtschulrat Dr. Fischer, der Vorsitzende des Vereins, die blühende Erklärung ab, es sei nicht an eine Verstaatlichung derartiger Wohltätigkeitsanstalten, wie sie vielfach gefordert werde, zu denken. Die Stadt Berlin halte den bis jetzt eingeschlagenen Weg, die Fürsorge für notleidende Arbeiterkinder im allgemeinen der Privatwohltätigkeit mit Unterstützung von Seiten der Stadt zu überlassen, für den richtigen und werde sich hierin durch nichts beirren lassen. Er als Stadtschulrat könne seine feste Ueberzeugung aussprechen, daß man die Lösung der sozialen Frage, welche mit solchen Instituten aufs engste verknüpft sei, auch ohne den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung erreichen werde. Der Herr Stadtschulrat war leider nicht in der Lage, auch nur annähernd den Zeitpunkt anzugeben, wann diese Lösung der sozialen Frage nach dem Rezept des Berliner Schrippenzentrums eintreten dürfte. Es wick wohl der Nimmerleinstag sein. Aber von Wert ist es doch, wenn ab und zu auch öffentlich vom Magistrat erklärt wird, daß man in dem Schlandrian weiterwurstelt und in der Sorge um das Wohl von Arbeiterfamilien den eigenenbeutel möglichst schonen will. Das Vorbild von München, wo die Stadt die Ainderhorte völlig aus städtischen Mitteln unterhält, wurde natürlich als „Mißerfolg“ hingestellt. Nähere Aufklärung hierüber blieb der Herr Stadtschulrat der Versammlung schuldig. Einen eigentümlichen Eindruck machte demgegenüber die Rede des Vereinschriftführers Direktors Katag, der u. a. meinte, daß in den letzten Jahren der Verdienst des deutschen Arbeiters immer mehr gesunken, aber die Bedürfnisfrage gestiegen sei. Er wies auf zahlreiche deutsche Städte hin, wo die Fortkinder gegen Entgelt beschäftigt werden und pro Stunde 1—3 Pf. verdienen. So habe es in Greiz ein Knabe auf 38 M. Jahresverdienst gebracht, was ungefähr 200 Arbeitsstunden entspricht! In Dresden werde sogar Alfordarbeit verrichtet mit durchschnittlich 16 M. monatlichem Arbeitsverdienst. Anderwärts seien die Fortkinder einschließlich der Schulzeit zwölf Stunden pro Tag beschäftigt. Damit verglichen seien die Berliner Orte Musteranrichtungen.

Orden wurden nicht verteilt. Die gibt's nicht für Verdienste im Arbeiterkinder. Dagegen erhielten die Stadtverordneten Gerike, der „ungekürzte König von Roabit“, und Gestrigel das Diplom als Ehrenmitglieder. Davon werden die vielen notleidenden Kinder, welche die Pflege der Horten noch erdulden müssen, nicht satz

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Den Teilnehmern des Kurses in Gewerkschaftswesen diene zur Nachricht, daß Mittwoch (den 10. Februar) der Unterricht ausnahmsweise schon 8 1/2 Uhr beginnt und 9 1/2 Uhr beendet sein wird. Wegen der Wichtigkeit des Zahlabends an diesem Tage soll jedem Schüler noch Gelegenheit gegeben werden, diesen, wenn auch etwas verspätet, besuchen zu können.

#### Nordversuch und Nord.

Der 30 Jahre alte Bildhauer Hermann Hoffmann aus Hamburg, der gestern vormittag in Berlin eingetroffen war, begab sich zum Besuch seines Bruders, des Steinmetz Hoffmann, nach dessen im Hauke Ufnaustraße 13 in Charlottenburg belegenen Wohnung. Bald nach der Begrüßung zog er plötzlich ohne jeden Grund einen Revolver aus der Tasche und gab auf seine Schwägerin einen Schuß ab, wodurch diese schwer verletzt wurde. Auf ihre Hilferufe eilte ihr Mann herbei, der sich im Nebenzimmer aufgehalten hatte. Sein Bruder legte sofort auch auf ihn an und tötete ihn durch einen Schuß ins Herz. Dann schloß er die Tür. Der Täter ist 1,70 Meter groß, hat blondes, lockiges Haar, einen blonden Spitzbart, trägt einen dunklen Sommerüberzieher, einen schwarzen Schlapphut, sowie eine dunkle Hose. Anscheinend hat er die Tat in einem Anfall von Geistesstörung begangen. Der Täter ist bereits vier Jahre in der Irrenanstalt Daldorf interniert gewesen.

Zu der Schreckstat in Charlottenburg wird noch berichtet, daß Frau Hoffmann noch lebt. Ihre Verletzung ist aber so schwer, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird, wenn auch der Zustand augenblicklich verhältnismäßig gut ist. Die Nachforschungen nach dem Täter Hermann Hoffmann hatten noch keinen Erfolg. Die Kriminalpolizei ermittelte noch gestern keine Verwandten und Bekannten, soweit es möglich war, aber niemand hat ihn gesehen. Es ist möglich, daß er sich selbst irgendwo ein Leid angetan hat. Vielleicht ist er aber auch nach Hamburg zurückgekehrt. Das vermuten auch die Ärzte. Hoffmann litt zeitweilig an der Vorstellung, daß er Gottvater sei. Dann wieder hielt er sich für Christus oder für einen Engel. Die Krankheit entwickelte sich aber weder nach der einen noch nach der anderen Richtung jemals so stark, daß man den Mann für gemeingefährlich hätte halten müssen. In demselben Grade, wie sie allmählich nachließ, machte Hoffmann in seinen Verfassarbeiten Fortschritte, auch in der Irrenanstalt, wo er seinen Reigungen entsprechend beschäftigt wurde. Da war er in seinen Leistungen tüchtig und arbeitete liberall zur Zufriedenheit seiner Auftraggeber. Dieser Zustand scheint jetzt plötzlich eine Veränderung zum Schlimmen erfahren zu haben, vielleicht unter dem Eindruck der Arbeitslosigkeit, in einer Lage, die den Mann der Not gegenüberstellte. Das nehmen einmütlich auch die Ärzte an, solange man über seine Verhältnisse in Hamburg nichts Bestimmtes weiß. Die Hamburger Behörden sind von der Schreckstat natürlich sofort benachrichtigt worden, weil Hoffmann vielleicht gleich nach der Tat zurückgefahren ist. Die Verantwortlichkeit ist bei dem Kranken ohne Zweifel ausgeschlossen.

Zur Draniensburger Schießscharte. Dem Antrage des Referendars v. Jgel auf Haftentlassung ist noch nicht stattgegeben worden. Die Leiche des ertrunkenen Steinwegmeisters Marxaner ist am Sonntag abend geöffnet und, nachdem der Scharfmann genau festgestellt worden ist, von der Staatsanwaltschaft sofort zur Verdrigung freigegeben worden.

In einem Anfall eines Nerveneidens hat sich gestern morgen der 42 Jahre alte Schneidermeister Heinrich Tolle aus der Zimmerstraße 11 das Leben genommen. Der Mann war seit zwei Jahren in ärztlicher Behandlung und zeitweilig arbeitsunfähig. Nachdem er die ganze letzte Nacht sehr aufgeregter gewesen war, ging er gestern morgen um 7 1/2 Uhr nach seiner Arbeitsstube, in der sein Gefelle noch nicht amovend war, und schoß sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Als seine Frau hinzukam, war er schon tot.

Unter dem Verdacht schwerer Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern ist gestern der Warden Albert Sasse, Hochstädter Straße 74, verhaftet worden. Er steht unter dem dringenden Verdacht, zwei zehnjährige Schulmädchen aus der Nachbarschaft in seinen Priesterladen gelockt und sich dort in der schändlichsten Weise an ihnen vergangen zu haben. Er wurde von der Kriminalpolizei verhaftet und in das Polizeipräsidium eingeliefert. Er ist wegen Sittlichkeitsvergehens bereits vorbestraft.

Der Tod im Asyl. Auch heute müssen wir wieder über einen plötzlichen Todesfall im städtischen Asyl für Obdachlose in der Probststraße berichten. Der 49 Jahre alte arbeits- und wohnungslose Möbelpolierer Otto Haad wurde während des Auskleidens im Schlafsaal von einem Herzschlage getroffen und war auf der Stelle tot.

#### Großfeuer

Am Sonntag früh aus noch nicht ermittelter Ursache auf dem Wedding zum Ausbruch. Um 7 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Hochplatz alarmiert. Dort war in der Neuen Hochstraße 20 in dem auf dem Hofe befindlichen dreistöckigen Fabrikgebäude, das früher der Kadmiasäurefabrik von Rothmann als Dampflager gedient hatte, Feuer ausgebrochen. Als Brandmeister Steiner mit dem 16. Zug an der Brandstelle erschien, brannten im Obergebäude die Räume der Firma Georg Joseph (Lampen en gros) und der Firma Verta Caspar (Zell- und Stoffierfabrik) im Erdgeschoss und ersten Stock. Da die Räume durch eisenschlagene Türen fest verschlossen und Schließel nicht vorhanden waren, drang die Feuerwehre über zwei Hasen- und zwei Siedleiterränge in das dreistöckige Gebäude ein. Undurchdringlicher Qualm von den brennenden wollebenen Lumpen erschwerte die Uebersicht und die Lösung ungemein. Dazu kam, daß die Flammen und der Rauch durch einen alten Transmissionsdachstuhl sich den oberen Geschossen mittelst den die Decken und Zwischenwände nicht wasserdicht waren, sondern aus einfachen Balken, die mit Brettern belegt und verfall waren, hobanden. Der 15. Zug unter Leitung des Brandmeisters Hammer wurde angehts der Gefahr zur Brandstelle beordert. Da indes die Flammen an den großen Vorräten immer neue Nahrung fanden, so wurde „Mittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet, worauf Branddirektor Reichel mit weiteren 6 Löschrügen aubrückte. In kurzer Zeit war die Feuerwehre in großer Stärke zur Stelle, auch die Schutzmannschaft zilt von allen Seiten herbei. Von der Neuen Hoch- und der hinten durchgehenden Grenzstraße aus wurden 4 B. Röhre und 5 C. Röhre vorgekommen. Mit 9 Schlauchleitungen von 6 Dampfstrahlen gab die Feuerwehre bald kräftig Wasser. Trotzdem schlugen die Flammen weit über das Dach hinaus. Das Fabrikgebäude stand



Kriegervereine stehen unter Polizeiaufsicht.

Dem Gardeverein in Münster, einem gemäß der Kabinettsorder von 1842 bestätigten Kriegerverein, war aus irgendeinem Grunde die ministerielle Genehmigung zur Führung einer Fahne verweigert worden. Bei der Beerdigung eines Kameraden wollte nun der Verein eine Fahne mit sich führen. Die Polizeiverwaltung verbot dies. Darauf erhob der Verein Klage. Der Bezirksauschuss wies die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dieser Lage das Urteil mit folgender Begründung: Der Gardeverein habe sich auf Grund der Kabinettsorder von 1842 bestätigen lassen und habe die Vorteile daraus in Anspruch genommen. Solche Kriegervereine unterlägen auch in bezug auf ihre Handhabung und Vereinstätigkeit einer gewissen polizeilichen Ueberwachung und dazu gehöre auch die Beachtung der Vorschriften, die über ihr äußeres Auftreten gegeben seien. Danach wären sie unter gewissen Voraussetzungen zur Führung einer Fahne berechtigt. Das seit dem Gardeverein generell nicht gestattet worden. Infolgedessen habe die Polizei einschreiten können und das Mitführen einer Fahne bei jener Beerdigung verbieten dürfen. Dies polizeiliche Verbot sei aber nicht als eine polizeiliche Verfügung anzusehen, die im Verwaltungsstreitverfahren angreifbar wäre. Es handele sich vielmehr nur um eine Ausübung der Befugnisse, die der Polizei mit Bezug auf Kriegervereine aus dem Bestätigungsrecht erwachsen. Folglich sei für das Verwaltungsstreitverfahren überhaupt kein Raum gewesen und die Klage als unzulässig abzuweisen.

Eine Aufreizung zum Klassenhaß durch — einen Phonographen

Beschäftigte die zweite Strafkammer des Landgerichts III. Wegen Vergehens gegen den § 180 St.-G.-B. waren der Wäcker Franz Xaver Jachowski und dessen Ehefrau Juliane J. angeklagt. Die beiden Angeklagten wurden beschuldigt, mit Hilfe eines Phonographen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zur Begehung von Gewalttätigkeiten gegen einander öffentlich angereizt zu haben. Beide Angeklagte sind Mitglieder eines hiesigen polnischen Vereins. Am 28. Mai v. J. fand in dem Lokal „Auguste Viktoria-Säle“ in der Unterstraße in Charlottenburg ein öffentliches Konzert statt, welches in der polnischen Zeitung „Diemittl Berlin“ als „großes Konzert auf Edison-Relordphonographen“ angekündigt worden war. Veranstalter dieses „Konzerts“, bei welchem ein Eintrittsgeld von 50 und 80 Pf. erhoben wurde, waren die beiden Angeklagten. Unter den zum Vortrage gebrachten polnischen Liedern und Opernarien befanden sich auch zwei Lieder, die durch das Landgerichts Hofen als aufheuerlich im Sinne des § 180 beanstandet worden waren. Es waren dies: „Nacz Chlopicki“ (Chlopidi-Marsch) und „Bozo Ojco“ (Gott Vater). Vor Gericht behaupteten die Angeklagten, daß sie keine Kenntnis davon gehabt hätten, daß diese beiden Lieder verboten waren. Das Gericht nahm an, daß die Angeklagten in gutem Glauben gehandelt hätten und erlaube gegen beide auf Freisprechung.

Eine wunderliche Betrugsanklage.

„Mutter Heinze“ und „Vater Graebisch“ gaben gestern eine unfreiwillige Gastrolle vor der sechsten Strafkammer des Landgerichts I als Angeklagte. Beide Angeklagte sind den Besuchern des Opernhauses nicht unbekannt, denn sie stehen vor dem Eingange des Kunsttempels und beten allabendlich ihr Sprichlein her: „Textbuch gefällig?“ Sie benutzen diese Gelegenheit, um auf ihre alten Tage ein paar Groschen zu verdienen. Auch zu den Vorstellungen des „Gardonopal“ boten sie Textbücher zu 25 Pf. aus, während das offizielle Textbuch, welches im Opernhaufe selbst verkauft wird, 80 Pf. kostet. Die Erklärung hierfür ist darin zu suchen, daß die Angeklagten das alte Textbuch zu dem falschen Zaglianischen Ballett „Gardonopal“ und nicht das Textbuch zu dem neuerstandenen Delitzschischen „Gardonopal“ verkaufen. Jemand ein Mißvergnügter erstattete Anzeige und so wurde eine Anklage wegen Verletzung gegen die beiden alten Leute erhoben. Das Schöffengericht kam aber zu einer Freisprechung. Die Angeklagten hatten nämlich behauptet, daß sie bei Verkauf des Textbuches den Käufern gesagt hätten, es handle sich um das alte Textbuch, welches aber auch eine ganz gute Orientierung über die Vorgänge auf der Bühne ermögliche. Das Schöffengericht sah diese Behauptungen nicht für widerlegt an, vermehrte außerdem den Nachweis einer Vermögensschädigung und sprach die Angeklagten frei. Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein. Die Strafkammer erkannte auf Verwerfung der Berufung des Staatsanwalts.

Wegen Schulverhältnis seines in Amerika weilenden Kindes bestraft.

Herr Masalsky aus Lipine hatte seinen 12jährigen Sohn Philipp nach Amerika gebracht, damit er dort in einer geistlichen Erziehungsanstalt zum Missionar herangebildet werde. Eine Dispension vom Unterricht in der Volksschule des silesischen Heimortes lag nicht vor. Als Masalsky senior wieder in Lipine angelangt war, wurde er wegen unberechtigter Schulverhältnis seines Sohnes an einer Reihe von Tagen angeklagt. Er machte geltend, daß die Schulspflicht in Preußen aufgehört habe, seitdem der Junge nach Amerika sei. Es wäre so ja genau dasselbe, als wenn er gemeinsam mit den Kindern nach Amerika ausgewandert wäre. Uebrigens sei sein ältester Sohn an jener amerikanischen Anstalt Kaplan und an diesen habe er die Erziehungspflicht dem Philipp gegenüber abgetreten. — Das Landgericht O. S. verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe, indem es davon ausging, daß die Schulspflicht in Preußen fortgedauert habe und durch die Ausnahme des Jungen in eine amerikanische Erziehungsanstalt nicht erloschen sei. Was M.'s Einwände angehe, so sei er erstens nicht selbst ausgewandert und zweitens hätte er nicht so, wie er das glaube, die Erziehungspflicht an einen anderen abtreten können. In treffe auch ein Verlauden, denn er habe sich sagen müssen, daß er den pflichtigen Besuch des Sohnes in der preussischen Schule unmöglich mache, wenn er ihn nach Amerika bringe.

Das Kammergericht verwarf die vom Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision. Es steht auf dem Standpunkt, daß der für die Kinder preussischer Untertanen obligatorische Schulunterricht in einer preussischen Schule erteilt werden müsse. Es könnte u. a. sonst nicht vom Schulinspektor festgestellt werden, ob die Voraussetzungen für das Ende der Schulspflicht gemäß § 46 II 12 Allgemeinen Landrechts vorliegen, das heißt, ob das Kind die einem vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse erlangt habe. Wenn Angeklagter selber ausgewandert wäre, würde man ihn natürlich nicht anfragen können. Wie die Dinge lagen, wenn das Kind ausgewandert wäre, könne hier unerörtert bleiben. Denn es sei nicht ausgewandert, sondern nach den Feststellungen zu seiner Erziehung nach Amerika gebracht worden. Damit falle nicht die preussische Schulspflicht. Angeklagter sei mit Recht beurteilt worden, weil das schulpflichtige Kind in Preußen unterrichtet die Schule veräumt und er dies verschuldet habe.

Vermischtes.

Die Ueberschwemmungen.

Genau lauten die Nachrichten über das Hochwasser wesentlich günstiger. In den meisten Ueberschwemmungsgebieten ist ein Fallen des Wassers zu verzeichnen. Die durch das Hochwasser eingetretenen Verkehrsstörungen sind zum Teil wieder behoben. Es liegen heute noch folgende Meldungen vor:

14 Jahren in Kraft getreten ist, nicht dieselbe auf Grund eines Erlasses der verschiedensten Ministerien nach dem von diesen ausgearbeiteten Normalstatut abgeändert werden. Da die hiesige Freibank im Jahre etwa 1000 M. Zuschuß erforderte, beantragte der Gemeindevorstand, die Gebühren auf das Doppelte zu erhöhen. Doch wurde dieser Antrag nach längerer Debatte abgelehnt. Die Verkaufsstelle soll aber wieder nach der früheren Stelle in der Kopenhagener Straße, an der eine größere Abschmöklichkeit vorliegt, zurückverlegt werden. Wie sich die Lage der Arbeiter in den Köpfen der Besitzenden ausmalte, zeigte ganz beiläufig in einer Bemerkung der Herr Bürgermeister Wille. Daß das Fleisch in der Freibank nicht nach Wunsch abgesetzt werden kann, führte er unter anderem auch darauf zurück, daß die Lage der Reinickendorfer Bevölkerung doch keine so schlechte sei, als stets behauptet werde. Auf die Antwort unserer Genossen, daß die Lage für den in Betracht kommenden Teil der Bevölkerung so schlecht sei, daß sie sich zurzeit nicht einmal dieses Fleisch leisten können, erwiderte er erregt, daß es ja gar keinen Menschen gebe, der sich kein Fleisch kaufen könne. Ist es ein Wunder, daß, solange ein solcher Mann an der Spitze eines Gemeindefestens mit 28 000 Einwohnern steht, die Kommune ihren sozialen Verpflichtungen nur im ungenügendsten Maße nachkommt?

Ganz in diesem System paßt es auch, wenn dieser selbe Bürgermeister in wehmütigem Tone sagte, daß sein und der Gemeindevorstand Wunsch, die Kosten für die Straßenreinigung auf den Allgemeinetat zu übernehmen, der schlechten Zeit wegen im kommenden Jahre noch nicht in Erfüllung gehen könne, und die Hausbesitzer daher im kommenden Jahre leider nochmals die Kosten hierfür selbst tragen müßten. Entschiedenem Protest hiergegen erhob der in der ersten Klasse gewählte Herr Müller, einer der reichsten Leute und Großgrundbesitzer des Ortes, der über die hohen Kosten zweierlei, die den armen Hausbesitzern fortgesetzt auferlegt würden. Daß sie sich eine sehr alte Verpflichtung abwählen wollen, das kam ihm nicht in den Sinn, auch nicht, daß die Grundstücke in den letzten 20 Jahren eine Wertsteigerung von 800 bis 1000 Proz. erfahren haben. Zwar gelang es diesmal noch, die Veranschlagung der Grundbesitzer abzuschlagen, sicherlich aber auch wohl das nächste Mal.

Lichtenrade.

Der Bau eines Feuerwehrgebäudes beschäftigte die letzte Sitzung der Gemeindevorstellung. In einer früheren Sitzung war bereits ein bestimmter Platz für das Gebäude in Aussicht genommen, man hat sich die Sache aber wieder anders überlegt und will nunmehr im Dorfe ein Grundstück erwerben, und zwar das einem Landwirt gehörige Gelände, wofür der Verkäufer die für Lichtenrader Verhältnisse ungeheure Summe von 100 Mark für die Quadratrate fordert.

Interessant ist für weitere Kreise die Mitteilung des Vorstehers, daß der Gemeindevorstand in der letzten Zeit sogar des Nachts zur Befestigung der Sänee- und Wassermaßen habe beschäftigt werden müssen, als ob es nicht auch am hiesigen Orte genug Leute gäbe, die hätten eingestellt werden können.

Geldnot kann hierfür wohl nicht geltend gemacht werden, denn der Vorsteher teilte weiter mit, daß mit einem Landwirt ein Vertrag geschlossen sei, demzufolge diesem für den Verkauf eines 40 Morgen großen Geländes zu einer Parzelle 160 000 Mark gezahlt werden sollen.

Bernau.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Magistratsvorlage, betreffend die Lieferung von Kunstseidentreppen für das Kronenhäus zu. Der Zuschlag hierzu wurde den Votauerwerken in Viefenthal, welche den Preis von 2140,91 M. gefordert hatten, erteilt. Dem Tischlermeister Ströhm wurde auf Los I mit 2056,38 M. und Los II mit 3159,74 M. und dem Tischlermeister Kaiser auf Los III mit 3197,48 M. der Zuschlag für die Tischlerarbeiten am Krankenhaus erteilt. Stadtverordneter Dohmann erhob lebhaftige Klage über die Verhältnisse bei dem letzten Brande der beiden Scheunen in der Chausseestraße, wovon eine derselben sein Eigentum war. Er meinte, es sei ihm mitgeteilt worden, daß der Zubringer, mit dem man das Wasser aus der Wochpöle für die Wasserwagen entnehme, zugefroren war und infolgedessen zu wenig Wasser beim Lösen verwendet worden wäre. Wenn man genügend Wasser zur Stelle gehabt hätte, könnte seine Scheune um keinen Fall vollständig ausgebrannt sein. Das Einfrieren des Zubringers wurde auch zugegeben, doch wurde bestritten, daß dadurch zu wenig Wasser auf der Brandstätte gewesen wäre. Im übrigen wäre eine dahingehende Untersuchung im Gange.

Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. In der am Freitag abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst der zum unbesoldeten Stadtrat gewählte bisherige Stadtverordnete Sanitätsrat Dr. Masius durch den Oberbürgermeister in sein neues Amt eingeführt. Sodann wurde eine Reihe Eats (Auguste-Viktoria-Krankenhaus, Armenverwaltung, Kaiser-Wilhelm-Stiftung, Straßenreinigung und Sprengung öff. Feuerwehre, Friedhofswartung, Französisches Stift, Schlachthausverwaltung usw.) für 1909 ohne Aenderung angenommen. Beim Etat Straßenreinigung und Sprengung hatte man Gelegenheit, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, um zu sehen, wie die Potsdamer Unternehmer Submissionen machen und kein Mittel scheuen, die Arbeit zu ergattern. Stadtr. Peters, welcher Fuhrherr ist und einer hier bestehenden Vereinigung von Fuhrherren angehört, beschwerte sich darüber, daß man in diesem Jahre die Spannung der Sprengwagen nicht ausgeschrieben sondern gleich den früheren beiden Fuhrherren belassen habe. Es handelt sich um ein Objekt von 80 000 M. Hierauf wurde ihm die Antwort, dies sei deshalb nicht geschehen, weil die dem Ring angehörenden Fuhrherren bei der früheren Ausschreibung einen ganz bedeutend höheren Preis wie die beiden dem Ring nicht angehörenden Unternehmer, welche zurzeit die Arbeit ausführen, gefordert und nachdem sie das Angebot dieser beiden erhalten, sich zu einem noch niedrigeren Preise als diese angeboten hätten. Dies Verhalten sei unschön. Für die neuen Schulzimmer in der 5. Gemeindegemeinde macht sich die Anschaffung von Inventar notwendig und bewilligte man hierzu 500 M. — 5000 M. wozu man für die Ausbesserung des Uferbohlwerkes am Schlachthof aus. — Für die Errichtung einer Rechtsanwaltskammer für Unbemittelte bewilligte man 25 M. zur Anschaffung von Materialien. Diesen Posten soll ein Beamter, welcher im Vorjahre einen Kursus auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung mitgemacht hat, nebenbei besorgen. Man gedenkt vorläufig an zwei Tagen einige Stunden diese Einrichtung in Funktion treten zu lassen. Auskunft erfolgt unentgeltlich, für Schriftstücke ist pro Seite eine Schreibgebühr von 10 Pf. zu entrichten. Hierbei bemerkte der Stadtr. Friedländer, daß diese Errichtung der Anwaltskammer zu begrüßen sei, zumal andere Parteien, und zwar die Sozialdemokraten, auf diesem Gebiete schon weit voraus seien. (Hier besteht bekanntlich in der Vödersstr. 4 eine Arbeiterkammerkassette, welche täglich außer Mittwoch und Sonntags abends von 6 bis 8 Uhr geöffnet ist und wo jedermann ohne Rücksicht auf Partei- oder Organisationsangehörigkeit Auskunft sowohl wie die Ausfertigung von Schriftstücken unentgeltlich erhält.) — Auf den Grundstücken Neue Kriegerstraße 26 und 27 soll ein städtischer Lado- und Lagerplatz errichtet werden. Die Summe hierzu in Höhe von 37 600 M. wurde bewilligt. Man will diese Arbeit gleich in Angriff nehmen und zum Teil als Notstandarbeit betrachten, da eine Anzahl Arbeitsloser vorhanden seien. So schön wie die Sache klingt, ist sie doch bedauerlich, denn in Potsdam Notstandsarbeiten ausführen heißt: sich auf Kosten der Arbeitslosen zu bereichern, und zwar deshalb, weil man für Notstandsarbeiten nur einen Tagelohn von 1,75 M. zahlt, also einen mahren Hungerlohn. — Die Leipziger Straße soll verbreitert werden. Hierbei mochte sich die Unterhandlung mit drei Grundstücksbesitzern zwecks Abgabe eines Streifen Landes notwendig. Während mit zwei derselben die Verhandlungen hierüber abgeschlossen sind, hat die Firma Jacobi (Mühle) derart hohe Preise gestellt, daß gegen sie das Enteignungsverfahren eingeleitet werden soll. — Die Säge für den Transport Kranker nach den Krankenhäusern sollen erhöht werden.

halb in seiner ganzen Ausdehnung in Brand, aus etwa 24 Fenstern loderten die Flammen mächtig empor, nur die Kellerräume sind verschont geblieben. Nach 10 Uhr wurden die ersten Löschzüge abgeholt. Unter der Leitung des Oberbrandinspektors Tromsdorf begannen dann die Ablöschungs- und Aufraumungsarbeiten, die viel Zeit in Anspruch nahmen. Leider ist die Lösung nicht ohne Unfall abgelaufen. Der Feuerwehmann Wieland erkrankte unter der Einwirkung des Rauches und mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Gleichzeitig kam in der Landsberger Straße 13, einem von 40 Parteien bewohnten Hause, aus unbekannter Ursache Feuer aus. Der 2. Zug mußte längere Zeit kräftig Wasser geben und wegen der großen Verqualmung eine große mechanische Leiter zum Angriff benutzen. Trotzdem konnte es aber nicht mehr verhindert werden, daß ein großer Teil des Daches mit dem Inhalt der Bodenverschläge ein Raub der Flammen wurden. Feuerwehmann Sawalla erlitt bei der Lösung Schnittwunden an den Händen, die ihm auf der nächsten Unfallstation verbunden wurden. Ferner hatte die Feuerwehr am Sonntag noch an mehreren anderen Stellen tüchtig zu tun.

Feuerwehrbericht. Die Berliner Feuerwehr hatte am Sonntag auch den schon gemeldeten Bränden noch eine größere Anzahl anderer zu löschen. U. a. einen großen Fabrikbrand nachmittags in der Köpenicker Straße 32a. Dort standen im Uebergange die Räume der Osnaabrücker Papierwarenfabrik in großer Ausdehnung in Flammen. Diese waren unbekannterweise im dritten Stock ausgekommen und hatten das dritte Stockwerk ergriffen. Die zweite Kompanie griff unter Leitung des Branddirektors Reichel mit drei Schlauchleitungen an und bemühte wegen der enormen Verqualmung durch das brennende Papierlager eine große mechanische Leiter zum Vorgehen. Durch kräftiges Wassergeben von Dampfstrahlen gelang es, eine weitere Ausdehnung des Brandes zu verhindern. Die 4. Kompanie hatte einen Wohnungsbrand in der Gartenstraße 64 zu löschen und wurde außerdem noch nach der Kiderstraße 182/33 (Meyers Hof, der von 1100 Personen bewohnt wird) gerufen. Fußböden und Wollen usw. brannten dort. Kurz vorher war in der Kriegerstr. 55 Feuer ausgekommen. Betten u. a. brannten dort. In der Köpenicker Str. 30 wurden Betten, Kleidungsstücke u. a. ein Raub der Flammen. Im linken Seitensügel Oeriswalder Str. 14 stand eine Kellervohnung in Flammen. Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Alten Jakobstr. 100 und 139 alarmiert. Es brannten dort Pumpen usw. im Keller, Puffloppen, Müll, Bretterwände u. a. Ferner wurde ein Brand aus der Alvenslebenstr. 7 (Bäckerei), Brenzlauer Allee 45, Biederfelder Str. 82, Am Friedrichshain 15, Vödderstraße, vom Kottbuser Ufer 32, Lothringer Str. 18, Chausseestr. 113, Anklamer Str. 24 usw. gemeldet.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Die schlechten Wohnverhältnisse der Fleischergesellen, der gewerbmäßigen Stellenwucher und die Verrücktheit dieser Zustände durch eine allgemeine Lohnbewegung lautete das Thema. Aber das Genosse Bergemann in einer von den Schlächtergesellen Schönebergs stark besuchten Versammlung referierte. An der Hand eines reichhaltigen Materials wies Redner nach, wie sehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schlächtergesellen einer Besserung bedürfen. Er schärfte kritisiert Bergemann den Stellenwucher, der namentlich in der gegenwärtigen Krise eine wahre Geißel für die Gesellen sei. Es wäre Sache der Regierung, diesen Menschenhandel der gewerbmäßigen Stellenvermittlung sowohl wie auch der Innungen zu verbieten. Da indes die Schlächtergesellen von der Regierung nichts zu erwarten haben, so sei es ihre Aufgabe, zur Selbsthilfe zu greifen. In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten allgemein geteilt. Von einer Lohnbewegung wurde noch Abstand genommen, jedoch der Vorstand beauftragt, den Schöneberger Meßern die zu fordernden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterbreiten. Eine spätere Versammlung soll sich mit der Antwort beschäftigen.

Köpenick.

Zur Stadtverordneten-Ergebniswahl. Auf die heute Dienstag von 3—7 Uhr stattfindende Stadtverordneten-Ergebniswahl der II. Abteilung, für die Genosse Otto Nidel aufgestellt ist, sei hiermit noch besonders hingewiesen. Unsere Gegner lassen es nicht an Anstrengungen fehlen, das Mandat für sich zu ergattern. Nachdem, wie bereits berichtet, die letzte Wählerversammlung, in welcher der Kandidat, Buchdruckermeister Ernst Nubien, aufgestellt werden sollte, wie das Hornberger Schießen auseinander ging, ist am Sonnabend früh einer Anzahl Wählern der II. Abteilung folgendes Zirkular zugeföhrt:

Köpenick, 5. Februar 1909.

Sehr geehrter Herr!

Auf Anregung von verschiedenen Seiten aus der Bürgerschaft ist beabsichtigt, den nebenstehenden Aufruf für die Stadtverordneten-Kandidatur des Herrn Nubien mit Unterschriften aus allen Bevölkerungskreisen an die Wählerschaft der II. Abteilung zu richten.

Wir erlauben uns daher die ergebene Anfrage, ob Sie geneigt sind, den anliegenden Aufruf mit zu unterzeichnen.

Falls Sie bis morgen vormittag 10 Uhr an den Unterzeichneten eine ablehnende Nachricht nicht gelangen lassen, nehmen wir an, daß der Aufruf mit Ihrer Unterschrift veröffentlicht werden darf.

Der Wahlaufruf

H. A.: Landrod, Grünauerstraße 38, Telephon 181.

Man sieht hieraus wieder einmal, in welcher unverfrorener Weise unsere Gegner vorgehen bei Ernennung ihrer Kandidaten. Es gilt deshalb doppelt auf dem Posten zu sein und deshalb wird jeder Parteigenosse, der in der zweiten Abteilung heute wahlberechtigt ist, aufgefordert, unter allen Umständen seine Schuldigkeit zu tun.

Johannisthal.

Die V. Fortschrittspartei in der Gemeindevorstellung verstärkt sich durch die Einführung des in der zweiten Klasse gewählten Gemeindevorstehers Mette um eine weitere Stimme.

Nach einem Vorschlag des Landrats ist es wünschenswert, diejenigen Wohnungen zu desinfizieren, die von Tuberkulosekranken bewohnt waren. Die Gemeindevorstellung lehnte es aber ab, das auf Gemeindegeldern zu tun, sondern will die Kosten den Hauswirten auferlegen. Unsere Genossen vertreten die Ansicht, daß die Hauswirte dann weniger Mittelteilung machen würden, um sich vor den Kosten zu drücken, wodurch wiederum der furchtbaren Seuche nur Vorhub geleistet würde.

Zur Arbeitslosenzählung am 18. Februar lag ein Antrag des Gemeindevorstehers und des Schöffens Annae vor, dies durch Hauslisten vorzunehmen, der Antrag wurde leider durch Majoritätsbeschluß abgelehnt und wird somit wieder auf Grund des Meldegesetzes im Rathaus gezählt werden, wozu zwei unserer arbeitslosen Genossen als Beisitzer fungieren werden.

Für unternommene Informationsreisen durch Gemeindevorsteher wurden 100 Mark bewilligt.

Reinickendorf-Ost.

Gemeindevorsteherwahl. Die am Freitag Patt-gefundene Gemeindevorsteherwahl beschäftigte sich zunächst mit dem Erwerb und Austausch verschiedener zum Ausbau einiger Straßen benötigten Grundstücke. Dem Lehrer Dösel wurden 100 M. als Beihilfe zum Besuch der Turnlehrerbildungsanstalt unter der Bedingung gewährt, daß er diese wieder zurückzahlen müsse, wenn er vor 5 Jahren seine Stellung bei der hiesigen Gemeinde aufgibt. Dem Verbands der gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen tritt die Gemeinde als korporatives Mitglied bei. Sodann wurde über den Erlaß einer neuen Freibankordnung verhandelt. Obgleich die zurzeit gültige erst vor



Dresden, 8. Februar. Die Elbe ist seit gestern Abend 9 Uhr, wo sie ihren Höchststand mit 3,79 Meter erreicht hatte, bis heute vormittag 10 Uhr um 30 Zentimeter gefallen.

Erfurt, 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Ab heute nachmittag wird der Betrieb von Frankenhäusern bis Göttingen wieder durchgeführt.

Brenzlau, 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Die Störung im Eisenbahn-Fahrbetrieb Swinemünde-Distrowitz ist beseitigt. Verkehr auf genannter Strecke von heute vormittag 9 Uhr in vollem Umfange aufgenommen.

Weihenfeld a. S., 8. Februar. Das ganze Saaleetal ist meterhoch überflutet. Mehrere Ortschaften auf der Straße von Weihenfeld sind bis 1 Meter unter Wasser gesetzt. Keller und Erdgeschosse sind mit Wasser gefüllt. 500 Mitglieder wurden im Badhotel während eines Vergnügens im Laufe der Nacht vom Hochwasser überrascht und abgeschnitten. Sie wurden heute mit Fischerkähnen gefahrlos gerettet. Der Schaden an Gebäuden und auf den Feldern ist ungeheuer. Das Wasser steigt langsam.

Köln, 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Der Personenverkehr auf der Strecke Köln-Niederlahnstein vom 8. Februar morgens ab ist bis auf weiteres von Köln bis Fahr durch Umsteigen an der Hauptbrücke zwischen Troisdorf und Friedrich-Wilhelmsbrücke aufgenommen. Von der Umsteigestelle bis Fahr verkehren die Personenzüge Nummer 306, 300, 308, 332, 310, 312, 314, 316 und 302, sowie 320 bis Linz und 322 von Linz, ferner von Fahr bis zur Umsteigestelle bei Friedrich-Wilhelmsbrücke die Züge 301, 303, 305, 323, 309, 333, 311, 313 und 315. Anschlüsse nach und von Köln werden an der Umsteigestelle durch die Züge 306, 308, 332, 310, 312, 326, 316, 302, 301, 303, 305, 323, 300, 333, 311, 313 und 315 vermittelt. Bis Reutewitz und Engers und zwischen Wendorf und Niederlahnstein verkehren alle fahrplanmäßigen Personenzüge. Der Trajektbetrieb zwischen Bonn und Ober-Rosfel ist für den Personenverkehr vom 8. Februar ab bis auf weiteres eingestellt worden.

Essen (Ruhr), 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Der Personen- und Güterverkehr auf dem Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck ist in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Neuwitz, 8. Februar. (Amtliche Meldung.) Die durch Hochwasser verursachte Betriebsstörung zwischen Reiterfen-Puderbach ist beseitigt und der durchgehende Personenverkehr von Siershahn nach Altenkirchen wieder aufgenommen.

Frankfurt a. M., 8. Februar. Der Wasserstand des Rheins erreichte hier heute nachmittags 2 Uhr 5,91 Meter, etwa 1 Meter höher als der Höchststand vom Sonnabend. Die niedrig gelegenen Straßen

der Altstadt, insbesondere die Schlichthausgasse, die Kleine Fischer- gasse und die Weggergasse stehen meterhoch unter Wasser. Auf dem Römerberg reicht die Ueberschwemmung bis zur Nikolaikirche.

Frankfurt a. M., 8. Februar. Die erneute Hochwasserwelle des Rheins hat nachmittags um 5 Uhr mit dem Höchststand von 5,95 den Stillstand erreicht. Das Fallen des Wassers wird erwartet.

Wetzlar, 8. Februar. Die Stadt steht vollständig unter Wasser. Mehrere Einwohner der ersten Stöße mußten ihre Wohnungen räumen. Das Wasser steigt fortwährend.

Bergmannsdorf. Auf Hebe Maximilian bei Hamm sind bei einem Durchbruch eines Kohlenlotens fünf Mann im Querschicht verschüttet. Einer ist schwer verletzt, vier tot, von denen zwei noch nicht geborgen sind.

Zwei Knaben ertrunken. Wie eine Meldung aus Meer in Ostfriesland besagt, brachen am Sonntagnachmittag im Hafen drei Knaben im Eise ein. Einer davon konnte gerettet werden, während die beiden anderen, die 9 und 12 Jahre alten Söhne eines Zimmermannes, ertranken.

Explosion. Nach einer Meldung aus Nordenhamm explodierte dort gestern mittag 1 Uhr ein Petroleumtank der Benzulinlagerungs- gesellschaft m. b. H. Wigen. In kurzen Zwischenräumen explodierten zwei weitere Tanks. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt.

Eine folgenschwere Pulver- und Dynamitexplosion. Aus Ranch wird gemeldet, daß in dem Sprengstoffmagazin der Bergwerke von Lucquegnieu bei Briey eine große Menge Pulver und Dynamit sowie mehrere tausend Fässer explodierten. Sechs Arbeiter wurden getötet, das Gebäude wurde vollständig zerstört. Die Fenster Scheiben sämtlicher Gauhäuser der Umgebung wurden zertrümmert.

Witterungsbericht vom 8. Februar 1909, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Temperatur, Windrichtung, Wolkendeckung. Lists stations like Emswende, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien and their weather conditions.

Wetterprognose für Dienstag, den 9. Februar 1909. Mittels etwas neblig, vorwiegend heiter und trocken bei schwachen südlichen Winden; nachts mäßig strenger Frost, am Mittag ziemlich mild.

Eingegangene Druckschriften.

Die deutsche Textilindustrie. Von Dr. R. Waffernann. 550 R. Lander u. Quindler, Leipzig. Vereins- und Versammlungsbuch. Von G. Weins. 25 Pf. W. Pfannhag u. Co., Magdeburg.

Kunstlicher Marktbericht der kaiserlichen Marktkauf-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktblätern. Markttag: Fleisch: Futur kurz, Geschäft flau, Preise für Rind- und Schweinefleisch ansehnlich, Hammelfleisch nachgebend. Wild: Futur genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Geflügel: Futur genügend, Geschäft rege, Preise befriedigend. Fisch: Futur mäßig, Geschäft etwas lebhaft, Preise wenig verändert. Getreide und Mehl: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Futur genügend, Geschäft flau, Preise behauptet.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, Wasserstand, am, seit. Lists water levels for various locations like Weisel, Regal, Weisel, etc.

\*) und bedeutet Hoch, -) und -) Unterbeleg, -) Höchststand, -) Grundbeleg, -) Starker Eisgang, -) Schwacher Eisgang. Bis 12 Uhr mittags des 7. auf 604 cm gefallen. Der höchste Wasserstand: 540 cm trat am 6. um 10 Uhr vor- mittags ein. Nach telegraphischen Meldungen vom Montag ist die Elbe bei Reimnitz bereits auf 308 cm gefallen. Bei Dresden wurde der höchste Wasserstand am Sonntag mit 370 cm erreicht und betrug er am Montagmorgen nur noch 360 cm. Bei Borsig herrscht Eisgang und ist der Wasserstand noch auf 433 cm gefallen. Am Vegel zu Torgau wird nach neuester Schätzung ein höchster Wasserstand von ungefähr 6 m erwartet, das wäre reichlich 1 m weniger als der überhaupt dort bisher bei eckreinem Wasser je gemessene höchste Stand betrug, würde jedoch immer noch einem Hochwasser von mehr als mittlerer Stärke entsprechen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 9. Februar: Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Fidelio. Königl. Schauspielhaus. Des. Der Deutsche. Die Lehrerin. Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Hamlet. Anfang 8 Uhr. Lessing. Der König. Komische Oper. Die Land. Berliner. Einer von unsrer Zeit. Neues. Die fremde Frau. Kleines. Moral. Heddel. Revolutionshochzeit. Lustspielhaus. Seine kleine Freundin. Heibel-Theater. Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Der tapfere Soldat. Revolutionshochzeit. Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall. DERNHARD ROSE THEATER. Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das Warenhaus-Fräulein. Wochentagspreise. Mittwoch: Die Räuber. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Der siegende Berliner. Mittwoch Gastspiel: Anna Schramm: Der Störenfried und: Die Dienstboten. Donnerstag: Die Räuber. Freitag: Das Mädchen a. Fernwegen. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Rotkäppchen. Abends: Die Obere. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Kinder des Kapitän Grant. Abends: Das Mädchen auf Fernwegen. Montag: Hochholler. Rixdorfer Theater. Bergstraße 147. Mittwoch, den 10. Februar 1909: Hedda Gabler. Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Anfang 8 Uhr. Apollo Theater. Hedi Herdina, Gobert Belling, Maria Vinent, Herbert Loyd, Onkel Casimir. Hedi Herdina, Gobert Belling, Maria Vinent, Herbert Loyd, Onkel Casimir. Hedi Herdina, Gobert Belling, Maria Vinent, Herbert Loyd, Onkel Casimir.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr. Die fremde Frau. (La femme X...)

Theater des Westens.

Abend 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr: Seine kleine Freundin.

Heibel-Theater.

Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Der tapfere Soldat. Revolutionshochzeit.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

DERNHARD ROSE THEATER.

Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: Das Warenhaus-Fräulein. Wochentagspreise. Mittwoch: Die Räuber.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Der siegende Berliner. Mittwoch Gastspiel: Anna Schramm: Der Störenfried und: Die Dienstboten.

Rixdorfer Theater.

Bergstraße 147. Mittwoch, den 10. Februar 1909: Hedda Gabler. Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Anfang 8 Uhr.

Apollo Theater.

Hedi Herdina, Gobert Belling, Maria Vinent, Herbert Loyd, Onkel Casimir.

Lessing-Theater.

Dienstag: Der König. Mittwoch: Der König. Donnerstag: Der König.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Einer von unsrer Leut'. Morgen: Einer von unsrer Leut'.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelle.“ Schwanz in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.

Schiller-Theater.

O. (Wallner-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Ein Volksfeind. Mittwoch, abends 8 Uhr: Komtesse Guckerl. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ein Volksfeind.

Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Das Erbe. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das kleine Heim. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Erbe.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108-114

Täglich: Original bayerisches Bockbierfest. Original Riesen-Alpen-Dekoration. Sensationelle Original-Prämierungen.

Jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Große Tanz-Reunion. Heute Dienstag, den 9. Februar 1909, Elftag: Prämierung der modernsten Damenfrisur. 3 Barpreise: 50 Mark, 30 Mark, 20 Mark.

Das Preisrichteramt haben gütigst einige Herren vom Fach - unter freundlichem Vorsitz des Herrn Obermeisters H. Leopold - übernommen. Meldungen 8-10 Uhr an der Kasse. Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr. Entree 30 Pf., Sonntags 50 Pf.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Von Abbazia bis Korfu. Hörsaal 8 Uhr: Dr. M. Gruner: Island: Bilder von einer naturwissenschaftlichen Studienreise.

Melropol-Theater.

Täglich 8 Uhr: Donnerwetter - tadellos! Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie: Direktor Schultz. Nassary - Perry Holden - Bender Glampietro - Kettner Pfann - Theischer.

Passage-Theater.

Anna Müller-Lincke Robert Koppel und das grandiose Februar-Variété-Programm. Ab Donnerstag, 12. Febr.: Kurzes Gastsp. von Mdm. Hanako Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble. Keine erhöhten Preise!

Bürgerliches Schauspielhaus.

Rohlsden-Allee 7-9. Im Abonnement. Der Goldbauer. Schauspiel in 4 Akten v. Ulrich Weisler. Anfang 8 1/2 Uhr. Mittwoch, 10. Februar: Reiter Opernabend: Undine.

Passage-Panoptikum.

Neu! Neu! Singhalesen-Gaukler-Truppe in ihr. wilden Heimatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Sensationell! Rußland. Aktuell! Rußland. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräberl.

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Theater Variété Brillant.

(City-Passage) Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3 Täglich: Kulturen von nur ersten Spezialitäten bei günstigem freien Entree, am Sonntag, Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: Gr. Freitanz, Kinematograph.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Außerordentlich große Vorstellung. Die Sensation des Tages: Tiberio.

ber moderne Herkules als Münzenbrocher, dessen Arme 2 Ge- spause nicht auseinander- ziehen können. Ringkampf mit dem Stier Pael das Weltwunder.

Die Waffenschmiede. Das boxende Känguruh. Die bezaubernde Kuchentanz-pantomime. Golo, der Seeräuber.

Gastspiel-Theater.

Köpenicker Straße 69. 8 Uhr: Gastspiel Hedwig Lango. Der Hüttenbesitzer.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Baumstr. 16. Zopf und Schwert. Historisches Lustspiel von Gutzkow. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf. Donnerstag: Blau, die 2. Frau. Sonnabend Extrav. Premiere: Ministerkränze.

Passage-Theater.

Anna Müller-Lincke Robert Koppel und das grandiose Februar-Variété-Programm. Ab Donnerstag, 12. Febr.: Kurzes Gastsp. von Mdm. Hanako Japans größte Schauspielerin, mit ihrem Ensemble. Keine erhöhten Preise!

Bürgerliches Schauspielhaus.

Rohlsden-Allee 7-9. Im Abonnement. Der Goldbauer. Schauspiel in 4 Akten v. Ulrich Weisler. Anfang 8 1/2 Uhr. Mittwoch, 10. Februar: Reiter Opernabend: Undine.

Passage-Panoptikum.

Neu! Neu! Singhalesen-Gaukler-Truppe in ihr. wilden Heimatstreifen Salome, das blaue Weib. Alles ohne Extra-Entree.

Casino-Theater.

Lehringstr. 37. Täglich 8 Uhr. Sensationell! Rußland. Aktuell! Rußland. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräberl.

Parodie-Theater.

Dresdenerstr. 97. Anf. 7 1/2 Uhr. Täglich: Der geschundene Raubritter.

Theater Variété Brillant.

(City-Passage) Dresdener Str. 52/3 Annenst. 42/3 Täglich: Kulturen von nur ersten Spezialitäten bei günstigem freien Entree, am Sonntag, Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: Gr. Freitanz, Kinematograph.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Heute Dienstag, abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Vorstellung. Um ca. 9 Uhr: Auftreten des weltberühmten Konsul Peter!

Die Vieilles! Olympia Dervall! Ferner: Herr Burkhards-Booth, Schütze. Herr E. Schumanns Reitkunst. Jeanne u. Raneli, Reitanfänger. Um ca. 9 1/2 Uhr: Auswanderer! sowie das große Programm!

Walhalla-Variété-Theater.

Weinbergweg 19-20, Rosenthal. Tor. Anfang 8 Uhr. Die neuen Februar-Spezialitäten. Im Tunnel: Bockdie rief. Regimentskap. Theaterbel. freien Eintritt.

Königstadt-Kasino.

Salzmarktstr. 72. Täglich: Konzerte, Theater und Spezialitäten-Vorstellung. Auftreten erstklassiger Kräfte.

Franz Sobanski.

Engel Ohlitz. - Tor de Diag. Lola Strilla. - Am und Jam. Hosen-Erfolg! Liebfrauenmilch. Operette in 1 Akt. Anf. d. Vorst. 8. Sonntags 6 1/2 Uhr.

Fröbels.

Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Dienstag, den 9. Februar 1909: Minna von Barnhelm. Lustspiel in 5 Akten von G. E. Lessing. Stoffentwurf 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Berliner Eis-Palast.

Ständige Eisbahn. Bis nachts 12 Uhr geöffnet. Konzert und Kunstlaufen.

Folies Caprice.

Zum 61. Male: Ein lediger Chemann. Anfang 8 1/2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger. Zum Schluss: Der Kompagnieball. Historische Humoreske von Meynel. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.



**Sanssouci, Kottbuser**  
 Straße 6.  
 Direktion Wilhelm Reimer.  
 Erste Dienstag: Theaterabend.  
 Juni 1. Male:  
**Dorf und Stadt.**  
 Schauspiel in 5 Akten mit  
 einem Vorspiel: 's Loria  
 von Carl Birch-Helfffer.  
 Sonntag, Montag,  
 Donnerstag:  
**Kottmanns Nord. Sänger  
 u. Tanzkränzchen.**  
 Beg. Sonntag 8. wochent. 8 U.  
 Donnerstag: Or. Elite-Soiree.  
 Tanz.

**Palast-Theater**  
 Burgstraße 21, 2 Minuten vom  
 Bahnhof Bödse.  
 Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
 Das gänzlich neue  
**Februar-Programm.**  
**12 Debüts 12**  
 Ren! Ren!  
**Der arme Kasimir.**  
 Schraut in 1 Akt v. Schmidt-Hamling.  
 Familienleben, auf allen  
 Stufen halbe Erelie, nur  
 an Wochentagen gütlich,  
 überall gratis zu haben.

**Gustav Behrens-Theater.**  
 Goltzstr. 9.  
 Das vorzügliche Februar-  
 Programm.  
**Schlager auf Schlager.**  
 U. a.: Ren!  
**Tobias Brautfahrt.**  
 Komische Operette  
 und die übrigen erstklassigen  
 Spezialitäten.  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neuest. Katalog  
 u. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.  
 H. Unger, Gummiwarenfabrik  
 Berlin NW., Friedrichstraße 61/62

Von 9-7 Uhr geöffnet.

# Umsonst

gebe ich wiederum in allen meinen Geschäften  
**bis Sonntag, den 28. Februar inkl.**  
 meine so sehr beliebten

## Vergrößerungen

(Bromsilber 30x36 mit eleganter Aufmachung)  
 tadellos ausgeführt, jedem, der sich in dieser Zeit  
 eine Aufnahme bestellt

12 Visites glänzend 1.80, matt 4.00 M.  
 12 Kabinetts „ 4.80, „ 8.00 M.

**Berlin:**  
 Friedrichstr. 108  
 neb. Passago-Kaufh.  
 Friedrichstr. 138  
 vis-à-vis Kom. Oper,  
 Königstraße 52  
 vis-à-vis Rathaus,  
 Rosenthaler Str. 72a  
 am Rosenthaler Tor.  
**Schöneberg:**  
 Hauptstraße 19.

**Photographie**  
**J. Fuchs**

Bei eintretender Dunkelheit tadelloser Aufnahmen mit künstl. Licht.

### Verbrauchte Nerven

kräftigt man durch Gebrauch von **HYGIOPON**,  
 dem neuen auf elektrischem Wege hergestellten  
 Eisenpräparat. Hygiopon wird von ärztlichen Autori-  
 täten als hervorragendstes Kräftigungsmittel warm  
 empfohlen; es regt den Appetit intensiv an. —  
 Originalflaschen M. 1,75 und M. 3,— in den  
 Apotheken erhältlich.  
 General-Depot für Deutschland:  
**Dr. Wasserschlag, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.**

## Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
**Wolle-Reste! Hoquetts.**  
**Plüsch-Satteltaschen.**  
 Muster b. n. h. Angabe franko.  
**Emil Lefèvre, Berlin, 158.**  
 Oranienstr.

Vortrefflich angesprochen.  
 Herr Wilhelm Brannmann, Dresden-2,  
 für 'Cacao' hat vortrefflich ange-  
 sprochen. Unter 500, 4 Jahre alt, aber  
 sehr schön, mag fast nichts anderes,  
 und bitte ich Sie höchst um Zusendung  
 von 20 Tabletten Cacao.  
 Sommerstr. 10, Dorschemm. 28, Febr. 08.  
 Julius Großkopf, Wulst.  
 Cacao ist in 1/2, 1/4, 1/8-Portionen zu 1.—,  
 1/2, 1/4, 1/8-Portionen zu 20 Cents durch alle  
 einlässl. Geschäfte zu beziehen.

### Leihhaus

Gegenhehlskäufe vorfall. Gold-  
 und Silbersachen, Brillanten etc.  
 Seit 25 Jahren Prinzenstr. 28 1  
 Ecke Ritterstr.

**Bruch-Pollmann**  
 empfiehlt sein Lager in Bruch-  
 bandagen, Leibbinden, Ge-  
 radhalter, Spritzen, Suspensionen  
 sowie sämtliche Artikel zur Kranken-  
 pflege. Eigene Werkstatt. Lieferant  
 für Ord- und Hilfs-Krankenkassen.  
 Berlin N.,  
 jetzt Lothringer Straße 60.  
 Alle Bruchbänder mit elastischen Ge-  
 löten, angenehm u. weich am Körper.  
 Preisverzeichnis

**wäscht**  
 S. promptester Lieferung u. schonend-  
 ster Behandlung der Wäsche  
**Dampf-Wäscherei Schneewittchen**  
 Weissenhof, Friedrichstr. 39/40.  
 Telefon: Weissenhof 303.

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für 56282\*  
**Haut- und Harnleiden,  
 Frauenkrankheiten.**  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

## Deutscher Kürschner-Verband

Filliale Berlin.  
 Bureau und Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21. Tel.: Amt VII 6789.  
 Donnerstag, den 11. Februar 1909, abends 8 Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 im „Alten Schützenhaus“, Linienstr. 5.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Verbandstag in Nürnberg und Stellung der Anträge dazu.  
 2. Wahl der Delegierten zum Verbandstage.  
 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.  
 Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.  
 Donnerstag, den 11. Februar 1909, abends 8 Uhr, bei Boeker,  
 Weberstraße 17:  
**General-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Stadtverordneten Genossen Hermann Schubert über:  
 „Die Bildungshäute des Volkes in Preußen.“ — Abrechnung vom dritten  
 Quartal 1908. — Reumacht der Ortsverwaltung. 73/2  
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Robert Voigt

**Achtung! Vereine, Gewerkschaften!**  
**Voigts Krampenburg, Berliner Alpen,**  
 gegenüber von Schmiedisch, am Fuße der Müggelberge, inmitten  
 der drei herrlichsten märkischen Seen gelegen.  
**Größtes Ausflugslokal. Aussichtsturm** mit herrlicher Fernsicht  
 auf das ganze Dahmeetal. Zur Unterhaltung der Kinder: **Kasperle-  
 Theater und Eselgespann** kostenlos. — Jeweils Abende zu  
 Dampfpartien erlaube die geehrten Vorstände um baldige Werbung;  
 komme auf Wunsch auch ins benachbarte Sitzungshaus.  
 Hochachtungsvoll  
 1052\*  
 Tel.: Amt Köpenick Nr. 227.

## Carmen Sylva

Cigaretten  
**Beste Qualitäten**

## Calmon's Hansa

leichte, schmiegsame  
**Gummischuhe**  
 aus feinstem Gummi hergestellt,  
 besonders widerstandsfähig.  
 Wir haften für die  
 Güte jedes Paares.  
 Fordern Sie neues Musterbuch V

## Salamander

Schuhes. m. b. H., Berlin  
 Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182  
 C. Königstr. 47  
 SW, Friedrichstr. 221  
 C. Rosenthalerstr. 1  
 W. Potsdamerstr. 5  
 NW, Wilsnackerstr.  
 Ecke Turmstr. 9  
 W. Tauentzienstr. 15  
 Einheitspreis  
 für Damen M. 3.50  
 für Herren M. 4.50

## MANOLI Cigarettes

Abbas 3 Pf. Chic 4 Pf. Gibson Girl 5 Pf.

## Würzburger Hühneraugenmittel

von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anwendung frei.  
 Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
 fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen  
 Hanfextrakt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
 In Berlin (SW 11): Salomon-Apotheka, Charlottenstraße 51. Groß-  
 Apotheka, Barnimstraße 33. — Wilmers: Schützen-Apotheka. — Grunt-  
 apoth: Hirsch-Apotheka. — Dresden: Victoria-Apotheka. 110/1\*

## Reichel's echter Wacholder-Extrakt

Marko „Medico“  
 wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,  
 Nierenschmerzen, Magenbeschwerden, Frauenleiden, Blasen-  
 und Nierenleiden, Hustenleiden, Asthma u. gebraucht, in kleinen  
 Dosen auf Brust und Lunge, treibt Gichtausgänge aus dem Körper,  
 regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel  
 sonderergleichen. Unerreicht in seiner, für alle Teile des Organismus  
 möglichen Wirkung. Tausende danken ihm ihre Gesundheit!  
 Garantiert rein und unverfälscht nur in Flaschen mit Marke  
 „Medico“ & 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Flasche M. 6.—,  
 einzig echt von  
**Otto Reichel, Berlin 50.43, P.-Anschlüsse**  
 Eisenbahnstr. 4, IV. 4751, 4752, 4753.  
 So in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus.  
 Warnung: Man verlange aus-  
 drücklich Marke **Medico** und nehme keinesfalls  
 andere Fälschungen.

Allen Bekannten und Freunden  
 die traurige Nachricht, daß am  
 7. Februar mein lieber Mann,  
 unser guter Vater, Bruder, Onkel  
 und Schwager, der Gastwirt  
**Otto Linde**  
 im 40. Lebensjahre nach kurzem  
 Leiden verstorben ist.  
 Dies zeigen an im Namen der  
 Hinterbliebenen  
**Berta Linde geb. Fischer**  
 1062 nicht Kindern.  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 10. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Krankenhauses Westend, aus  
 statt.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

**Todesanzeige.**  
 Am 7. Februar verstarb plötzlich  
 unser langjähriger Genosse, der  
 Gastwirt  
**Otto Linde**  
 Felsenheimer Str. 11 — Gruppe 5.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 10. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Krankenhauses Westend aus  
 statt. — Die Parteigenossen treffen  
 sich um 3 Uhr im Volkshaus.  
 Regte Beteiligung erwartet.  
**Der Vorstand.**

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Charlottenburg.  
 Den Mitgliedern hiermit zur  
 Nachricht, daß unser Kollege  
**Otto Linde**  
 am Sonntag, den 7. Februar,  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 10. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Krankenhauses Westend aus  
 statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 78/18 Die Ortsverwaltung.

## Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Ortsverwaltung Charlottenburg.  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß  
 unser Mitglied, der Gastwirt  
**Otto Linde**  
 am 7. Februar nach kurzem Leiden  
 an Lungenerkrankung und Herz-  
 schwäche verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet morgen  
 Mittwoch, den 10. d. Mts., nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle  
 des Krankenhauses Westend aus  
 statt.  
 Um recht rege Beteiligung wird  
 gebeten 74/6  
**Die Ortsverwaltung.**

## Sozialdemokrat. Wahlverein Köpenick.

**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß der Genosse, Schuhmacher-  
 meister  
**Albert Buchholz**  
 am 31. Januar im Kreisfranken-  
 haus zu Orst verstorben ist. Er  
 war stets ein eifriger und pflicht-  
 getreuer Parteigenosse, einer von  
 den alten, erprobten Genossen,  
 welcher unter dem Sozialkämpfer mit-  
 kämpfte. 202/10  
**Ehre seinem Andenken!**  
**Der Vorstand.**

## Freie Volkshöhne Charlottenburg.

**General-Versammlung**  
 Mittwoch, den 17. Februar,  
 abends 8 Uhr,  
 im Volkshaus Charlottenburg.  
 Nur Mitglieder haben Zutritt!  
 Kein Mitglied sollte fehlen!  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag von Fritz Biesch über  
 „Lolli, Gocki und Jola“. 2. Ver-  
 waltungs- und Kassenericht, Bericht  
 der Revisoren, Anträge des Vor-  
 standes auf Statutenänderung.  
 3. Wahl der Funktionäre für das  
 neue Geschäftsjahr. 4. Verschiedenes.  
**Rames des Vorstandes**  
 281/10 Dr. Umbheimer, Vorstands.

## Möbelfabrik Zukunft

(G. S. m. b. H.)  
 Sonntag, den 28. Februar cr.,  
 nachmittags 2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Krüger,  
 Weidenweg 61:  
**General-Versammlung**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Bilanz. 2. Rechnungen. 3. Ver-  
 schiedenes. **Der Vorstand.**  
**Blumen- und Franzbinderei**  
 von Robert Meyer,  
 nur Mariannen-Straße 2.

## Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Strelitzer Viertel.  
 Bezirk Nr. 838.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse, der Tischler  
**Gustav Sand**  
 Königsberger Str. 2  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 10. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 215/13 **Der Vorstand.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis

Landberger Viertel.  
 Bezirk Nr. 406 Teil II.  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Genosse der Kolleger  
**Ludwig Rekkitt**  
 Ebelingstr. 7, 215/12  
 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 9. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Zentral-Friedhofes in  
 Friedrichsfelde aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

## Todes-Anzeige.

Am 6. Februar cr., vormittags  
 10 1/2 Uhr, entschlief sanft nach  
 schwerem Leiden mein lieber Mann  
 und guter Vater, Sohn, Bruder,  
 Schwager und Onkel, der Reli-  
 quaireur  
**Hugo Joost**  
 im 46. Lebensjahre.  
 Um stille Teilnahme bitten  
 Die trauernden Hinterbliebenen  
**Marta Joost**  
 geb. Drescher als Frau  
**Marie Joost**  
 als Tochter.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch,  
 nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
 Halle des Elisabeth-Friedhofes,  
 Brinjen-Allee, aus statt. 0155

## Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 6. Februar verstarb unser  
 Mitglied, der Gastwirt  
**Hugo Joost**  
 Hofstr. 33.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 10. Februar, nach-  
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
 Halle des Elisabeth-Friedhofes,  
 Brinjen-Allee, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 224/14 **Der Vorstand.**

## Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneiche und Umgegend.

Am 6. Februar verstarb nach  
 langem Leiden an der Grol-  
 tarienkrankheit unser Mitglied  
**Karl Schellenberger**  
 in Rahsdorf Mühle.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung findet am  
 Dienstag, den 9. Februar, nach-  
 mittags 4 Uhr, von der Wohnung,  
 Mühlweg, aus statt. 238/3  
 Regte Beteiligung erwartet  
**Der Vorstand.**

## Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Filliale Berlin II.  
**Nachruf.**  
 Am 4. Februar starb unser  
 Kollege  
**Franz Müller**  
 im Alter von 40 Jahren an  
 Lungenleiden.  
**Ehre seinem Andenken!**  
 Die Beerdigung hat bereits statt-  
 gefunden.  
 171/2 **Die Ortsverwaltung.**

Hiermit allen Kollegen und  
 Bekannten zur Nachricht, daß  
 mein Freund und Lehrkollege, der  
 Schriftföher  
**Paul Zenker**  
 am Sonntag durch Stürzen im  
 Regeler See seinen Tod fand.  
**Ehre seinem Andenken!**  
**Arnold Sander.**

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4



Parteilgenossen!

In der Freitag-Nummer des „Vorwärts“ war in dem Artikel über die Arbeitslosenzählung vermerkt, daß die ausgefüllten Zählkarten nach der Buchdruckerei Vorwärts, Lindenstraße 69, gebracht werden sollen.

Im übrigen verweisen wir auf unsere Veröffentlichung am Freitag, den 12. Februar.

Der Verband sozialdem. Wahlvereine. Berliner Gewerkschaftskommission.

Versammlungen.

Zur Protestbewegung gegen die Tabaksteuervorlage.

Eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung, die am Freitag bei Wille in der Brunnenstraße stattfand, nahm den Bericht entgegen über den allgemeinen Tabakarbeiterkongress, der vom 18. bis zum 20. Januar in Berlin tagte.

elende Lage der Tabakarbeiterschaft und über die furchtbaren Wirkungen, die die neue Tabaksteuervorlage zur Folge haben muß, gefagt worden ist, klang nun in den Ausführungen der Berichtserstatter wider, die auch lebhaft die Empörung zum Ausdruck brachten, die die gesamte Tabakarbeiterschaft über das ungeheuerliche Attentat auf ihre Existenz durchlebt.

„Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Berliner Delegierten, sowie mit den Verhandlungen des Kongresses der Tabakarbeiter Deutschlands und die dort angenommene Resolution einverstanden.“

sich, mit allen Kräften für die Ausbreitung und Befestigung der Organisation zu wirken.“

Im zweiten Punkt der Tagesordnung: „Neue den Tabakarbeitern erwachende Aufgaben“, führte Börner aus, daß die Zentralkommission der Tabakarbeiterschaft Deutschlands eine Massenprotesteingabe gegen die Tabaksteuervorlage verbroitet hat, und daß wahrscheinlich schon in der nächsten Woche mit der Sammlung von Unterschriften begonnen werden soll.

Lachmann & Scholz

Thurmstr. 76

Ottostr. 1



Sonder.

für

95 Pfg.

Angebote

Verlangen Sie Rabatt-Marken

Viele von den Artikeln können nicht ergänzt werden, wenn das vorhandene Quantum vergriffen. Verkauf nicht an Wiederverkäufer!

Dieser Verkauf ist bekannt als eine eigenartige Gelegenheit, gute Waren zu aussergewöhnlich billigen Preisen einzukaufen!

Die annoncierten Artikel stellen nur einen Auszug aus den einzelnen Abteilungen dar. An jedem Laster ist eine grosse Auswahl von 95 Pfg.-Artikeln vorhanden. Wir machen noch besonders auf unsere Schaufensterdekoration aufmerksam.

- 1 Spachtel-Garnitur Krag. u. Mansch. . 95 Pf.
1 Spachtel-Kragen grosse Passon . 95
1 Matrosen-Spachtel-Kragen . 95
1 Tüll Jabot mit Faltenkragen . 95
1 Spachtel-Passe versch. Fassons . 95
1 Auto-Schal ca. 30 cm br. mit Franze . 95
1 Ball-Schal mit Chenille, Seide . 95
1 Damast-Kopfkissen-Bezug . 95
1 seid. Gummigürtel m. Kopfschloss . 95
4 1/2 Mtr. Stickerel ca. 8-10 cm breit Coupon . 95
4 1/2 Mtr. Spachtelinsätze Coupon . 95
3 1/2 Mtr. Zwirnspitze oder Einsätze Coupon . 95
11 Mtr. Valenciennespitze Coupon . 95
Tüllstoff für Blusen . per Mtr. 95
1 seid. Taschentuch mit Spitze f. Braut oder Einsatz . 95
6 Stück seidene Wäschebänder verstellbar . 95
12 St. seid. Haarbänder verschied. Farb. . 95
1 Korsett grau Drell mit Spiral . Stück 95
1 Korsett versch. Farb., gebäumt, halbhoch . 95
1 Stickerel-Untertafel mit Banddurchz. . 95
1 Paar Filz-Pantoff. mit Ledersohle für Damen u. Herren . 95
1 Paar Filz- oder Stoff-Pantoffel mit Ledersohle für Herren . 95
1 Paar Filz-Pantoffel m. schwarz. Filzsohle für Herren . 95
1 Paar Filz-Pantoffel mit Linoleumschle für Damen . 95
2 Paar Filz-Pantoffel für Damen . 95
1 Paar Filzschuhe für Kinder . 95
2 Paar Filz-Pantoffeln für Kinder . 95
1 eiserner Schmortopf . 95
1 Satz email. Schlüssel 4 teilig . 95
1 geschliffene Bierkanne . 95
12 Bierbecher mit Bordüre . 95
1 Damen-Halbreform- oder Reform-Hängeschürze . 95
1 Kinder-Reformhänger ca. 45-70 cm lang, weiss, schwarz oder couleur . 95
1 Hausschürze mit Volant und Tasche schwarz, weiss oder bunt . 95
2 weisse oder coul. Tändelschürzen mit Besatz . 95
1 Teeschürze couleur, mit Tasche, eleg. Ausführung . 95

- 1 Miederschürze mit Träger, hübsch bes. . 95 Pf.
2 Knabenschürzen m. Tasche, 4 versch. Größen . 95
1 Blaudruck-Küchenschürze grosse Muster-Auswahl . 95
2 Mtr. Dowlas 130 cm, zum Laken . 95
2 1/2 Mtr. Piqué-Barchent . 95
3 Mtr. Molton . 95
1 Barchent-Bettlaken . 95
1 Rolltuch mit eingewebter Kante . 95
10 Stck. Pollertücher . 95
12 Stck. Staubtücher . 95
3 Stck. Gerstenkornhandt. . 95
3 Stck. prima Drell-Handtücher . 95
6 Stck. Wischtücher . 95
2 1/2 Mtr. Schottenstoffe . 95
2 1/2 Mtr. Elsasser Velour . 95
1 Tischläufer gezeichnet . 95
1 Leinendecke gezeichnet . 95
1 Nachttasche gezeichnet . 95
2 Nachttischdecken gezeichnet . 95
1 Wäschebeutel gezeichnet . 95
1 Schlafdecke eutig u. meliert, m. Bordüre . 95
1 Portieren-Shawl ca. 2 1/2 Mtr. lg., gestr. . 95
2 1/2 Mtr. Läuferstoffe schön gestreift, gute Ware . 95
1 Lambrequin F. Tuch, reich bekurbelt und appliziert . 95
1 Bettvorleger Perser, imit. 50x100 gross . 95
2 1/2 Mtr. Möbel-Köper gute Ware, neue Muster . 95
1 Kommodendecke F. Tuch mit Applikation . 95
1 Fenster 5 Mtr. Tüll-Gardinen . 95
2 Erststil Scheib.-Schleier . 95
6 Esslöffel, 6 Teelöffel . 95
1 Rosshaarbesen mit poliertem Stiel . 95
1 Emaille-Mülleimer mit Aufschrift . 95
1 grosser Wasserkessel . 95
8 St. Battisttücher bunt gemust. Kante . 95
6 St. Herrantücher 1/2 leinen, bunt . 95
1 Teeschürze weiss, gemust. Battist mit Stickerel-Volant . 95
1 Tändelschürze mod. Satin, mit Einsätze und Spitze . 95
1 Tändelschürze schwarz Panama, reich garniert . 95
1 Paneelbrett imit. Nussbaum, 70 cm lang, stabil . 95

- 1 Kleiderriegel starke Leiste m. 6 Nickel-doppelhaken . 95 Pf.
1 Bürsten-Garnitur eleg. Brett mit Spiegel und 2 Bürsten . 95
1 Spachtelläufer und 2 Sophadecken . 95
3 tiefe u. 3 flache Porzellanteller . 95
1 Waschservios bunt, Steilig . 95
1 Dejeuneur mit Porzellantablett . 95
1 Servierbrett m. Nickelgriffen, ca. 42 cm . 95
1 Holzkafeemühle . 95
1 Küchenlampe mit Messingblender und Spiegel . 95
1 Quirlgarnitur 7teilig . 95 Pf.
1 Tischlampe mit 14" Brenner . 95
6 Tischmesser l. . 95
12 Speiseteller flach und tief . 95
1 Kaffeeservios 6teilig . 95
1 Dejeuneur reich bemalt . 95
6 Dessertteller mit Goldrand . 95
Satz Salattieren 7 Stück . 95
6 Paar Tassen Goldrand . 95
6 bunte Milchtöpfe . 95
3 Vorratstonnen modernes Muster . 95
Milchtöpfe Satz 6 Stück . 95
1 Regenschirm für Damen oder Herren . 95 Pf.
1 Damenhemd Achselverschluss mit Passe oder Vorderschluss mit Spitze . 95
1 Barchent-Nachtjacke mit Spitze . 95
1 Paar Barchent-Beinkleider Knie- od. Pa-senform . 95
1 Barchent-Unterrock mit Zwirneinsatz und Spitze . 95
1 Barchent-Beinkleid gestreift . 95
1 Paar Knie-Beinkleider Ia Hemden-tuch mit breiter Stickerel . 95
2 Paar Herren-Socken Wolle plattiert . 95
1 Paar Herren-Socken reine Wolle . 95
2 Paar Damen-Strümpfe Wolle platt. . 95
1 Paar Ia Damen-Strümpfe schwarz oder geringelt . 95
1 Kopfkissen mit Spruch-Einsatz . 95
1 Barchent Herren- oder Frauenhemd . 95
1 Normal-Hemd oder -Hose . 95
1 Taillentuch, schöne Muster . 95
1 Damenweste, Halbwole . 95
1 rosa Kinder-Trikot, grösste Nummer . 95
1/2 Dutzend weisse Taschentücher . 95
1/2 Dutzend Atlasücher, weiss . 95
5 Meter Hemdentuch . 95 Pf.
3 Meter Hemden-Barchent . 95
2 Meter Dimiti . 95
2 1/2 Pfd. Zucker, 1/2 Pfd. Kaffee . 95
1/2 Pfd. Kakao, 1/2 Pfd. Kaffee . 95
2 Pfd. Victoria-Erbesen, 2 Pfd. Linsen, 2 Pfd. weisse Bohnen, zusammen . 95
2 Pfd. geschälte Erbsen, 2 Pfd. grüne Bohnen, 2 Pfd. Rundbohnen, zus. . 95
1 Pfd. Prima Blutwurst, 1 Pfd. Leberwurst, zusammen . 95
1 Pfd. feine Leberwurst . 95
1 Pfd. Fleischwurst . 95
1 Pfd. echt Braunschw. Mettwurst . 95
1 Pfd. Prima Schinkenspeck . 95
ca. 2 Pfd. Pfefferlinge, 2 Pfd. Schnittbohnen, 2 Pfd. Carotten, zusammen . 95
1 Flasche Cognac oder Rum . 95
1 Korridor-Spiegel gross, gutes Glas, breiter Rahmen . 95
1 Waschkorbdecke gezeichnet . 95
1 Küchenhandtuch gezeichnet . 95
1 Plättbrettbezug gezeichnet . 95

Woll- und Seidenstoffe verblüffend billig.

Schwarze Seidenstoffe gute Qualität
Japon-Messaline 60 cm breit, in allen Farben
Velvet in vielen Farben, schwarze Ware
Diagonal-Chevron-Cheviot
Ballstoffe doppelt breit, in grosser Auswahl
Wollene Schottenstoffe für Kinderkleider
Moderne Kleider- und Blusenstoffe
Engl. Blusenflanelle mit und ohne Bordüre

durchweg Meter 95 Pfennig



